

Die revolutionäre Bewegung
in Luxemburg
1918 — 1919.

Erinnerungen von Em. EIFFES.

LUXEMBURG
Druck von Ch.-Léon BEFFORT
Heiligeiststrasse, 9
1933

Verzeichnis sinnstörender Druckfehler.

- S. 4, letzte Zeile, soll es heissen: finde, statt „fände“;
- S. 11, 14. Zeile, fehlt nach „beschäftigt“ ein Doppelpunkt;
- S. 11, soll der Anfang des letzten Satzes lauten:
Familie und Eigentum in vernünftigen, fortschrittlichen, also nicht starren, absoluten Formen, achte ich heilig als die Grundlagen der Kultur; sie allein ermöglichen den Früchten der Kraftentfaltung eines Jeden; den Verkörperungen usw.;
- S. 12, 7. Zeile: kein Hehl, anstatt: „keinen Hehl“;
- S. 13, 3. Abschnitt, 9. und 10. Zeile, soll es heissen:
d. h. unsere Eisenindustrie, grösstenteils, soweit das Ausland in Betracht kommt, in *Frankreich* die zur Herstellung ihrer Produkte usw.!
- S. 40, 6. Zeile von unten: stereotype, statt „steriotipe“;
- S. 85, 3. Zeile von unten, soll es heissen: Soldaten und Gendarmen bestehenden Delegation, nämlich;
- S. 88, XIV. Kap., 7. Zeile: nationalen Würde, anstatt „nationalen Gesinnung“.



Luxemburger „Ecole Militaire“ 18. Dezember 1918 — 12. Januar 1919.

Die revolutionäre Bewegung

in Luxemburg

1918 — 1919.

Erinnerungen von Em. EIFFES.

LUXEMBURG
Druck von Ch.-Léon BEFFORT
Heiliggeiststrasse, 9
1933

Alle Rechte einschliesslich das der Uebersetzung vorbehalten.

Die revolutionäre Bewegung in Luxemburg 1918—1919.

Erinnerungen von Em. EIFFES. - - - - -

Einleitung.

Zur Veröffentlichung meiner Erinnerungen an die revolutionäre Bewegung, in welcher ich eine führende, wenn auch keineswegs die Hauptrolle spielte, bewogen mich *persönliche, historische* und *politische* Gründe.

Meine *Person* will ich gegen die immer noch, selbst von Politikern, die besser unterrichtet sein müssten, gegen mich erhobene Anschuldigung verteidigen: ich hätte die damals ihren Höhepunkt erreichende dienstliche Mißstimmung des Freiwilligenkorps zu politischen Zwecken ausgenutzt und unsere Soldaten *ohne ihr Wissen vor den Wagen der Umsturzpolitiker* gespannt. Indem ich diese ungerechte Anklage widerlege, rücke ich zugleich die bisherigen Darstellungen des Luxemburger Aufstands ins rechte Licht und diene so der *geschichtlichen Wahrheit*.

Was die *politischen* Absichten betrifft, die ich mit diesem Erinnerungsbuche verfolge, so glaube man beileibe nicht, dass ich auf Anraten oder im Interesse irgend einer Partei mich zur Niederschrift oder Drucklegung desselben entschloss! Denn meiner Meinung nach hat sich die Parteipolitik von heute überlebt und im Anschluss an dieses Stückchen Luxemburger Geschichte erlaube ich mir in einem Separatdruck ein Programm zu entwickeln, das alle Zweifel an meiner Unabhängigkeit von jeder politischen Partei zerstören muss. Die politische Wirkung, die ich meinem unparteiischen Bericht über die revolutionären Vorgänge wünsche, ist vielmehr diese: er möge die in Luxemburger Volke erfreulicherweise immer allgemeinere Ueberzeugung festigen helfen, dass grade die am schönsten und lautesten sprechenden, scheinbar mutigsten und hochsinnigsten Freiheitsapostel und Volksfreunde im Augenblick *der verantwortlichen Tat* sich am allerwenigsten als zu-

verlässig, treu, prinzipienfest und tatkräftig bewähren, vielmehr die aus aufrichtigem Mitgefühl mit den Rechtlosen und Bedrückten, aus ehrlicher Begeisterung für menschlichere Zustände, ohne lange demagogische Reden und pathetische Gebärden handelnden, Ruf und Leben aufs Spiel setzenden Mitbürger schmählich im Stich zu lassen pflegen, sobald sie sich *ihrer* nicht mehr für ihre persönlichen, ehr- und machtsüchtigen Pläne bedienen können.

Dass *Hr. Arth. Herchen* in seiner Geschichte des Luxemburger Landes (*Le Grand-Duché de Luxembourg*“, erschienen bei G. Soupert, 1925) der Militärbewegung von 1918—19 nur eine einzige Zeile (S. 105) widmet, konnte mich von einer ausführlichen Darstellung dieses in kulturhistorischer und parteipsychologischer Hinsicht gleich interessanten, ja wichtigen Ereignisses und der dasselbe bedingenden und beschleunigenden Verhältnisse nicht abschrecken, umso weniger, als ein literarisch und in gewissem Sinne auch politisch hervorragender Mann, wie *Hr. Nik. Welter*, in seinem Buche „Aus verworrener Zeit“ („Im Dienste“, Neue durchgesehene Auflage, St. Paulus-Druckerei 1926) dieselben Begebenheiten einer eingehenden Schilderung, ja sogar verschiedener Verdrehungen oder doch Unwahrheiten für würdig erachtet. Herr *Welter* hat überhaupt nicht nur eine höhere Auffassung vom Berufe des Historikers, sondern auch einen viel feineren historischen Sinn als andere geschichtschreibende Landsleute. In dem genannten Werke, das, nach dem Geleitworte, vor allem eine Rechtfertigung der damaligen Regierungspolitik sein will, vergisst er, im Gegensatz zu Herrn *Herchen*, auch nicht die geringfügigsten Einzelheiten, selbst wenn sie ihn persönlich, als Politiker oder als Schriftsteller, kompromittieren. Im III. Kapitel z. B., das den Besuch des Ministeriums, dem *Hr. Nik. Welter* selbst angehörte, bei *Maria-Adelheid* wegen der drohenden Sowjetherrschaft beschreibt, heisst es wörtlich: „Die Grossherzogin wartet. Im fussfreien schwarzen Rock tritt sie uns mit freundlichem Lächeln entgegen. Auf dem Tisch stehen zwei Blumensträusse; der eine verbirgt ihr *Hrn. Reuter's* Gesicht; sie rückt die Vase still zur Seite.“ Diese fürstliche Tat mag manchem als eine selbstverständliche Höflichkeit erscheinen; aber ein rechter Historiker sieht eben tiefer; er kennt das Symbolische des scheinbar Zufälligen und Nebensächlichen. Wollte *Maria-Adelheid*, indem sie den Blumenstrauss still zur Seite rückte, nicht zweierlei zu verstehen geben: 1) dass sie *Hrn. Reuters* Gesicht durchaus sehenswert fände und dessen Anblick selbst

jetzt, wo so furchtbare Dinge darin geschrieben standen, recht wohl aushalten könne; 2) dass sie in so wichtigen Staatsangelegenheiten nicht durch die Blume, sondern selbst dem Staatsminister offen ins Gesicht zu reden liebe? Und so hat Hr. *Nic. Welter*, durch seine scheinbar allzu minutiöse Wiedergabe jener bedeutenden Unterredung, nicht nur die Sehenswürdigkeit des Hrn. *Reuter*, des Hauptes der ewig ruhmwürdigen Regierung, welcher wir die Abdankung der „deutschfreundlichen“ Grossherzogin, die Desinteressiertheit Frankreichs an unserer wirtschaftlichen Zukunft und die segensreiche Wirtschaftsunion mit Belgien verdanken, allen gegenwärtigen und künftigen Geschlechtern dargetan, sondern zugleich auch dem Freimut und der Uner-schrockenheit *Maria-Adelheids* ein dauerndes Zeugnis ausgestellt.

Ohne es Hrn. *Nik. Welter* gleich tun zu wollen, will ich meinerseits in den folgenden Kapiteln mich der peinlichsten Objektivität befleissigen, d. h. von den mir bekannten Tatsachen nichts verschweigen, was Andern, die anderweitig vielleicht nicht ganz glimpflich in meiner Darstellung davonkommen, zur Ehre, oder was mir selbst zum Vorwurf gereichen könnte. Dass ich im übrigen stets mit meiner persönlichen Meinung hinter dem Berge halten müsste, erachte ich jedoch *nicht* als eine Forderung der Objektivität, die ich mir ernstlich vorgenommen habe.

Walferdingen, den 15. Oktober 1933.

Em. EIFFES.

I.

Die von mir geleitete Reformbewegung unseres Freiwilligenkorps war in ihren Anfängen *rein professioneller Natur*.

Die Missstände, unter welchen unsere Freiwilligen litten und über welche in der Deputiertenkammer, sowie in den Zeitungen, schon öfters Klage geführt worden war, waren seit Ausbruch des Weltkrieges unerträglich geworden. Nach den Absichten des Staatsministers *de Blochausen*, der 1881 die Miliz durch den Freiwilligendienst ersetzte — dabei aber, sonderbarerweise, das alte Militärstrafgesetzbuch mit den Kriegsgerichten bestehen liess! — sollten in der Kaserne lediglich die zukünftigen Zoll- und Forstbeamten, Gendarmen und Briefträger herangebildet werden. Statt dessen wurden von Anfang die Mehrzahl der Briefträgerstellen und ein guter Teil der vakanten Zoll- und Forststellen in der Regel mit Zivilisten besetzt, die der Regierung von den Abgeordneten der betr. Kantone empfohlen worden waren. Nicht zuletzt aber war die *Vernachlässigung der geistigen Ausbildung* der Soldaten daran schuld, dass nur selten einer von ihnen nach drei-, ja zehnjährigem Dienst ein würdiges Uebergangsexamen bestehen konnte.

Die vernachlässigte geistige Bildung war unstreitig der folgenschwerste Mißstand, über welchen die Freiwilligen sich zu beklagen hatten. Dazu kamen: der abgeschmackte und seelenlose preussische Drill; die rohe willkürliche Behandlung, welche erkrankten Soldaten gegenüber oft geradezu brutal wurde sowie die überaus strengen Strafen selbst für geringfügige Vergehen; die zwecklos häufigen und überanstrengenden militärischen Uebungen.

Die unausbleibliche Folge der stets zunehmenden Mißstände war: wachsende Unzufriedenheit des Freiwilligenkorps.

Beiderseitige Abhilfe zu schaffen: auf dem friedlichen Wege der Beschwerde, oder, wenn dieser nicht zum Ziele führte, durch gemeinsame Tat der Freiwilligen: das machte ich mir zur vornehmsten Aufgabe meines Berufes.

Dass die Bewegung sich zuletzt mit den auf fundamentale wirtschaftliche und politische Umwälzungen abzielenden Bestrebungen gewisser Politiker verband, daran war nicht mein ursprünglicher und innerster Wille, sondern allein die Macht der äussern Umstände, die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse schuld, die wir, sobald sie sich in einem bestimmten und unsern Ab-

sichten dienlichen Sinne zu vollenden schien, nicht unberücksichtigt lassen durften.

Ein Rückblick auf die politischen Stimmungen und Ereignisse, die dem im Dezember 1918 losbrechenden militärischen Aufruhr unmittelbar vorhergingen, ist hier unerlässlich.

Seit Ende August 1918 tagte unsere aus 23 Rechtsparteilern, 12 Sozialisten, 10 Liberalen, 5 Volks-, 2 Nationalparteilern und 1 Unabhängigen zusammengesetzte Verfassungskammer. Ihre erste Tat war der Sturz der Regierung *Kauffman*, welche die Beantwortung einer Anfrage über die Beziehungen des Grossherzogtums zum Deutschen Reich verweigert hatte. Der tiefere Grund der Demission dieses Kabinetts soll in der Verlobung der Prinzessin *Antonia* mit dem bayrischen Kronprinzen gelegen haben. Ein neues Ministerium, das Koalitionskabinet *Reuter—Neyens—Welter—Liesch—Collart*, trat am 28. September ins Amt. Als ihre Hauptaufgabe betrachtete die neue Regierung, nach ihrer in der Kammersitzung vom 3. Oktober abgegebene Programmerkklärung: die *Revision der Verfassung*; die Sicherung der *Volks-ernährung*; die Regelung unserer *internationalen Beziehungen*.

Zu jener Zeit gab die deutsche Westfront sichtlich dem Druck der Entente-Heere nach. Das deutsche Volk verlangte, angesichts der immer deutlicher nahenden Niederlage, immer drohender die Beendigung des Völkermordens und eine demokratische Leitung der militärischen Angelegenheiten. Der deutsche Reichskanzler *Max von Baden* richtete an *Wilson*, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, ein Friedensangebot das die Verbündeten nicht befriedigen konnte. Das ungeheure Blutvergiessen dauerte fort.

Unser Vaterland konnte in kurzer Zeit zum Schauplatz der erbittertsten und greulichsten Entscheidungskämpfe der Weltgeschichte werden. Eine immer stärkere Aufregung bemächtigte sich unserer Bevölkerung, sodass die neue Regierung es nötig fand, in einem ersten öffentlichen Aufruf an den Ordnungssinn und Patriotismus der Bürger zu appellieren und von aufreizenden Kundgebungen und Handlungen, „die den Beteiligten sowohl wie deren Mitbürgern zum Schaden gereichen könnten“, abzumahnem. Je näher die grosse Entscheidung rückte, um so bänger wurde dem Luxemburger Volke auch vor dem Schicksal des Vaterlandes beim Friedensschluss. Deshalb wandte sich unsere Kammer am 8. Oktober in einer Tagesordnung an *Wilson* — dessen berühmte Vierzehn Artikel schon im Januar 1918 das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes verkündet und den Weltkrieg für eine Folge der

Verachtung der kleinen Nationen erklärt hatten — und bat den edlen, einflussreichen Staatsmann, sich für die vertragsmässigen Rechte des Grossherzogtums, besonders für die Freilassung der in deutscher Militärhaft schmachtenden Luxemburger und die Räumung unseres neutralen Gebiets von den fremden Besatzungstruppen verwenden zu wollen. Gleichzeitig übermittelte die Regierung dem amerikanischen Präsidenten ihren und der Volksvertretung einstimmigen Wunsch: er möchte bei den Friedensverhandlungen für die Sicherstellung unserer Neutralität eintreten. Am 17. Oktober forderte unsere Kammer die Regierung auf, Luxemburgs Beitritt zu dem von allen Nationen begehrten Völkerbunde bereits nach Möglichkeit vorzubereiten.

Am 20. Oktober erklärt sich Deutschland zur Annahme der in *Wilson's* Vierzehn Artikeln formulierten Forderungen bereit und ersucht um Waffenstillstand. *Wilson* erwiedert: den bisherigen Machthabern des Reiches könne ein Waffenstillstand nicht gewährt werden.

Bald darauf bemächtigen sich in Oesterreich-Ungarn die Nationalräte der Regierungsgewalt und erlangen, am 4. November, von den Alliierten einen Waffenstillstand. An der Westfront jedoch wütet der furchtbare Kampf weiter.

Am 6. November lässt die deutsche Heeresleitung unserm Staatsminister melden, Luxemburg werde binnen kurzem ins Etappengebiet einbezogen. Regierung und Kammer protestieren bei der Entente und der Reichsregierung gegen diese neue Verletzung unserer Neutralität. Am selben Tage begibt sich eine deutsche Abordnung zur Entgegennahme der Friedensbedingungen an die Westfront. Marschall *Foch* lehnt einen einstweiligen Waffenstillstand mit Deutschland ab; am 8. November fordert er bedingungslose Ergebung und Antwort innerhalb 72 Stunden.

Nun erobern auch in allen Städten des Reichs, wo schon am Tage vorher die Revolution ausgebrochen war, „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte“ schnell die Herrschaft. *Kaiser Wilhelm* flieht nach Holland, wo er, bis zu seiner Internierung, bei Baron *Benterink* Wohnung findet.

Unser Land wurde, seit dem Waffenstillstand mit Oesterreich, von immer grösseren und zuchtloseren Truppen durchzogen. Seit dem 9. November regierte unter den in der Hauptstadt liegenden Mannschaften, sowie bei dem Siegburger Landsturmbataillon zu Esch a. d. Alz., ein Soldatenrat. Neu ankommenden Soldaten wurden am Bahnhof zu Luxemburg die Achselklappen

abgeschnitten oder umgedreht und ein rotes Abzeichen angesteckt. Die an den Eisenbahnbrücken Wache stehenden Posten waren nicht mehr zu sehen. Auf dem Bahnhofsplatz spielte eine deutsche Militärkapelle Tanzweisen für die heimziehenden Krieger.

Aber noch ist nicht Friede. Angst und Unmut des Luxemburger Volkes steigen aufs höchste, zumal von einem bevorstehenden Vorstoss der Verbündeten in der Richtung Longwy-Luxemburg die Rede geht. Die Regierung ermahnt am 9. November in einem neuen öffentlichen Aufruf die Mitbürger, ihre bisherige Fassung und Würde zu wahren und weiterhin Zeugnis abzulegen „für den aufrechten Sinn und die tüchtigen, in der Seele eines menschlich empfindenden Volkes wirkenden Kräfte.“ Jedes herausfordernde Wort, jede aufreizende Handlung in diesen Tagen sei ein Frevel am Ganzen.

Trotzdem gewannen auch bei uns die revolutionären Elemente mehr und mehr Boden.

II.

Der Triumph der Republik selbst in Oesterreich und Deutschland erfüllte auch unsere Republikaner mit Zuversicht und höherem Eifer. Die Aussicht auf Erfolg einer republikanischen Aktion schien umso gewisser, als selbst bei der konservativ gesinnten Hälfte der Bevölkerung die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, hauptsächlich infolge verschiedener Handlungen der Grossherzogin *Maria-Adelheid* selbst, beträchtlich geschwächt war.

Maria-Adelheid hatte den deutschen General, der als Erster unser neutrales Gebiet vergewaltigt hatte, in Audienz empfangen; auch den Besuch *Wilhelms II* hatte sie nicht den Mut gefunden, zurückzuweisen, vielmehr empfing sie den Kaiser herzlich und bot ihm ein Frühstück an; ja es hiess, sie habe beim Nachtsch getoastet „auf das ruhmreiche deutsche Heer“. Sie hatte ferner eine Zusammenkunft mit dem Reichskanzler *von Hertling*. Prinzessin *Antonia* hatte sich mit dem „Henker Flanderns“, *Rupprecht von Bayern*, verlobt, und die Grossherzogin hatte als Chef des Hauses ihre Einwilligung dazu gegeben. Und endlich vertrat *Maria-Adelheid* sogar Patenstelle bei der zweiten Tochter *Rupprechts* und *Antonias*.

Die deutschen Hofbeamten — sogar der Hofmarschall war Deutscher — wollte die Grossherzogin nicht entlassen.

Diese, trotz dem Murren des Volkes, trotz Interpellationen und Geheimsitzungen der Abgeordnetenkammer, fortgesetzt deutschfreundliche Handlungsweise *Maria-Adelheids* erlaubte den Schluss zu ziehen, *diese Herrscherin plane, Luxemburg in die politische Gefolgschaft Deutschlands zu zwingen*, obwohl ihr dieser Gedanke wahrscheinlich stets fernlag und die soeben aufgezählten Fehlritte eher auf die politische Unreife der jugendlichen Fürstin und die Ratschläge ihres vorwiegend deutschen Hofes zurückzuführen sind. Noch am 3. November 1915 hatte sie, an ihren Eid auf die Verfassung erinnernd, gelobt, sie werde stets die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes schützen und niemals ihre Zustimmung zu einem Anschluss Luxemburgs an Deutschland geben. Auch in ihrer Antwort auf den Protest der demokratischen Verbände gegen die Kammerauflösung Ende 1915 beteuerte sie feierlich, aus allen Kräften für die Fortdauer der Selbständigkeit Luxemburgs sorgen zu wollen: sie selber sei Luxemburgerin von Geburt und liebe ihr Volk und wolle es frei und glücklich sehen.

Aber kann man es dem Volk verargen, wenn es seine Fürstin nach ihren Taten beurteilte und die Aufrichtigkeit ihrer schönen, mit ihren Taten so stark kontrastierenden Versicherungen bezweifelte? Dazu kam, dass sie in ihren ersten Regierungsjahren, 1912—15, unsere vielfach aufrichtig monarchistischen Liberalen wiederholt schwer in ihrem Rechtsgefühl verletzt hatte, hauptsächlich indem sie, im Gegensatz zur verfassungsmässigen Gleichberechtigung aller Bürger, sich geweigert hatte, tüchtige freisinnige Männer zu höheren Aemtern zu ernennen: u. a. den früheren Abgeordneten *Brincour*, der sogar im Erbfolgestreit des Grafen *Merenberg*, nicht wenig zur Rettung der Dynastie beigetragen hatte, zum Staatsrat, und den früheren Hoflehrer, Prof. *Ed. Oster*, zum Normalschuldirektor. Sogar dem Willen der Wählerschaft entgegen hatte sie die Besetzung des Hollericher und des Differdinger Bürgermeisterpostens durch Linkspolitiker nicht vollziehen wollen, wodurch sie obendrein eine Ministerkrise, die Demission des Unterrichtsministers *P. Braun*, herbeigeführt hatte. Bei dem Zivilbegräbnis des liberalen, bei allen Parteien hoch angesehenen Kammerpräsidenten *Aug. Laval* hatte sie sich nicht vertreten lassen. Endlich hatte sie sogar, unsern alten demokratischen Gepflogenheiten zum Trotz, es gewagt, ein klerikales

Ministerium *Loutsch* vor eine zu zwei Dritteln antiklerikale Kammer zu entsenden und nach dessen üblem Empfang die Kammer einfach aufzulösen: was eine Stärkung der Rechtspartei und beinahe die Niederlage des Linksblocks zur Folge hatte.

Seit ich selbst mich mit Politik beschäftigte, war ich republikanisch gesinnt; doch hielt ich stets die Fragen der Volkswirtschaft und Volksbildung für ungleich wichtiger als die der Staatsform, von welcher die sozialen und politischen Geschicke, namentlich in den heutigen, sogenannten Monarchien, meines Erachtens weniger abhängen als von den persönlichen Eigenschaften und kulturellen Absichten der Regierenden. Mit dem Gedanken einer *revolutionären*, d. h. nicht von der gesetzmässigen Volksvertretung sanktionierten Einführung der Republik, hatte ich mich nie zuvor beschäftigt: ohne (damals) für die Herrschaft der Volksmehrheit zu schwärmen, war ich Republikaner aus der Ueberzeugung, dass die Gesellschaft sich wie jeder Organismus am gesündesten durch möglichst freie und zugleich möglichst harmonische Tätigkeit all ihrer Organe entwickelt. Mein Ideal war damals und ist noch heute eine aus den tüchtigsten Vertretern jedes Berufsstandes bestehende gesetzgebende Kammer.

War dieses Ideal eine Utopie? Ich glaube, jedes *vernünftige*, d. h. zweckmässige Ideal lässt sich verwirklichen; und der Zweck der Menschheit kann nicht in der unvermeidlich zu sinnloser Parteienwirtschaft führenden Herrschaft der Masse schlechthin, sondern nur im Aufstieg der Tüchtigen und in einer fachmännischen Leitung aller wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten bestehen.

Dass ich mich mit den *Bolschewisten* nie geistesverwandt fühlte, genauer ausgedrückt: von einer gewaltsamen, die Einzelnen zu blossen Werkzeugen herabwürdigenden Massendiktatur nichts wissen wollte, versteht sich nach dem Gesagten von selbst.

Die Gesellschaft, so dachte ich immer, muss der möglichst freien Entfaltung der Einzelnen dienen, nicht der Einzelne dem jeweiligen gesellschaftlichen Durchschnitt. Familien- und Eigentumstrieb in vernünftigen, fortschrittlichen, aber nicht starren absoluten Formen, achte ich heilig als die kulturellen Grundkräfte der Menschheit; sie allein ermöglichen den Früchten seiner Kraftentfaltung, den Verkörperungen seines persönlichen Wollens und Strebens, d. h. seinen Werken und Nachkommen eine fort-dauernde Entwicklung in *seinem* Sinne; sie allein sichern ihm selbst und den ihm Bluts- oder Wahlverwandten eine gesell-

schaftlich immer unabhängiger und eine immer höhere Bildung und Wirksamkeit.

Nach diesem Bekenntnis werden meine Leser wohl gern zugeben, dass ich damals, wenigstens innerlich, den Anhängern einer gewaltsamen Aenderung der Staats- oder Wirtschaftsformen unseres Landes fernstand. Ich machte aber auch diesen Leuten selbst gegenüber keinen Hehl aus meinen zwar entschieden republikanischen, aber streng evolutionistischen und aller Mehrheits- und Parteidiktatur abholden Ueberzeugungen. Zuletzt, als man mich *gezwungen hatte, auch Politik zu treiben*, und dann bald merkte, dass ich dies nur auf *meine* Art zu tun gewillt sei: da suchten freilich grade diese angeblich demokratischen und sozialistischen Tageshelden mir den „Bolschewisten“ anzuhängen, natürlich nur den gemässigten Linkspolitikern gegenüber: den extremen Umstürzern dagegen stellten sie mich als ehrgeizigen Militär hin, der von sozialen Fragen keine Ahnung habe, dem überhaupt nicht zu trauen sei.

Als ich eines Tages im Gespräch mit einem demokratischen „Führer“ und „Volksvertreter“, der in diesem Büchlein noch eine traurige Rolle spielen wird, die Meinung aussprach, an etwa einem Dutzend Vertretern — zweien für jeden der grossen historisch gewordenen Berufe (Industrie, Handel, Landwirtschaft, freien Berufe, Staatsbeamten und Arbeiter) — habe unser kleines Volk wohl reichlich genug: da sah er mich höhnisch an und rief aus: „Ein Dutzend wäre nur noch leichter zu bestechen. Die Korruption ist nachgrade gross genug!“ Er konnte hierüber besser Bescheid wissen als ich; er wusste aber auch, dass eine Ständekammer nach meinem Geschmack auf ganz anderem Wege zustande käme, als die bisherigen Parlamente, in welchen die schmiege- und biegsame Charakterlosigkeit, die sich so gerne Realpolitik nennt, und die demagogische Grossmäuligkeit stets obenauf kamen.

III.

War mir alle *gewaltsame* Neuerung *verhasst*, so war mir eine in jenen Tagen von verschiedenen inländischen Blättern: der „*Indépendance Luxembourgeoise*“, dem „*Escher Tageblatt*“,

dem „Landwirt“, der „Volkstribüne“ und der Zeitschrift „Voix des Jeunes“ vertretene Idee, mit welcher man die von mir geleitete Militärreformbewegung ebenfalls in direktem Zusammenhang zu sehen beliebte, mindestens *unsympathisch*: die Idee nämlich, das kleine schwache Luxemburg müsse einem möglichst starken Nachbarlande, also *Frankreich*, angegliedert werden.

Unsern frankophilen Führern lag — davon bin ich überzeugt — nichts so sehr am Herzen als das Wohl des Vaterlandes; auch dürfen wir nicht vergessen, dass den *belgischen* Annexionsbestrebungen (der Nothombgruppe), von welchen weiter unten näher die Rede sein wird, durch die frankophile Propaganda vielleicht am wirksamsten entgegengearbeitet wurde.

So sehr ich nun aber von dem Patriotismus unserer frankophilen Politiker und dem Nutzen ihrer Tätigkeit überzeugt war; so sehr ich ferner, schon als Republikaner, aber auch infolge der in meiner Familie herrschenden franzosenfreundlichen Tradition die „grande nation“ vor allen Nationen liebte; so genau mir endlich bekannt war, dass unsere volkswirtschaftliche Lage einen *wirtschaftlichen* Anschluss an Frankreich als wünschenswert erscheinen lässt (schon weil unser wichtigster Produktionszweig, d. h. unsere Eisenindustrie, grösstenteils, in Frankreich die zur Herstellung soweit das Ausland in Betracht kommt, ihrer Produkte benötigte Erzmengende findet:) so wenig wollte mir doch die Notwendigkeit des *politischen* Anschlusses an eine Nachbarnation einleuchten. Längst bezweifelte ich, selbst nach dem deutschen Einbruch, dass die kleinen unbewehrten Nationen schlechthin die gefährdesten seien; und übrigens — namentlich seit *Wilson*, unter dem Beifall der ganzen Welt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Notwendigkeit einer Vereinigung aller Nationen im besonderen Interesse der *kleinen*, die nicht die zur Selbstbestimmung nötige Macht besitzen, proklamiert hatte, und seit die Verwirklichung der Völkerbundidee immer wahrscheinlicher wurde — liess ich mir die hohe Hoffnung nicht rauben, dass die noch halb barbarische Kindheit der Kultur Menschheit bald enden werde, welche die Begriffe: nationale Macht, nationale Grösse, nationale Sicherheit noch verwechselte. Ich war ganz und gar der Ansicht, zu welcher *Nik. Welter* („Im Dienste“ Kap. IV) sich bekennt: *nur einem einzigen, von demselben Ideal des Rechts und des Friedens durchdrungenen Europa dürfe Luxemburg auch politisch sich anschliessen*: nur als Glied einer *solchen* Grossmacht brauche es von seinem besseren

Selbst nichts aufzugeben. Aber ich befürchtete nicht, wie Hr. *Welter*, den doch *vor* seiner Ministertätigkeit ein so fester Glaube an die Menschheit beseelte: die Vereinigten Staaten von Europa würden „wohl ein Traum bleiben.“ (ebd) Ich glaubte im Gegenteil und glaube es heute noch, trotz aller jüngsten Vorkommnisse, dass die wirtschaftlichen Führer aller Länder, vielleicht noch eher als die Proletarier aller Länder, sich vereinigen werden, und zwar zur Befestigung ihrer Herrschaft, zur planvolleren Gestaltung ihres noch allzu individualistischen, selbstsüchtigen Systems, und zur Erleichterung des internationalen Güterauswechsels. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden die patriotischen Vorurteile der Völker vielleicht nur langsam, aber sicher beseitigen.

Am allerwenigsten konnte ich diejenigen verstehen, die sich für die *geistige* Entwicklung unserer Heimat viel von einer *politischen* Vereinigung mit dem Vaterlande der modernen Ideen und Gesetze versprachen: als ob wir zweisprachigen Luxemburger nicht am besten weiterführen, wenn wir uns unsere geistige Nahrung ganz beliebig im Westen oder im Osten holen können wie bisher; nicht zu reden von dem aus der politischen Neutralität erwachsenden geistigen Gewinn! Zugegeben, dass die Möglichkeiten des beruflichen Fortkommens für Kleinstaatsbürger begrenzter sind, als für den Provinzbewohner eines grossen Landes: wird dieser Nachteil nicht — wenigstens für die Allgemeinheit — reichlich aufgewogen durch die grössere Freiheit des Denkens, den weiteren geistigen Horizont, dessen die Bürger eines neutralen Landes sich erfreuen, die stets in weit höherem Masse sich als Weltbürger fühlen dürfen und können? Und sind wir nicht auch gewissermassen, ich meine aus Gründen der Menschheitskultur, den übrigen Nationen zur äussersten Verteidigung unserer Neutralität *verpflichtet*? —

Obwohl ich nun grundsätzlich weder auf revolutionärem, noch auf frankophilem Boden stand, besuchte ich von Anfang an — natürlich in Zivil — die Versammlungen der Dynastiefeinde und der Freunde eines politischen Anschlusses an Frankreich. Das tat ich, um mich politisch zu orientieren (in dem Augenblick dominierte ich unsere Freiwilligen bereits moralisch).

Kaum war die Nachricht vom Ausbruch der Deutschen Revolution und dem bestehenden Friedensschlusse zu uns gedrungen, als nicht nur die *belgischen Annexionisten* eine fieberhafte Tätigkeit in unserm Lande zu entfalten begannen und ihr Organ „Le Luxembourg“ herausgaben, sondern auch die

„Ligue Française“ entstand, die in ihrer Gründungsankündigung „die Vereinigung unseres Landes mit Frankreich“ forderte, welche „unseren kulturellen Bestrebungen, sowie unseren moralischen und materiellen Interessen“ entspräche. Dieser Verband, dessen provisorisches Komitee aus den Herren *Jean Angel*, *Em. Mark*, *Arm. Michel*, *Paul Palgen*, *Paul Reiser*, *Georges Schommer*, *Henri Schreiber*, *Paul Stümper*, *Paul Sivering*, und *Georges Traus* bestand, forderte bald die Bürger und Bürgerinnen aller Parteien dringend zum Beitritt auf. Die Beitrittserklärungen waren an Hrn. *G. Schommer* einzusenden.

Zu den Führern der frankophilen Liga gehörten ferner die Herren *Jos. Hansen*, *Marçel Noppeney* und *Frantz Clément*.

Am 10. November, Sonntags, hielt der „*Cercle d'études socialiste*“ im Saale Brosius eine öffentliche, stark besuchte Sitzung ab, der auch die Komiteemitglieder der „Ligue Française“ beiwohnten. In dieser Volksversammlung wurde ein „Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrat“ gebildet und die Ausrufung der Republik beschlossen. Der Einberufer, Herr *René Stoll*, eröffnete die Sitzung und entwickelte die Forderungen des sozialistischen Vereins: Achtstundentag; Beteiligung des Staates bis zu 51% des Aktienkapitals an den Hüttenwerken; Allgemeines Stimmrecht; Selbstbestimmungsrecht des Volkes hinsichtlich der Staatsform; Abschaffung der Geheimverträge. Zum Schluss seiner Rede, die stellenweise, namentlich bei der Forderung der Abdankung *Maria-Adelheids*, stark applaudiert wurde, schlug er die Ernennung einer Kommission von 13 aus der Volksversammlung freiwillig hervortretenden Mitgliedern vor, die der Regierung die Forderungen der Versammlung überreichen sollten.

Als zweiter Redner tritt Herr *Paul Palgen*, Komiteemitglied der „Ligue Française“ auf. Er will französisch reden; doch gleich nach der Anrede: „Citoyens, Camarades!“ protestiert ein grosser Teil der Versammlung, sodass er sich zur heimatlichen Mundart bequemen muss. Ein neuer, hauptsächlich allerdings von den über den ganzen Saal verteilten Mitgliedern der „Nationalunio'n“ entfesselter Entrüstungssturm erhebt sich, als Hr. *Palgen* dem politischen Anschluss Luxemburgs an Frankreich das Wort reden will.

Hr. Abgeordneter *Jos. Thorn* (Soz.) wiederholt sodann die von Herrn *Stoll* massvoll begründeten innerpolitischen Forderungen in klassenkämpferischem Hetzton. Das war ohne Zweifel unpassend und unklug in einer grösstenteils aus friedlichen, gemässig

demokratischen Bürgern bestehenden Versammlung, die es vor allen Dingen für eine baldige republikanische Aktion zu gewinnen galt.

Zuletzt forderte der Vorsitzende diejenigen, die dem provisorischen, zur Regierung zu entsendenden Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrate angehören wollten, zum Besteigen der Bühne auf. Und mit würdevollen Mienen, gravitätischen Schrittes, folgten die selbstgewählten Ratsherren seinem Rufe.

So hatte ich mir die Bildung unserer ersten republikanischen Abordnung nicht vorgestellt. Für mich war nichts selbstverständlicher als dass eine im Namen des Volkes zu entsendende Delegation mindestens aus den angesehensten Führern sämtlicher Linksparteien, und zwar, womöglich, durch die fortschrittlichen Kammermitglieder gewählt werden müsste.

Die Debatten bei Brosius und die am darauffolgenden Tage unter freiem Himmel stattfindende Volksversammlung, auf die wir noch zurückkommen werden, überzeugten mich schon hinlänglich von dem Mangel unserer republikanischen Führer an Verständnis für die Grösse und Schwierigkeiten des Werkes, zu welchem sie sich berufen wähnten, sowie von der Uneinigkeit und Unentschiedenheit unserer damaligen Linkspolitiker in den wichtigsten Fragen. Mein Entschluss reifte, selber zu handeln, wohlverstanden in den Angelegenheiten des Freiwilligenkorps! Nie werde ich, so gelobte ich mir, unsere ebenso heikle wie dringliche und wichtige Sache den Händen dieser tragikomischen Bühnenhelden anheimgeben!

Der Augenblick konnte meinem Plane nicht günstiger sein.

Am 11. November kam die Friedensbotschaft!

Jetzt oder nie konnte und musste die Befreiung der Kaserne vom preussischen Regime ins Werk gesetzt werden. Unsere Soldaten, die den Zusammenbruch des gewaltigen deutschen Militärkommandos soeben, erleichtert aufatmend wie alle Welt, erfahren hatten, wünschten sehnlicher als je, dass bald auch für sie die Stunde der Erlösung schlänge, glaubten zuversichtlicher als je, dass eine baldige zeitgemässe Organisation ihres Freiwilligendienstes kein Ding der Unmöglichkeit sei. Diese Stimmung musste ich ausnützen.

Auch ich sagte mir: „Was in Deutschland anging, lässt sich auch hier vollbringen; ein schnelles einheitliches Vorgehen der Soldaten musste in dem weiten deutschen Reich unendlich schwieriger sein. So schlimm wie dort liegen die Dinge bei uns

freilich nicht: aber für eine Freiwilligenkompagnie jedenfalls schlimm genug! — Unsere Kaserne muss aus einer Strafkolonie in eine wirkliche Schule für *freiwillige* Diener der Allgemeinheit umgewandelt werden. Vor allem also darf die *Strafe*, die allenfalls in den Armeen der militaristischen Staaten angebracht ist, wo man es vielfach mit solchen zu tun hat, die sich dem gesetzlichen Dienstzwang nicht fügen wollen, in unserer Freiwilligenkompagnie nicht mehr als Erziehungsmittel angewandt werden. *Wer zu seiner Pflicht gezwungen werden muss, wird nie imstande sein, eine verantwortliche Stelle selbständig, ohne beständige Kontrolle, zu versehen.* Die meisten bisher in unserer Kompagnie vorkommenden Verfehlungen, wegen deren Häufigkeit man das bestehende Strafsystem nicht abschaffen zu dürfen glaubte, waren Folgen der planlosen dienstlichen Anforderungen und der oft unausstehlichen Behandlungsweise. Je freiwilliger der Dienst tatsächlich verrichtet werden kann; je humaner die Offiziere mit den Soldaten umgehen; je mehr diese ferner auch *geistig* eine ihrem Beruf als Hüter der öffentlichen Ordnung entsprechende Bildung empfangen: desto freudiger werden sie dienen und desto mehr werden sie leisten. Das preussische Joch, das heute unzeitgemässer als je und dessen sich die Freiwilligenkompagnie eines neutralen, obendrein von den Deutschen vergewaltigten Landes ganz besonders schämen muss, müssen wir baldigst abschütteln! Und da wir dies auf gesetzlichem öffentlichem Wege nicht können; da wir *nicht einmal das jedem Bürger zustehende Petitionsrecht besitzen*, so versuchen wir's auf dem Wege der Verschwörung, der Meuterei, wenn nötig, der gewaltsamen Selbsthilfe! In Deutschland gaben die Kieler Matrosen das Signal zum Selbstbefreiungswerk der Armee, die sich bis dahin, trotz dem namenlosen Elend, das der Krieg über ihr Land gebracht, geduldig weiter in einen grauenvollen und sinnlosen Tod hatte treiben lassen. Auch unsern Mannschaften muss gezeigt werden, dass sie *sich selbst* befreien können, zumal der Befreier von oben herab oder von draussen her noch recht lange auf sich warten lassen möchte, wie wir nach dem wirkungslosen Verhalten unserer seit Jahren, in Presse und Parlament, oft und deutlich genug erschallenden anonymen Hilferufe vermuten dürfen.“

IV.

Die nächsten politischen Ereignisse ermutigten mich zur Tat, die ich unermüdlich vorbereitete. Mich dabei mit republikanischen Nebengedanken und -plänen zu beschäftigen: dieser Mühe — falls ich sie zur Erfüllung meines besonderen Zweckes unerlässlich erachtet hätte — wäre ich enthoben worden durch das teils direkt dynastiefeindliche, teils die Einführung der Republik indirekt begünstigende Tun und Lassen sämtlicher Kammerparteien, ja der Grossherzoglichen Regierung allen voran.

Regierung und Kammer wetteiferten förmlich darin, im In- und Auslande die Meinung zu erwecken oder zu stärken, die Abdankung *Maria-Adelheids* sei aus internationalen Gründen unvermeidlich, die Dynastie überhaupt zu diskreditieren und die schon so wie so bedenklich hohe Zahl der republikanisch gesinnten Luxemburger fortgesetzt zu erhöhen.

Als am 11. November der provisorische „Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrat“ der Regierung seine Forderungen überreichte: *Republikanische Staatsform; Regierung und Justiz der Arbeiter-, Bauern- und Beamtenräte* bis zur Wahl einer Nationalversammlung durch das Volk beiderlei Geschlechts; Wahl der militärischen Vorgesetzten durch die Soldaten und Gendarmen; *Verstaatlichung der Eisenbahnen, Hüttenwerke und Banken* bis zu 51 % ihres Aktienkapitals; Achtstundentag und 36-stündiger wöchentlicher Ruhetag: da gab Staatsminister *Reuter*, in Gegenwart des Unterrichtsministers *Nik. Welter*, nach des letzteren eigenem Bericht („Im Dienste“, Kap. V) der Versicherung Ausdruck: die Grossherzogin habe *schon vor längerer Zeit* den Wunsch geäussert, die Frage der zukünftigen Staatsform einem freien Volksreferendum zu unterwerfen. Dieser angeblich freie Entschluss der Grossherzogin wurde dann auch durch folgenden Anschlag öffentlich bekannt gegeben:

„Die Regierung teilt, im Einverständnis mit der Krone, der Bevölkerung mit, dass *die Gestaltung der zukünftigen Staats- und Regierungsform in jeder Beziehung* in die Hände des Volkes gelegt werden soll.“

An diese Bekanntmachung knüpfte das „Luxemburger Wort“ die Versicherung: „Wie wir aufs bestimmteste wissen, hat sie (— gemeint war die Grossherzogin —) sich nicht erst jetzt *zu dieser Massnahme bewegen lassen*, sondern vor längerer Zeit ihre diesbezügliche Absicht kundgetan.“ Noch mehr als diese

befremdende Mitteilung des „Wort“ gibt uns der Umstand zu denken, dass die *Welter*'sche Verteidigungsschrift — anstatt uns auf ein offizielles Dokument hinzuweisen, das uns die Behauptung, *Maria-Adelheid* habe damals freiwillig und einem langgehegten Wunsch entsprechend gehandelt, belegen könnte -- im II. Abschnitt eine *im Oktober 1918* von der Grossherzogin an den Staatsminister gerichtete briefliche Erklärung mitteilt, des Inhalts:

Im Falle einer staatlichen Neuordnung nach Kriegsschluss brauche der Staatsminister *auf ihre Person* keine Rücksicht zu nehmen; die *Zukunft des luxemburgischen Herrscherhauses* erheische vor allem die Sicherung der Nachkommenschaft der Fürstin; sie selbst denke aber nicht an Vermählung, vielmehr an freiwilligen Verzicht; und die baldige Heirat ihrer mit Prinz *Félix von Bourbon-Parma* verlobten Schwester *Charlotte* sei wünschenswert.

Aus dieser Erklärung erhellt nur, dass *Maria-Adelheid* noch *im Monate vor dem Empfang des „Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrates“ in der Regierung* aufs angelegentlichste auf eine baldige Thronbesteigung Charlottens, zwecks Sicherung der „Zukunft des luxemburgischen Herrscherhauses“ bedacht war. Wie wenig selbst das in derselben Erklärung vorkommende Wort vom „freiwilligen Verzicht“ buchstäblich zu nehmen ist, lässt sich wiederum am klarsten aus der *Welter*'schen Regierungsverteidigungsschrift erkennen. Schon am Tage nach der Audienz der republikanischen Räte im Regierungsgebäude lässt Hr. *Welter* („Im Dienste“, S. 50 f.) die Grossherzogin auf Schloss Berg zu den Ministern sagen: sie sei nur dann zur Abdankung bereit, „wenn damit die Dynastie gerettet werde.“ Acht Wochen später, nachdem die Regierung sich (am 8. Januar 1919), einmütig für die Abdankung der Grossherzogin ausgesprochen hatte, erklärt *Maria-Adelheid* sich zwar zur Abdankung bereit und verspricht, am andern Morgen dem Staatsminister die Abdankungsurkunde persönlich zu bringen: aber über Nacht kommen ihr, „unter eigener oder fremder Eingebung, Bedenken.“ Schliesslich lässt sie den Staatsminister wissen, sie wolle nur auf das ausdrückliche Verlangen der *Rechtspartei* abdanken — wahrscheinlich, weil erst dann feststände, dass *sämtliche* grosse Parteien ihre Regierung verurteilten. Erst als die Rechtspartei sich weigert, die gewünschte Erklärung abzugeben, da nur die Regierung die Umstände beurteilen könne, welche die Abdankung „vielleicht als erspriesslich erscheinen“ liessen, gibt *Maria-Adelheid* dem Drängen der

Regierung nach und unterzeichnet die Abdankungsurkunde. („Im Dienste“, S. 103 ff.)

Jedenfalls darf man die Wahrhaftigkeit der den republikanischen Räten am 11. November 1918 von der Regierung abgegebenen und vom „Luxemburger Wort“ bekräftigten Versicherung, die Grossherzogin habe längst gewünscht, die *Gestaltung der Staats- und Regierungsform in jeder Hinsicht* in die Hände des Volkes zu legen, auf Grund der *Welter'schen* Mitteilungen bezweifeln.

Maria-Adelheid wollte nur auf ein ihr ungünstiges Volksreferendum oder höchstens auf das Verlangen sämtlicher Kammerparteien hin *abdanken*: aber auch nur, *um die Dynastie zu retten*. Wenn sie schliesslich auch ohne den ausdrücklichen Wunsch sämtlicher Parteien ging, so war es nur, weil die Regierung ihr einredete, die Parteien seien nicht imstande, die zur Abdankung zwingenden Umstände zu beurteilen. Mehr beweist uns Hr. *Welter* nicht. Mithin ist auch die Annahme erlaubt, dass *Maria-Adelheid* sich tatsächlich erst am 11. November 1918 — trotz der gegenteiligen Mitteilung des „Wort“ — zur Ankündigung eines politischen Referendums *bewegen liess*, genau wie sie sich, nach Hrn. *Welters* Bericht, erst am 9. Januar 1919 durch die Regierung zur Unterzeichnung der Abdankungsurkunde bewegen liess.

Das Referendum war wahrscheinlich der einzige angesichts der Forderungen des Arbeiter- und Bauernrates dem Staatsminister einfallende, *in jedem Fall* aber ein *unwürdiger* Ausweg zur möglichst langen Erhaltung von Regierung und Fürstin. Denn wenn es auch durchaus der Würde eines neutralen Volkes entsprach, dem *Auslande* unsern Willen bezüglich unserer Staatsform und unseres Staatsoberhauptes in aller Freiheit und Klarheit kundzutun: war es nicht einer *monarchischen* Regierung, deren Prinzip doch die *Unmündigkeit* des Volkes *voraussetzt*, höchst unwürdig, das Volk auf dem Wege des, übrigens gegen die Verfassung verstossenden, Referendums über die Berechtigung dieses Prinzips zu befragen? Und um so unwürdiger, als sie eine Stimmenmehrheit für die regierende Fürstin nicht erwarten konnte?

Nach meinem Gefühl hätte die Grossherzogin, falls sie zum Weiterregieren so wenig Lust hatte, wie aus ihrer brieflichen Erklärung vom Oktober 1918 und ihrer Ermächtigung zur Ankündigung eines Referendums — dessen Ergebnis in Bezug auf ihre Person vorauszusehen war — hervorgeht, *ohne weiteres* zu Gunsten ihrer Schwester Charlotte abdanken müssen. Die Regierung ihrerseits hätte nichts Würdigeres tun können, als der

Herrscherin zur Entlassung ihrer deutschen Beamten und zu der öffentlichen womöglich auch an die Ententeregierungen gerichteten Erklärung zu raten: ihre angeblich deutschfreundlichen Handlungen würde sie bei grösserer Unabhängigkeit und reiferem Verstande gewiss nie begangen haben; übrigens habe sich gegen den Gedanken einer Preisgabe der Neutralität und Unabhängigkeit des Grossherzogtums nachweislich stets ihr innerstes Wesen empört. Eine solche Erklärung hätten die Nachfolger eines Ministeriums *Kauffman* bereits als Bedingung ihres Amtsantrittes fordern dürfen, als gute Patrioten eigentlich fordern *müssen*.

Man muss mindestens lächeln, wenn Herr *Welter* in seiner Kammerrede vom 16. Januar 1919 sagt: „Als der öffentliche Wohlfahrtsausschuss uns im Regierungsgebäude die Ehre seines Besuches schenken wollte, da hatte ich das Bewusstsein, dass wir fünf politische Leichen, wie man uns so gern schimpft, dass wir, die gegangenen Minister, in Wirklichkeit den *engeren nationalen Wohlfahrtsausschuss* bildeten, dem der Schutz der Gesetzlichkeit und der *nationalen Würde* anvertraut war.“ Wenn irgend jemand, vom Tage der Friedensbotschaft an bis zur Ausrufung unserer zweitägigen Republik, unser nationales Ansehen schädigte, so waren es doch unstrittig jene fünf „politischen Leichen.“ Aber mehr als lächeln, laut auflachen muss man, wenn man in der *Welter*'schen Schilderung des Empfanges der von Hrn. *Stoll* geführten Delegation Sätze liest, wie die folgenden („Im Dienste“, V):

„Schliesslich konnte auch ich nicht länger zurückhalten und fragte, seit wann denn der Brauch bestehe, dass *in einem monarchischen Land* die von einem konstitutionellen Fürsten ernannten Minister *im Handumdrehen* die Republik ausrufen müssten! Ob die Herren der Ansicht wären, wir „Fürstendiener“ hätten nicht auch so etwas wie ein Gewissen“! Und dann unmittelbar darauf: „Nun wurde den Herren Abgesandten der Bescheid, *auch die Regierung* werde sich, ihrem Beispiele folgend, an das Volk wenden und dessen Willen befragen.“ — Tatsächlich ging dieser Bescheid um zwei Uhr nachmittags Herrn *Stoll* zu, der nämlich bis zu dieser Stunde Herrn *Reuter* Bedenkzeit gegeben hatte. Also wirklich „im Handumdrehen“ folgten, „die von einem konstitutionellen Fürsten ernannten Minister“ dem Beispiel der Revolutionäre und rieten der Grossherzogin, nicht etwa die verfassungsmässige Vertretung, sondern die Masse des Volkes über ihre Person und den Thron überhaupt befinden zu lassen.

Die vom provisorischen „Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrate“ für den Abend einberufene Volksversammlung auf dem Wilhelmsplatz beschloss abermals die Absetzung des Hauses Nassau-Braganza. Gegen 8 Uhr hatten sich einige Tausend Menschen eingefunden.

Die provisorischen Rätemitglieder gruppieren sich auf der Freitreppe des alten Stadthauses um eine mächtige rote Fahne. Herr *René Stoll* stellte sich als Ratspräsident vor und versuchte die bereits angeführten Forderungen der neuen Volksvertretung zu erläutern, die aber diesmal nicht den gewünschten Widerhall fanden. Der Volksschullehrer Hr. *Nik. Wampach* suchte auch die Beamten für das Programm des Rates zu interessieren; er erntete ebenfalls nur mässigen Beifall. Herr Rechtsanwalt *Ed. Feyden* dagegen hielt sodann der Grossherzogin unter grösster Aufmerksamkeit und stets erneuter stürmischer Zustimmung der Massen ein langes Stündenregister vor. Dem Abgeordneten *Jos Thorn* gelang es, die Begeisterung des revolutionär gesinnten Teils der Versammlung wieder zu wecken, indem er, wie schon bei Brosius, gegen Grossherzogin und Grossindustrie Sturm lief. Herrn *Henri Schreiber*, der die politische Angliederung an Frankreich zu rechtfertigen suchte, erging es ähnlich wie am Tage vorher seinem Komiteekollegen *Paul Palgen*: durch das — hauptsächlich von Mitgliedern national gesinnter Vereine ins Werk gesetzte — fast allgemeine Absingen des „Feierwôn“ wurde er am Weiterreden verhindert.

Zuletzt traten die sozialistischen Abgeordneten *Probst* und *Housse* auf. Herr *Probst* forderte sofortige Verwirklichung der Republik, jedoch, im Gegensatz zu den Arbeiter- und Bauerräten, *auf gesetzlichem Wege*: nur im Falle, dass Grossherzogin und Kammer nicht unverzüglich sich entscheiden würden, sollten beide „zum Teufel gejagt“ werden. Diesem kategorischen Vorschlag zollte die überwiegende Mehrheit des Publikums donnernenden Applaus.

Als letzter Redner erklärte der Abgeordnete und hauptstädtische Bürgermeister *Luc. Housse*, er sei nur Teilanhänger des Arbeiter-, Bauern- und Beamtenrates: die Kammer allein sei für die Aenderung der Staatsform zuständig; das ganze Volk oder seine gesetzmässige Vertretung müssten über die Zukunft des Landes entscheiden.

Diese Volksversammlung lieferte also hauptsächlich den von den Einberufern gewiss nicht bezweckten Beweis, dass selbst

die äusserste Linke der Volksvertretung nicht ungeteilt und bedingungslos für die Proklamation der Republik durch die Volksräte zu gewinnen sei. Dennoch „beschloss“ die Versammlung die Absetzung der Dynastie und liess am folgenden Nachmittag der Regierung diesen Beschluss durch die Vorstände der Arbeiter-, Bauern- und Beamtenräte übermitteln.

Auch in der Erzmetropole fand am Abend des 11. November eine von den Deputierten *Kieffer, Schaack, Thilmany, Herschbach, Kappweiler* und *Noesen* einberufene Volksversammlung statt, in welcher ein Arbeiterrat von 15 Mitgliedern — darunter die sozialistischen Deputierten *Kieffer* und *Schaack* und der Deputierte der freien Volkspartei *Kappweiler* — ernannt wurde, um in der Erzgegend weiterzukämpfen und mit dem hauptstädtischen Arbeiterrat in Verbindung zu treten.

All diese Volksversammlungen erfüllten mich, wie schon angedeutet, mit einigem Misstrauen. Vor das Volk tritt man, falls man nicht rein demagogische Ziele verfolgt, mit vollendeten Tatsachen, oder überhaupt nicht; zumal die gesetzlichen Volksvertreter sollten es jedoch, meines Erachtens, unter ihrer Würde finden, auf der Strasse soziale Grundfragen zu debattieren. Aber die Redner der Volksversammlungen wissen, dass in diesen Versammlungen der Knalleffekt gross, das Resultat aber klein ist und eine Verantwortung gar nicht besteht. Anders verhält es sich mit Geheimversammlungen, in denen bestimmte Personen nach reifer Debatte mit festen Plänen ausgerüstet werden, um dann erst vors Volk zu treten und es zu gewissen Zwecken, eventuell Handlungen, mit fortzureissen.

V.

In der Kammersitzung vom 12. November verkündete der Staatsminister abermals den festen Willen der Grossherzogin, das Volk über die zukünftige Staatsform durch ein Referendum befinden zu lassen. Die Rechtspartei brachte daraufhin eine diese Erklärung billigende Tagesordnung ein, wogegen die Liberalen und Sozialisten beantragten, die Kammer möge den Wunsch ausdrücken, dass die Dynastie auf den Thron verzichte und das Kammerbüro der Grossherzogin diesen Wunsch zur Kenntnis bringe.

Abg. *Pescatore* (lib.) preist, wie der liberale Führer *Rob. Brasseur*, das republikanische Prinzip, ohne direkt zur Einführung der Republik zu raten. Er ist der Ansicht, die Grossherzogin, die vor und nach Kriegsausbruch so arg gegen die Interessen des Landes gesündigt habe, müsse abgehen, ehe sie dazu gezwungen werde. Er findet ferner, dass es höchste Zeit ist, Fühlung mit der Entente zu gewinnen, damit wir über unsere Zukunft ruhigen Blicks und in weiser Kenntnis der Sachlage entscheiden können. Zur einstweiligen Ersetzung der abgedankten Herrscherin schlägt Hr. *Brasseur* die im Art. 7 der Verfassung vorgesehene Regenschaft der *Volksvertretung* vor.

Hr. *Probst* drückt sein Erstaunen darüber aus, dass die Regierung selber, durch Anordnung eines Referendums, das *revolutionäre Prinzip proklamieren wolle*. Die Kammer, die konstitutionelle Volksvertretung, habe keinen Vermittler nötig. Er werde deshalb für den Antrag *Brasseur* stimmen.

Auf den Kammertribünen und vor dem Kammergebäude harpte eine unruhige, ungeheure Menge der Entscheidung; doch ging die Volksvertretung ohne Beschluss auseinander.

Im Regierungsgebäude aber setzten die Minister ihre Vermittlungsbemühungen mit Deputierten der drei stärksten Parteien fort.

Am unbeugsamsten hielt der liberale Führer an dem Antrag der Linken auf Abdankung der ganzen Dynastie fest.

Der Vorschlag des klerikalen Kammerpräsidenten *Altwies*, der die Vertreter der drei Parteien in die Regierung geladen hatte, ging dahin, dass *Maria-Adelheid* zugunsten einer ihrer Schwestern dem Thron entsage. Im allgemeinen schien die Linke mit diesem Vorschlag einverstanden, wofern auch die Thronfolgerin keinen Regierungsakt vollzöge, bis das Referendum die Regierungsform bestimmt haben würde.

Dem hauptstädtischen Bürgermeister *Luc Housse* dagegen scheint die Abdankung der Grossherzogin nicht so dringlich wie den übrigen Vertretern der Linken und dem klerikalen Präsidenten; er schlägt vor, man möge sich damit zufrieden geben, dass *Maria-Adelheid* auf Wunsch der Kammer sich jeder Regierungstätigkeit enthalte, bis eine *aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Kammer sich über die zukünftige Regierungsform gedussert habe*.

Staatsminister *Reuter* greift diesen Vorschlag auf und hält eine Verständigung in diesem Sinne für möglich; dagegen ist

Finanzminister *Neyens* der Meinung, nach den Anklagen der Liberalen und Sozialisten könne sich *Maria-Adelheid* nicht mehr halten.

Und als Hr. *Neyens* dieser Meinung Ausdruck gab, hatte das Ministerium bereits, nach den Mitteilungen des damaligen Unterrichtsministers, der Grossherzogin die Unwahrscheinlichkeit ihrer Rettung klargemacht, und zwar im Hinblick auf die „wahrscheinliche“ Haltung der Volkspartei!

Als Mitglied des Escher Arbeiterrates hatte sich nun zwar Herr *Kappweiler*, der Führer der Volkspartei, für die Republik ausgesprochen, aber nicht im Namen der in ihrer Mehrheit aus gemässigten Arbeiterfreunden bestehenden Partei; und übrigens hatte diese noch keine Ahnung von dem vermittelnden Vorschlag des Sozialisten *Housse*, da sie zu den nächtlichen Beratungen nicht geladen war. Von ihrer „wahrscheinlichen“ Haltung konnte mithin überhaupt keine Rede sein.

In der Tat, nicht nur der klerikale Kammerpräsident und der klerikale Finanzminister, sondern das gesamte Ministerium Reuter hatte es mit der Abdankung *Maria-Adelheids* auffallend eilig! Das verriet die Koalitionsregierung nicht nur durch die Verkündigung jenes „langgehegten Wunsches“ der Grossherzogin am 11 ten, sondern auch und vor allem durch ihr Benehmen in der Nacht vom 12. auf den 13. November; und die angeblichen Ehrenrettungsversuche des *Wetter*'schen Buches verraten es uns noch deutlicher.

In der Kammersitzung vom 13. November siegte schliesslich der *Antrag Housse*, und zwar dank den Bemühungen des Nationalparteilers *Prüm*.

Herr *Prüm* schlug im letzten Augenblick den Weg ein, den die klerikalen Führer und Regierungsmitglieder sofort hätten finden müssen, wenn es ihnen ernstlich darum zu tun war, *Maria-Adelheid* wenigstens bis zum Referendum zu halten, was um so mehr ihre Pflicht gewesen wäre, als sich bis dahin leicht Mittel und Wege hätten finden lassen zur Gutmachung der scheinbar deutschfreundlichen Akte der Grossherzogin, sowie zu einer energischen Regierungskampagne gegen ihre in- und ausländischen Feinde und Verdächtiger. Gewiss hätte alsdann die Entente, die später die Gemahlin des Prinzen anerkannte, der im österreichischen Heere gedient hatte und als Erster in Przemysl eingezogen war, schliesslich ebensogern *Maria-Adelheid* alles verziehen, was sie als schlecht beratenes zwanzigjähriges Mädchen

verbrochen hatte. Jedenfalls hätte die Regierung auf diese Weise dem Ansehen unserer Dynastie und der Grossherzogin, an deren Unschuld sie doch glaubte, am besten gedient. Welche Bedenken machten unsere Minister zu so wenig besorgten und eifertigen Dienern, zu so wenig wagemutigen und ritterlichen Anwälten ihrer jungen und noch etwas eigensinnigen, aber allem Anscheine nach gutgewillten und durch Geist, Gemüt und Energie zu schönen Hoffnungen berechtigenden Herrin? Noch hatte Frankreich sich ja nicht offiziell gegen *Maria-Adelheid* ausgesprochen; und das Ausbleiben der Gesandten Frankreichs und Belgiens bewies nichts; liessen sie doch auch nach Charlottens Thronbesteigung noch ein volles Jahr auf sich warten.

Mir persönlich, als Republikaner, war natürlich an der Rettung unserer Monarchie herzlich wenig gelegen; aber gegenüber gewissen, noch immer nicht verstummenden Ansichten über Ursprung und Folgen unserer Soldatenbewegung habe ich alle Ursache, etwas genauer als es in den bisher erschienenen Schilderungen jener Ereignisse geschah, zu zeigen, von welchen wahren und angeblichen Freunden, von welchen wahren und angeblichen Feinden der Herrscherin das Schicksal des Thrones und mithin vielleicht unseres Landes damals eigentlich abhing.

Wenn *Maria-Adelheid* damals ehrliche und zähe Verteidiger hatte, so waren es die Herren *Peter Prüm* und *Luc Housse*. Allein diesen beiden Männern hat die Dynastie es zu verdanken, dass die dynastiefeindliche Linke am 13. November 1918 eine bei Beginn der Sitzung selbst nicht von der Rechten erhoffte Schlappe erlitt und das republikanische Prinzip nicht triumphierte. Herr *Prüm* hatte den Einfall, sich mit der Volkspartei in Verbindung zu setzen und sich, bevor er selbst eine Tagesordnung einbrachte, über den doch noch ganz zweifelhaften Willen dieser in keiner Weise verpflichteten, zudem über die im Regierungsgebäude stattgehabten Besprechungen noch nicht einmal unterrichteten Partei die nötige Klarheit zu verschaffen, ja: diese Partei womöglich für den Vorschlag *Housse* zu gewinnen. Er hatte schnellen Erfolg, da Hr. *Kappweiler* nicht einsah, warum er einem von sozialistischer Seite ausgehenden Vorschlag, selbst als Mitglied des Escher Arbeiterrates, nicht zustimmen dürfte. Herr *Prüm* brachte alsdann eine von Herrn *Kappweiler* und den Klerikalem *Meyers*, *Hansen* und *Bech* mitunterzeichnete, als Zusatz zum Antrag der Rechten gedachte Tagesordnung ein, laut welcher die Grossherzogin sich bis zum Referendum der Ausübung ihrer Herrschergewalt

enthalten müsse. Die Tagesordnung der Rechtspartei wurde mit 28 gegen 21, der Zusatz Prüm mit 36 gegen 2 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. Herr *Kappweiler* rechtfertigte seine Unterschrift mit der Erklärung: er habe sich allerdings bereits für den Abdankungsantrag ausgesprochen, aber nur für seine Person; die Verfassungskammer habe keinen Auftrag zu einer Aenderung der Staatsform, von welcher übrigens das Volk, namentlich die Arbeiterschaft, vorher die wirtschaftlichen Folgen zu kennen wünsche.

Trotz dem Siege der Rechten wurde nun aber, in derselben Sitzung, nach dem Votum über den Zusatz Prüm, *der Linksantrag auf Abdankung der Dynastie beinahe auch noch angenommen*: nur mit 21 Stimmen gegen 19, bei 3 Enthaltungen, wurde die Tagesordnung Brasseur zurückgewiesen!

Die Sache der Republik war unzweifelhaft schon gereift.

Noch vor Ablauf einer Woche, am 19. November, war bereits der Staatsrat mit der Referendumsvorlage und dem Antrag auf Suspendierung der Regierungsgewalt *Maria-Adelheids* befasst.

Seit dem 11. November hatte sich der Rückzug der deutschen Westfront durch unser Land, zuerst mehr in ungebundenen, dann immer geschlosseneren Truppenkörpern unaufhörlich fortgesetzt. Am 21. November zogen, vom ganzen Volke mit schrankenlosem Jubel und unaussprechlichen Gefühlen des Dankes und der Verehrung empfangen, die Amerikaner unter Obergeneral *Pershing*, am 22ten die Franzosen unter Oberst *Randier* und Kommandant *de Beaucaudray* in unsere Hauptstadt ein.

Sowohl *Pershing* als *Randier* begrüßten die Grossherzogin im Palast. Abends traf Prinz *Albert de Ligne*, der neue Vertreter Belgiens, in Luxemburg ein und stattete bei Hofe einen inoffiziellen, den Verwandten geltenden Anstandsbesuch ab: er sollte nur bei der Regierung als Geschäftsträger beglaubigt werden.

Am 25. November traf unverhofft Marschall *Foch* selber ein. Auf dem Bahnhofe begrüßte ihn, nach den Mitteilungen des Herrn *Welter* („Im Dienste“ VII), der belgische Generalleutnant *Baltia* und überreichte ihm ein Schreiben des französischen Aussenministers, das seine Ernennung zum Platzkommandanten von Luxemburg bestätigte. Doch *Foch* bestand darauf, zur Sicherung seines Vormarsches in die Rheinlande unsere Stadt

mit seinem eigenen Lieblingsbataillon zu besetzen: was natürlich für Belgien eine schwere Enttäuschung war. Wir haben alle Ursache, *Foch* als den Befreier unserer Heimat Erde nicht nur von dem beutegierigen preussischen Einbrecher, sondern auch von den annexionslustigen Belgiern zu ehren und zu preisen!

Foch liess abends, da er schon wieder abreisen musste und die auf Schloss Berg weilende Grossherzogin nicht zu Luxemburg angetroffen hatte, beim Staatsminister den Bescheid zurück, er werde in den ersten Wochen seinen Besuch bei Fürstin und Regierung nachholen; welches Versprechen er denn auch am 15. Dezember einlöste.

Nach den Besuchen der grossen militärischen Vertreter der Verbündeten im Palais musste man sich fragen, ob die Gerüchte von der ablehnenden Haltung der Ententeregierung nicht mindestens stark übertrieben seien.

Bei den Feiern des Einzugs unserer Befreier verhinderten die Organisatoren des zu Ehren der Amerikaner veranstalteten, aus ungefähr 60 Luxemburger Vereinen bestehenden Geleitzuges diesen, das Défilé vor dem Palais mitzumachen, weil man eine Kundgebung gegen die Grossherzogin befürchten musste. Die Gesellschaften lösten sich an der Kohlenstrasse vom Gesamtzuge ab und zogen vors Postgebäude weiter, wo sie sich später den amerikanischen Truppen wieder anschlossen. *Maria-Adelheid* jedoch erschien neben *Pershing*, der sich beim Volke bereits durch sein ebenso zwangloses, als massvolles Wesen beliebt gemacht hatte, in heitrem Gespräche auf dem Schlossbalkon, und die Menge brachte beiden begeisterte Ovationen dar. Beim Einzug der Franzosen war weder dem Hofe noch der Regierung von einem Festzug Meldung gemacht worden; auch die Truppen defilierten nicht vor dem Schloss.

Uebrigens kehrten die fremden Gesandten noch nicht zurück, und auf die Telegramme, die *Maria-Adelheid* zum Dank für die Befreiung unseres Landes an die Entente gerichtet hatte, waren, im Vergleich mit den herzlichen Antworten der fremden Regierungen auf die Danktelegramme unserer Volksvertretung, auffallend kühle Antworten erfolgt, besonders vonseiten *Poincarés* und König *Alberts*.

VI.

Die korrekte Haltung der fremden Heerführer steigerte begreiflicherweise das bittere Gefühl der Enttäuschung und den Groll der in der Kammersitzung vom 13 November unterlegenen Republikaner. In derselben Sitzung hatte der liberale Abgeordnete *Lacroix* ein Telegramm aus Bern verlesen, laut welchem der Luxemburger Geschäftsträger in Bern Notizen in der Presse bringe, die dem Interesse der Dynastie dienten, folglich die des Landes schädigten. Das Luxemburger Presseamt in Bern war aber auf Betreiben des Generaldirektors *Nik. Welter*, zur Wahrung unseres nationalen Ansehens und unserer nationalen Interessen, eingerichtet worden. Die Sozialisten machten nun Herrn *Welter*, der sonderbarerweise von allen Regierungsmitgliedern der ergebenste Anhänger *Maria-Adelheids* und zugleich sozialistischer Vertrauensmann war, für die dynastische Politik des Berner Büros verantwortlich; und schliesslich beschuldigten sie ihn auch, die „Balkonkomödie“ *Maria-Adelheid-Pershing* inszeniert zu haben, um dem vielfach geschädigten Ansehen der Grossherzogin neuen Glanz zu verleihen.

Herr *Welter* war in seinen poetischen Werken von jeher als Freund des notleidenden Volkes, als begeisterter Apostel des sozialen Fortschrittes und der Geistesfreiheit, aber auch als eifriger Monarchist aufgetreten. Unverständlich war mir und gewiss allen die damalige politische Konstellation kennenden Leuten, von Anfang an, wie der Sozialist *Probst* seiner Partei diesen Mann als Vertrauensmann in einem Augenblick empfehlen konnte, wo alle Parteien als dringendste politische Aufgaben, ausser der Volksernährung, die *Revision der Verfassung* und die Regelung der *internationalen Beziehungen* betrachteten, wie die im 1. Abschnitt erwähnte Programmerkklärung des Koalitionskabinetts, dem Herr *Welter* angehörte, beweist. Die Gefühle alter Freundschaft und Hochachtung, die Hr. *Probst* anscheinend für Herrn *Welter* hegte, können seine jedenfalls unsozialistische Handlungsweise nimmer entschuldigen, wenigstens politisch nimmer rechtfertigen. Ein Politiker hat, nach meinem Dafürhalten, seinen politischen Ideen zu dienen und zwar jeweils so, wie die politische Lage es erheischt. Dass die Kammer die Fragen: Abdankung der Grossherzogin? Dynastie oder Republik? in nächster Zeit diskutieren müsse, stand fest. Herr *Welter* sah dies wohl ein, da er die ihm angebotene Vertrauensstelle unter der absurden Bedingung annahm, dass „alle

brennenden Fragen zurückgestellt“ würden und sich erst — freilich etwas schnell — durch die Versicherung des Hrn. *Probst*, dass es zu einem Konflikt zwischen monarchischem und republikanischem Prinzip „kaum kommen dürfte“, beruhigen liess. (Vgl. die Kammerrede des Hrn. *Welter* vom 16. Januar 1919). Zur Entschuldigung der politischen Laufbahn *Nik. Welters* dürfen wir annehmen, dass er ein kurzsichtiger Realpolitiker war, der sich, wenigstens vorwiegend, von Gefühlen und persönlichen Rücksichten leiten liess, die in der Politik nie vorherrschen dürfen. Nach seinen eigenen Bekenntnissen („Im Dienste“ I) war seine Handlungsweise hauptsächlich künstlerisch motiviert. „Den *Ausschlag* bei meiner Entscheidung“, schreibt er nämlich, „brachte schliesslich die Erwägung, wie ich durch eine solche Beförderung an eine höchste leitende Stelle in die Lage versetzt werde, *das Leben und die Menschen unter Verhältnissen kennen zu lernen, die mir bis dahin verschlossen* waren. Letzten Endes träfe also nicht den Monarchisten *Welter*, sondern *Apollo*, den Gott der Dichtkunst, die Schuld an den so überaus unpoetischen und unerbaulichen Wirrnissen und Umtrieben, die wir nun schildern müssen.

Schon am 5. Tage nach dem Einzug der Amerikaner lud die sozialistische Kammerfraktion ihren Vertrauensminister zu einer Beratung im Vereinslokale ein. Herr *Probst* wohnte der Sitzung nicht bei. Herr *Jos. Thorn* stellte den Antrag, das Koalitionsministerium aufzulösen: Herr *Welter* solle seine *Entlassung einreichen*.

Herr *Welter* bestand darauf, vor seinem Abgang eine freie öffentliche Erklärung in der Kammer abzugeben.

Daraufhin wurde der Antrag *Thorn* verworfen und dem Koalitionsministerium eine Frist von 14 Tagen eingeräumt, um 1) den *Achtstundentag* ein-, 2) die *Suspendierung der Regierungsgewalt* Maria-Adelheids durchzuführen.

Am 5. Dezember sprach sich das *Gutachten des Staatesrates gegen die Suspendierung* der grossherzoglichen Regierungsgewalt und für einen Aufschub des Referendums aus. Der Staatsrat machte vor allem verfassungsrechtliche Bedenken geltend und schlug vor, die Kammer solle unverzüglich zur Reform der Verfassung schreiten. Bei den Neuwahlen auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes sollten dann die Wähler sich gleichzeitig über die Staatsform äussern.

In der Kammersitzung desselben Tages brachte der Liberale *Pescatore*, im Namen der Linksparteien, eine Tagesordnung ein,

laut welcher die Haltung der Krone während des Krieges, ihre Beziehungen zu den Herrschern und Herrscherhäusern jener Staaten, die unsere Neutralität verletzt hatten, sowie die unserer Neutralität und nationalen Würde widersprechenden Handlungen der Dynastie einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden sollten, *damit das Volk seinen Willen in voller Sachkenntnis äussern könne*. Zu dieser selbstverständlichen Tagesordnung — die Herr Welter, der sich in seiner Verteidigungsschrift durchweg als schwacher Logiker bewährt, „durch nichts geboten“ nennt, („Im Dienste“, VIII) — stellten die Klerikalen den Ergänzungsantrag, die Untersuchung auf die Haltung der verschiedenen Regierungen seit 1914 auszudehnen.

Am 19. Dezember ersetzte der Nationalpartei *Boever* beide Anträge durch eine über dieselben hinausgehende Tagesordnung folgenden Wortlauts:

„Die Kammer beschliesst die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission: 1) zur Feststellung der Haltung, die seit August 1914 die einzelnen Staatsgewalten, insbesondere *die Krone und die seitherigen Regierungen* hinsichtlich der Neutralität des Landes beobachtet haben; 2) zur Aufdeckung aller weiteren Tatsachen, die dazu angetan wären, das neutrale Grossherzogtum bei den Garantiemächten blosszustellen.“

Diese Tagesordnung wurde mit starker Mehrheit *angenommen*; die *liberal-sozialistische Tagesordnung*, welche die Untersuchung auf die Dynastie beschränken wollte, wurde jedoch *mit nur 2 Stimmen Mehrheit abgelehnt*. Und am selben Tage wurde ein sozialistischer, von Herrn *Jos. Thorn* eingebrachter Antrag, sich für das *republikanische Prinzip* auszusprechen, verworfen mit 25 Stimmen gegen 16 bei 5 Enthaltungen, d. h. mit den Stimmen der Rechtspartei und des Herrn *Boever* gegen die der Liberalen und Sozialisten bei Enthaltung von 4 Liberalen, nämlich der HH. *Brasseur, Lacroix, Noesen* und *Pescatore*, sowie des unabhängigen Herrn *Kellen*.

Diese Sitzung, zu welcher die Freunde der Dynastie relativ zahlreicher erschienen waren als die Anhänger der Republik, erbrachte mithin den deutlichen Beweis, dass die Dynastie in der Kammer nur eine äusserst knappe, wenn überhaupt eine Mehrheit besass, woraus man folgern konnte: dass das Luxemburger Volk, *vor die vollendete Tatsache einer Republik gestellt, sich leicht mit derselben abfinden würde*. Herr *Welter* vertritt in seiner

Kammerrede vom 16. Januar 1919 die Ansicht, ein Volk dürfe sich von der monarchischen Bevormundung erst befreien, wenn sie unerträglich werde. „Die grosse Mehrheit der Luxemburger“, sagt er, „ist nicht republikanisch gesinnt; dafür haben wir noch nicht genug gelitten“. Sollte Herr *Welter* sich wirklich nicht vorstellen können, dass bereits heute, bloss infolge genügender historischer Kenntnis der sozialen Leiden, die jede Nation ohne Ausnahme, und nicht zuletzt das vielmals aufgeteilte Luxemburger Land, zu allen Zeiten bis auf den heutigen Tag, der Machtsucht der Monarchen zu verdanken hatte, die Mehrheit unserer Bevölkerung republikanisch gesinnt sein könnte? Wir hätten noch nicht genug gelitten? Erzählt Hr. *Welter* uns denn nicht selber in seinem Büchlein über „Das Luxemburgische und sein Schrifttum“, (1. Kap.): „Unsere Voreltern wurden es selten inne, dass es sich in den Ebenen des Gutlands, auf den Höhen und an den Hängen des Oeslings gemütlich oder doch erträglich leben liesse.“ Also *nicht einmal erträglich* war das Leben, zu welchem unsere stets monarchisch regierten Vorfahren während mehr als tausend Jahren verurteilt waren? Vom politischen Schicksal unseres Vaterlandes sagt derselbe Herr *Welter* wörtlich: „Mehrfach im Lauf eines Jahrhunderts musste es das Herrscherhaus wechseln und stets einem andern Herrn den Treueid leisten . . . Um die Felsen und Mauern seiner Hauptstadt dampfte das Blut der verschiedensten Nationen zum Himmel. Ein Spielball in den launischen Fäusten des Kriegsgotts, wurde die wichtige Festung bald diesem, bald jenem Gewalthaber zugeschleudert und pflanzte heute über ihren Türmen und Zinnen ein Banner auf, das vielleicht schon morgen eingeholt oder heruntergeschossen wurde *So gestaltete sich die Vergangenheit leidvoll, die Gegenwart unerfreulich und die Zukunft unsicher.*“ Und das sollte nicht hinreichen, um dem grössten Teile des Luxemburger Volkes seine berühmte Liebe zu den „angestammten“ Fürstenhäusern gründlich zu verleiden? Unser bewunderungswürdiger Logiker ist heute Oberschulinspektor: hält er nun auch als solcher an seiner eigenartigen Auffassung der Kulturentwicklung fest? Dann räsonniert er wie folgt: „Einstweilen keine Anpassung der Normal- und Primärschulprogramme an die Anforderungen des modernen Lebens! Denn unsere Jugend ist noch nicht hinlänglich verdummt, will also ganz gewiss von vernünftigerer Fortbildung einstweilen noch nichts wissen.“ Ich meinerseits bin der unmassgeblichen Meinung, dass es auch einem Dichter,– sogar wenn er Unterrichtsminister oder

Öberschulinspektor ist, nie schaden kann, etwas mehr gesunden Menschenverstand an den Tag zu legen.

Bereits am 10. Dezember war die der Regierung von den Sozialisten zur Erfüllung der bekannten zwei Forderungen gewährte vierzehntägige Frist abgelaufen: keine von beiden war erfüllt.

Da brachte, mitten in die Angriffe des Herrn *Pescatore* gegen die Dynastie, der klerikale Abgeordnete *Bech* einen Antrag ein, dass die Landesvertretung — nicht etwa, wie man erwarten musste, ihre Anhänglichkeit an die Landesfürstin vor dem aufhorchenden Ausland beteuere, sondern — feierlich erkläre, „dass das Grossherzogtum als selbständiger, freier und unabhängiger Staat weiterzubestehen“ wünsche. Damit das Ausland, so meinte Herr *Bech*, nicht glauben könne, wir seien unserer Unabhängigkeit müde.

Der hochpatriotische Antrag war nach dem an *Wilson* adressierten einstimmigen Wunsch der Volksvertretung auf Fortbestand unserer Neutralität ganz überflüssig, zudem durchaus inopportun, ja direkt zweckwidrig in jenem Augenblicke, wo die Linksparteien des herrschenden Regimes überdrüssig waren wie noch nie, gereizter und oppositionslustiger waren als je und es ihnen offenbar mehr um Einführung einer demokratischeren Regierungsform als um die Erhaltung der Neutralität, ja selbst der nationalen Selbständigkeit zu tun war. Die Abstimmung ergab tatsächlich nur eine Mehrheit von 29 gegen 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Gegen den Antrag stimmten die H. H. *Thilmany*, *Jos. Thorn*, *Blum*, *Gallé*, *Housse*, *Koch*, *Laval*, *Léon*, *Mark*, *Palgen* und *Joh. Schaack*; es enthielten sich die H. H. *Brasseur*, *Diderich*, *Krieps*, *Lacroix* und *Pescatore*: ein Ergebnis das Herr *Bech* hätte ungefähr voraussehen müssen und das ganz dazu angetan war, das Ausland in der Meinung zu bestärken, die freisinnigen Kreise (also die Hälfte des Luxemburger Volkes) wünschten einen nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Anschluss an ein Nachbarland.

Nach der Sitzung trafen sich die sozialistischen Abgeordneten mit ihrem Minister. Herrn *Welters* Vorschlag, die Koalitionsregierung als Geschäftsministerium bis zur Erledigung der Verfassungsreform im Amte zu lassen, wurde abgelehnt. Sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme des Herrn *Probst*, der die Versammlung verlassen hatte, forderten, bei 1 Enthaltung, den sofortigen Rücktritt des Unterrichtsministers.

In der Sitzung vom 11. Dezember hielt Hr. *Wetter* eine

Abschiedsrede, worin er zugab, dass er zur Zeit, als er dem Rufe der sozialistischen Fraktion Folge leistete, damit gerechnet habe, „dass eines guten Tages ein Wandel eintreten würde in der Stellung, die die Fraktion anfangs der Regierungspolitik gegenüber einzunehmen willens war.“ Die Rede schloss mit den schönen Worten:

„Ich meinerseits bin glücklich, dass ich einmal wenigstens von dieser Stelle aus Zeugnis ablegen kann für den Gedanken, in dessen Dienst ich das Beste meines Wesens gestellt habe. Ich grüsse meinerseits die Seele unseres kleinen Vaterlandes, dem endlich die Stunde der Befreiung geschlagen hat.“

„Ich wünsche, dass es sich fröhlich entfalten kann *in der Sonne der lateinischen Freundschaft und Hochherzigkeit*, umhegt von der treuen Liebe all seiner Kinder. Den Untergang meiner stolzesten Hoffnungen aber müsste ich betrauern an dem Tage, wo ich mich gezwungen sähe, zu verzweifeln an der Zukunft *eines freien, unabhängigen, vielhundertjährigen Luxemburgs.*“ — Am 12. Dezember kündigte Hr. *Welter* der Grossherzogin seinen Austritt an; am selben Tage traten die Generaldirektoren *Liesch* und *Collart* zurück.

Am 13. Dezember sprach die Kammer der demissionären Regierung mit 32 gegen 7 Stimmen — die Sozialisten hatten den Saal verlassen — das *Vertrauen* aus und forderte, im Hinblick auf die schwere Zeit, sie auf, als Geschäftsministerium zurückzukehren. Diesem Rufe folgte die Regierung jedoch nicht. Am 14. Dezember reichte das ganze Kabinett seine Entlassung ein.

Und dennoch erdreistete es sich, als Geschäftsministerium weiterzuregieren, und zwar, wie Hr. *Welter* sich ausdrückt: „nicht weil uns die Kammer am 13. Dezember neu als Geschäftsministerium *bestätigt* hatte, sondern weil eben kein anderer für uns einspringen *konnte* noch *wollte*“. („Im Dienste“, XIII). Dieser Satz ist, nebenbei bemerkt, noch lange nicht der selbstbewussteste oder dünkelfhafteste des *Welterschen* Buches.

Im folgenden Kapitel z. B. meint er: „Wenn ich nicht da wäre, sie müssten mich erfinden.“ Und als er am 13. Dezember 1919 abgehen möchte, sagte er zur Grossherzogin: „Den Generaldirektor kann unter den heutigen Verhältnissen ein jeder spielen (!) Ich weiss mir *ausserhalb* der Regierung Aufgaben, die vielleicht *kein anderer* vollführen könnte.“ (XXII Kap.) Im Geleitwort gesteht er selber, er habe in bestimmten Augenblicken seine Person „*über Gebühr*“ in den Vordergrund treten lassen.

VII.

Die erste grosse Tat dieser sich unersetzlich dünkenden demissionären Regierung war die berühmte Reise nach Paris, die sie unternahm, um die französische Regierung von den politischen und wirtschaftlichen Absichten des Luxemburger Volkes zu verständigen.

Niemand eignete sich natürlich weniger zu dieser Mission, als ein Koalitionsministerium, welches nicht nur bereits seine Entlassung eingereicht hatte, sondern auch nicht mehr als Vertretung des Volkes oder wenigstens der drei stärksten politischen Parteien auftreten konnte. Herr *Welter* freilich schreibt mit dem in seiner unglücklichen Verteidigungsschrift so auffallend häufig hervortretenden Zynismus, er sei auf Herrn *Reuters* Aufforderung, mitzufahren, gerne hierzu bereit gewesen, habe jedoch geraten, „auch Freund *Liesch* mitzunehmen, damit so die drei stärksten Parteien an der Erkundungsfahrt beteiligt wären.“

Dass eine Verständigungsfahrt nach Paris überhaupt geboten war, soll — die dazu passenden Männer vorausgesetzt — nicht bestritten werden. Ein wirtschaftlicher Anschluss an Belgien oder Frankreich oder beide Länder wurde längst von Industrie, Landwirtschaft und Handel immer ungeduldiger reklamiert.

Abgesehen davon, dass unsere wirtschaftlichen Interessen uns entschieden nach Frankreich wiesen, konnte die Haltung der belgischen Politiker bezüglich der Luxemburger Frage uns für einen Wirtschaftsvertrag mit Belgien nicht grade begeistern. Zahlreich und immer zahlreicher waren die belgischen Staatsmänner und Journalisten, die ein Aufgehen Luxemburgs in Belgien für kulturhistorisch gerechtfertigt und vom Luxemburger Volke selbst sehnlich begehrt erklärten. Die Seele dieser Kampagne war Herr *Nothomb*. Ein in der belgischen Armee verbreiteter „*Petit catéchisme national*“ stellte die Annexion der Hälfte des Grossherzogtums als zur Wiederherstellung Belgiens notwendig hin. *Pierre Nothomb* veröffentlichte seine tendenziöse „*Histoire Belge du Grand-Duché de Luxembourg*“. Am 10. April 1916 brachte der „*Petit Parisien*“ einen Artikel von *Fernand Neuray*: „*La Belgique aussi a son Alsace-Lorraine*“. Sogar der bedeutende belgische Sozialist *Desirée* verkündete, unser Land gehöre zu Belgien wie Elsass-Lothringen zu Frankreich. Und schon im Oktober 1916 sprach der belgische Gesandte

in Paris, *baron de Gaiffier d'Hestroy* rückhaltlos die Ansicht aus: Luxemburgs Rückkehr zu Belgien entspräche dem rechtmässigen Verlangen des belgischen Volkes!

Und doch war Luxemburg niemals belgisch. Nach Sprache und Familiennamen sind wir, bis auf einen kleinen Prozentsatz, deutschsprachig, nämlich mittelfränkischer Abkunft. Von 1814 bis zur Erklärung unserer Neutralität durch den 2. Londoner Vertrag (11. 5. 1867) gehörten wir allerdings der Niederländisch-Belgischen Nationalunion unter dem Zepter des Königs von Holland an: aber nach dem Wiener Verträge von 1815, welcher Luxemburg zum Grossherzogtum erhoben hatte, waren wir zugleich administrativ selbständiger deutscher Bundesstaat. Dass in Teilen Ostbelgiens noch Luxemburgisch geredet wird, ist auf die vom 1. Londoner Vertrag (1839) verfügte Teilung des Grossherzogtums zurückzuführen, durch welche von seinen 8 Distrikten 5, *grösstenteils wallonisch redende*, als „Belgische Provinz Luxemburg“ an das neue Königreich Belgien fielen. Mit weit besserem Rechte, als Belgien unsere „Rückkehr“ fordert, könnten also wir von Belgien die Rückgabe dieser 5 Distrikte, oder doch wenigstens des deutschsprachigen Arloner Gebietes verlangen: aber kein normaler Luxemburger denkt daran; vielmehr denken wir alle: Die *ganze Welt* soll luxemburgisch, d. h. neutral werden!

Leider wurde das annexionslustige Belgien ermutigt durch die Haltung der französischen Regierung in der Luxemburger Frage. *Ribot* versicherte Herrn *de Gaiffier d'Hestroy* am 9. Juni 1917: Frankreich werde sich hinsichtlich unseres wirtschaftlichen und politischen Anschlusses jeden Wettbewerbs mit Belgien enthalten; sein Nachfolger *Clemenceau* fügte hinzu: Frankreich werde sich jeder engeren Verbindung Luxemburgs mit Belgien nur freuen, freilich nicht ohne hinzuzufügen: „*Arrangez-vous avec le Luxembourg. Mais ne me demandez pas de repousser, par un acte officiel, des sympathies qui se tournent vers la France, et d'imposer la solution belge, solution qui, dans mon esprit, doit sortir d'une explication libre et sceller entre les trois pays un anneau de plus.*“ (Vgl. André Tardieu: *La Paix*, P. 252—57).

In wie weit die Politik Ribots und Clemenceaus etwa von den die luxemburgische Konkurrenz befürchtenden französischen Industrieherrn bestimmt worden war, bleibe dahingestellt! Wie Herr Prof. *Jos Hansen* (in der „*Alsace Française*“ vom 30. Juli 1921) mitteilt, war Frankreich in der Erfüllung seines den Belgiern gegebenen Versprechens so ängstlich, dass der Quai d'Orsay

sogar ein Abonnement auf die „Indépendance Luxembourgeoise“, welche jederzeit so entschieden für die französischen Interessen in Luxemburg eingetreten war, ablehnte.

Noch trauriger ist die Feststellung, dass Belgien, wenigstens vorübergehend, namentlich zur Zeit der reaktionären Macht-äusserungen *Maria-Adelheids* in ihren ersten Regierungsjahren, von unsern Linkspolitikern in seinen unberechtigten Ansprüchen nicht wenig bestärkt wurde und zwar in dem Masse, dass, wie *Nic. Welter* („Im Dienste“, Kap. XVI) zu berichten weiss, nach den Neuwahlen Anfang 1916, aus denen der Linksblock mit nur 1 Stimme Mehrheit hervorgegangen war, der belgische Senator *Orban de Xivry* seinem König im Namen unserer Kammermehrheit die Krone des Grossherzogtums anbieten konnte.

Noch am 8. Dezember 1918 forderten die in Brüssel wohnenden Luxemburger in einer Kundgebung auf der Place des Martyrs eine Personalunion Luxemburgs mit Belgien.

So mussten wir also befürchten, Belgien würde einen Wirtschaftsvertrag mit uns nur unter solchen Bedingungen abschliessen, die seine Annexionsgelüste nach Möglichkeit befriedigen würden.

Mein Wunsch lautete unter diesen Umständen: Wirtschaftlicher Anschluss an Frankreich oder überhaupt kein Anschluss!

Unsere vermeintlich unersetzlichen, jedenfalls aber unvergleichlichen demissionären Minister begaben sich also, mit Ausnahme der H. H. *Neyens* und *Collart*, nach Paris.

Vor ihrer Abreise standen sie nicht an, die Grossherzogin nochmals auf die eventuelle Notwendigkeit ihrer Abdankung zum Wohle des Landes vorzubereiten, jedoch nicht ohne die für sie, die längst in so wenig vorbildlicher Weise bewährten Hüter der Dynastie und des nationalen Ansehens, höchst beschämende, meiner Ansicht nach durchaus richtige und übrigens der Herrscherin eines unabhängigen Landes allein würdige Antwort zu erhalten: „*Auf Befehl des Auslandes, meine Herren, gehe ich nicht. Ich darf so nicht gehen. In dem Falle könnte mein Rücktritt auch den Verlust der Unabhängigkeit bedeuten, oder nach sich ziehen. Dem inneren Frieden des Landes zuliebe wäre ich schon eher zum Abgang bereit.*“ („Im Dienste“, VIII).

Das Resultat der Pariser Reise war natürlich ein trauriges: Aussenminister *Pidton* weigerte sich (23. Dezember 1918), die „Minister der Grossherzogin“ offiziell zu empfangen und erklärte ihnen, Minister *Mollard* sei nur deshalb noch nicht auf seinen Gesandtenposten in Luxemburg zurückgekehrt, weil die Gross-

herzogin Fehler begangen habe, „die in ihren Folgen gewissermassen auf einen Abbruch der Beziehungen hinauslaufen.“ (Im Dienste“, Kap. X.)

Die Antworten der Herren Minister *Reuter* und *Liesch* waren, nach dem Berichte des Herrn *Welter*, nicht grade diplomatisch. Hr. *Liesch* versicherte dem französischen Aussenminister nur: er und seine Kollegen seien an den früheren Handlungen *Maria-Adelheids* unschuldig! Und unser Regierungspräsident wusste nichts zu sagen als: „So wollen wir nicht länger stören und empfehlen uns!“ Von einem Versuch, seine Fürstin etwa durch ihr Alter und ihre Umgebung zu entschuldigen, oder wenigstens für ihre Schwester *Charlotte* zu plädieren, keine Spur! Herr *Welter* kann seinen Aerger darüber in seinem Buche nicht verbergen: er bedauert, dass er nicht dabei sein konnte und dass seine Kollegen Herrn *Pichon* so schnell verliessen; dieser selbst sei, nach Herrn *Mollard's* Aussage, über den raschen Aufbruch erstaunt gewesen.

Als die „Minister der Grossherzogin“ am 2. Weihnachtstage wieder in Luxemburg eintrafen, fanden sie ihre hiergebliebenen Kollegen mit einer ebenso wichtigen als schwierigen und gefährlichen Aufgabe beschäftigt. Die *Freiwilligenkompagnie hatte ihre Offiziere verjagt* und forderte dringend eine humane Umgestaltung des Militärdienstes.

Am 19. Dezember hatten wir die Kammer mit folgender Eingabe befasst, worin sämtliche Beschwerden und Forderungen der Soldaten, Korporäle und Unteroffiziere zusammengestellt waren:

SOLDATEN!

Luxemburg, den 17. Dezember 1918.

Es geht ein Freiheitssturm durch die alte Welt, Sklavenketten prasseln zu Boden und unterdrückte Völker atmen frei auf. Der preussische Militarismus, der gefürchtete Moloch, dem Millionen von Menschen geopfert wurden, liegt zerschmettert am Boden. Was gestern noch Phantasie war, ist heute rauhe Wirklichkeit geworden. Tyrannische und despotische Traditionen, die Jahrhunderte hindurch Orgien von Grausamkeit und Unterdrückung gefeiert haben, werden gewaltsam entwurzelt und dem Freiheitsgott geopfert. Soldaten, ihr dürft nicht gleichgültig diese Umwälzungen vollbringen lassen, denn sie sind auch bestimmend für eure Zukunft. Darum unterrichtet euch gegenseitig mit den Tages-

blättern in eurer Mitte, besprechet die Ereignisse und vergleicht die Zustände, die zu diesen Umwälzungen geführt haben mit den bei euch herrschenden, versucht einen Augenblick in euerem Innersten in diesen neuen Einrichtungen als Soldat zu leben. Ja denkt ihr, was nützt uns ein schöner Traum, denn für uns ist es doch sonst nichts. Nein, Soldaten, so dürft ihr nicht denken. Was möglich war drüben ist auch möglich hier. Aber Entschlossenheit und Zusammengehen sind die ersten Bedingungen zu einem Erfolg. Niemand darf abseits stehen, wenn es heisst, für das Wohl der Gemeinschaft kämpfen. Wie ein Mann müsst ihr dreihundert zusammenstehen und nachstehende Umänderungen bedingungslos fordern. Dann werdet ihr morgen verwirklicht sehen, was ihr heute noch als Traum, als Phantasie betrachtet.

Ihr fordert einmütig:

1. Abschaffung des preussischen Systems (deutsche Kommandos, preussischer Drill, Parademarsch, Exerzieren im Allgemeinen), Einführen der französischen Kommandos.

2. Einführen eines geregelten und den einzelnen Verwaltungszweigen entsprechenden Schulunterrichtes. Derselbe wird durch Zivillehrer erteilt, welche die Dozierkunst beherrschen. (Muster Forstunterricht). Die Lehrer werden probeweise auf ein Jahr eingestellt. Sind die Resultate genügend, so kann Anstellung erfolgen. Sie rangieren in der nämlichen Gehaltsstufe wie der Feldwebel; nach 10 Jahren erfolgreichen Dozierens treten sie in die Gehälterstufe der Unteradjutanten über. Sie geniessen im Uebrigen alle Vorteile der übrigen Berufssoldaten und sind wie diese pensionsberechtigt. Die Kontrolle des Schulunterrichtes geschieht wie die der Zivilanstalten, durch die Schulbehörden. Damit die Freiwilligen von demselben Kenntnisgrad möglichst in einer Klasse vereinigt werden, werden 4 Schulklassen gebildet, wovon die 2 obern von fachkundigen Zivillehrern und die beiden untern von Offizieren geleitet werden. Letztere dozieren nach einem von einem Fachkundigen aufgestellten Programm. Die Offiziere, welche dozieren, dürfen des Nachmittags bloss 1 Stunde durch andere Dienste beschäftigt werden, damit ihnen Zeit genug bleibt die Schulaufgaben zu verbessern. Dies ausgenommen bei Marsch- und Exerzierübungen.

Die Schulbücher der Freiwilligen werden auf Verwaltungskosten geliefert.

3. Abschaffung der strengen Mittel- und gelinden Arreststrafen; höchste Kasernenarreststrafe 8 Tage.

Die zukünftige Freiwilligen-Kompagnie darf nicht zur Strafkolonie werden, wie es die jetzige ist. In den grossen Militärverbänden, wo der junge Mann gegen seinen Willen dienen muss, ist die Strafe eine natürliche Folge des Soldatwerdens. In vielen Fällen hat man es da mit Widerspenstigen zu tun, die sich den strengen Militärreglementen nicht fügen wollen. Aber wie ganz anders ist es bei dem Freiwilligen-system. Darf die Strafe hier wie heute als Haupterziehungsmittel angewandt werden? Nein, denn so schafft man aus diesen Freiwilligen Sklaven, die nur auf Peitschenhiebe gehorchen, anstatt dass man aus ihnen freie Bürger heranbilden soll, die später als Beamten verantwortungsvolle Vertrauensposten zu bekleiden imstande sind. Die Strafe muss als eine Entehrung von dem zukünftigen Freiwilligen betrachtet werden. Derjenige, welcher mit Strafen an seine Pflichten ermahnt werden muss, darf keinen Aufenthalt in der Freiwilligen-Kompagnie finden, denn aus ihm wird nie ein zuverlässiger Beamter; er gehört zu denen, die unter enger Bewachung ihre Arbeiten verrichten müssen. Es genügt allerdings nicht, dass die Strafe als Schandfleck hingestellt wird, und dass gegen diejenigen die ihr unterliegen, mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird.

Die erste Bedingung zur Ausrottung der Strafe ist, dass von denjenigen, die ihr ausgesetzt sind, nicht mehr gefordert wird, als sie moralisch und physisch zu leisten imstande sind. (Und das soll hier festgestellt bleiben, dass die Hauptursache der vielen und schweren Strafen, welche in letzter Zeit in der Freiwilligen-Kompagnie abgebüsst wurden, in dem jeder Beschreibung spottenden Draufgängertum zu suchen ist). Der Mann wurde mit praktischen Diensten überladen, man forderte Uebermenschliches von ihm und wenn die Leute sich wegen erlittener Strafen beklagten, indem sie dem allzu harten Dienste die Schuld gaben, wurde ihnen das geistreiche und steriotipe „C'est la guerre“ entgegengehalten. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit noch auf die Leistungsfähigkeit der Leute wurde erbarmungslos ins Blaue hineinkommandiert, und als Erzeugnis dieser unglücklichen Despotenwirtschaft haben wir, es schauert einen wirklich es zu sagen: Erkrankungen, Strafen, schwarze Unkenntnis desjenigen, was dem

Freiwilligen nach dem Kriege eine Zukunft hätte sichern können. Die Vorgesetzten wurden in scharfen Zeitungsartikeln zu verschiedenen Malen auf ihre Untaten aufmerksam gemacht, aber unbarmherzig und gefühllos wie immer für die ihnen anvertrauten jungen Freiwilligen, gingen sie hochnäsiger über alle Mahnrufe hinweg. Die Freiwilligen sahen bald ein, dass alles was zu ihrer Zukunft erforderlich war, vernachlässigt wurde und gleichgültig häuften sie Strafe auf Strafe: Bald durch Fortlaufen, bald durch grobe Disziplinwidrigkeit, sogar gab ein Unglücklicher an, der im Stehlen erlappt wurde, dieses getan zu haben, um aus der Freiwilligen-Kompagnie fort zu kommen. Wenn letzteres auch wenig glaubwürdig erscheint, so gibt es doch Anlass zu ernster Ueberlegung, wenn man andere Freiwillige sieht, die trotz der schweren Folgen der Desertion sich derselben schuldig machen, um eben aus der Freiwilligen-Kompagnie herauszukommen. Nein, das kann und darf nicht so voran gehen. Schwere Strafen, Desertion und Abschied Nr. 2 in einer Freiwilligen-Kompagnie ist naturwidrig und die zukünftige Freiwilligen-Kompagnie darf, auch wenn sie Jahrhunderte dauern sollte, nie der Herd solcher Uebelstände werden. Ermahnung, Belehrung und freie Erziehung soll die Devise der zukünftigen Freiwilligen-Kompagnie sein; Strafen dürfen bei ihr nicht aufkommen.

4. Einführung eines Streitausschusses bestehend aus: einem Hauptmann, sowie einem ältern Unteroffizier und dem rangältesten Korporal. Sämtliche Strafen, Reklamationen und Beschwerden, Urlaubsangelegenheiten müssen von dieser Kommission durchberaten und entschieden werden. Auf diese Weise wird jeder Autokratie und Willkür die Spitze gebrochen.

5. Abschaffung der Gefängniswache: Die Bewachung der Gefängnisse durch Soldaten besteht in sonst keinem Lande wie in dem Unserigen, obschon dort nicht minder grosse Verbrecher gefangen sitzen als bei uns. Das Postenstehen erfordert eine gespannte Aufmerksamkeit und ist dasselbe dadurch, sowie durch das Tag- und Nachtwachen sehr ermüdend. Beim jedesmaligen Beziehen der Wache verliert der Freiwillige 2 Studien- und Dienstage. Dass dies eine empfindliche Hemmung in den Fortschritten der jungen Freiwilligen bedeutet, braucht wohl keines weitem Beweises. An dieser Stelle soll die Notwendigkeit eine der Stärke der

Militärwache entsprechende Verstärkung des Gefängnispersonals nicht weiter erörtert werden, aber wenn dieses wirklich der Fall ist, dann soll doch nicht länger gezögert und genügend Beamte angestellt werden. Der Freiwillige soll nicht länger das Opfer eines solchen Sparsystems sein.

6. Der Freiwillige darf unter keinen Umständen mehr als einmal pro Woche die Wache beziehen und ist derselbe am Vor- resp. Nachmittage der der Wache folgt, zum Ausruhen von sämtlichen Diensten befreit. Bei grossen Krankmeldungen oder andern nicht vorherzusehenden Ereignissen, wie Streik, Epidemien usw., sind dementsprechende Massregeln zu treffen.

7. Urlaub: Jedem Freiwilligen, gegen welchen während der Woche beim Streitausschuss keine Klagen eingelaufen sind, ist von Samstags auf Sonntags ein *24stündiger Urlaub* zu bewilligen; ferner ist den Freiwilligen ein entsprechender Urlaub bei Todesfällen ihrer Eltern und Verwandten zu bewilligen; einen dreitägigen Urlaub erhält jeder Soldat bei Gelegenheit des Kirchweihfestes. Jedes Mitglied der Freiwilligen-Kompagnie erhält nach einem Jahr guter Dienste Anspruch auf einen 14 tägigen Erholungsurlaub. Berufsmitglieder wie Offiziere, Unteradjutanten und Feldwebels, sowie Feldwebels und Sergeanten der Musik und Büchsenmacher erhalten Anspruch auf Urlaub bis zu einem Monat. (Etwaiger Krankenurlaub wird nicht gerechnet) ohne Rücksicht auf den Grad, massgebend nur Dienstalter, verteilt sich der Urlaub wie folgt: Minimum 14 Tage an sämtliche Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie. 10 Jahre Dienst geben Anrecht auf 20 Tage, 20 Jahre Dienst geben Anrecht auf 25 Tage, 30 Jahre Dienst und darüber auf 30 Tage Urlaub. Diese Normen gelten wie oben erwähnt, sowohl für Offiziere als auch für Unteroffiziere und Freiwillige. Wenn hier kein Unterschied gemacht wird zwischen Offizieren und denjenigen, welche unter denselben stehen, dann geschieht es vom menschlichen Standpunkte aus. In beiden Fällen handelt es sich um lebende Wesen, die in jeder Hinsicht nach den nämlichen Prinzipien aufgebaut sind. Es ist deshalb auch nicht mehr als billig, dass diesen Wesen, welche in einem und demselben Betriebe beschäftigt sind, die nämliche Ruhe gegönnt wird. Derjenige, welcher behauptet, die Prestige würde unter solchem Ebenmasse Einbusse erleiden, ist irriger Meinung. Dass, im

Gegenteil die Prestige und Disziplin leiden, wenn in dieser Hinsicht zweierlei Mass und Gewicht gebraucht werden, wie es heute der Fall ist, braucht wohl keiner weiteren Versicherung. Niemand bestreitet dass Kenntnisse und Fähigkeiten belohnt werden sollen. Aber sind sie es nicht zur Genüge durch die moralischen und materiellen Vorteile, welche solche geniessen, die das Glück hatten, diese Eigenschaften zu erwerben? Sie beziehen besseres Gehalt und haben die Genugtuung über andere befehligen zu können.

8. Anzüge. Der Freiwillige hat 4 Anzüge, welche sind: Kasernen-, Exerzier- oder Kampinganzug, Stadt- und Paradeanzug. Ausserdem erhält jeder Soldat auf Staatskosten einen Regenmantel und Gummiüberstiefel. Die österreichische Mütze wird durch das sogenannte „Bonnet de Police“ nach belgischem Muster ersetzt. Letzteres ist die einzige Kopfbedeckung, welche jeder Freiwillige nehem dem Tschako gr. Anzug besitzt. Das Bonnet ist die Kopfbedeckung für alle Gelegenheiten ausser Paradedestlichkeiten.

9. Appells. An den Sonn- und Feiertagen finden ausser dem Morgen- und Abendverlesen keine Appells statt. Längere Befreiungen können je nach den Umständen genehmigt werden. Das gewöhnliche Abendverlesen findet Sommer wie Winter um 10 Uhr statt. An den obenerwähnten Tagen ist den Leuten Gelegenheit zu geben, ihren Kultusplichten nachzukommen. Jeder für sich und nicht in geschlossenen Abteilungen.

10. Anwerbung. Der Freiwilligen-Kandidat kann je nach seiner Körperkonstitution schon beim 16. bis 17. Jahr in die Freiwilligen-Kompagnie aufgenommen werden. Das erste Engagement darf die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten, damit der Freiwillige nicht sagen kann, er sei in eine Falle gelockt worden, wie das bei dem Dreijahr-Engagement vielfach behauptet wurde. Nach diesen 6 Monaten wird die Kandidatur erst aufgenommen. Kandidaturwechsel wird nur in sehr triftigen Fällen zugelassen. Die Engagements können wie bisher 2 Jahre dauern. Die Berufssoldaten erhalten gerade wie alle andern Beamten ihre Anstellung, das Rengagement fällt folglich für sie weg. Sollte der Freiwillige während der Rengagementsperiode aus irgend einem Grunde um seinen Abschied einkommen, so dürfen ihm diesetwegen keine Schwierigkeiten bereitet werden wie das heute zum Aerger

sämtlicher Freiwilligen der Fall ist. Denn es heisst Freiwilligen-Kompagnie und Niemand darf gezwungen werden darin zu verbleiben, wenn er fort wünscht. Die Kaserne soll ein zweites Heim für den jungen Freiwilligen werden, in welchem er als freier Bürger für das spätere Leben erzogen wird, es muss für ihn ein Heim werden, aus welchem er nur ungerne scheidet.

11. Besoldung. Die Minimalbesoldung des Freiwilligen beträgt 5 Franken pro Tag mit proportioneller Zulage für Soldat 1. Klasse und Korporal. Davon fliesst eine entsprechende Summe in die Kleidermasse, eine solche in die Menage. der Rest wird als Taschengeld ausbezahlt. Ausserdem ist dem Freiwilligen bei seinem Eintritt in die Kompagnie 200 Franken als erste Ausrüstung auf die Kleidermasse gutzuschreiben. Ferner muss der Staat dem Freiwilligen für jedes Rengagementsjahr 400 Franken auf die Sparkasse deponieren, Summe, welche er bei Verabschiedung touchieren kann. Unter Freiwilligen versteht man Soldat und Korporal. Mitgliedern, welche 10 Jahre in der Freiwilligen-Kompagnie gedient, wird bei Verleihung des 10 jährigen Verdienstkreuzes eine Gratifikationssumme von 600 Franken ausbezahlt; solchen, welche 20 Jahre gedient, werden bei Verleihung des 20 jährigen Verdienstkreuzes 1000 Franken ausbezahlt, und solchen, welche 30 Jahre gedient, werden bei Verleihung des 30 jährigen Verdienstkreuzes 1500 Franken ausbezahlt. Was die Gehälter der bewaffneten Unteroffiziere und der Musikanten, also der sogenannten Berufssoldaten betrifft, bedürfen selbe einer gründlichen Revision und muss denselben bei dieser Gelegenheit die Versicherung gegeben werden, dass ihren gerechten Wünschen bei der nächsten allgemeinen Gehälterrevision wohlwollend entsprochen wird. Was einer sofortigen Berichtigung bedarf, ist der Gehaltsunterschied, welcher zwischen dem Gehalt eines Musikfeldwebels und demjenigen des Kompagniefeldwebels besteht. Es ist eine Anomalie, die man nicht bei den Gehältern anderer gleicher Grade vorfindet. So z. B. bezieht der Unteradjutant Musik-Chef das nämliche Gehalt wie der Unteradjutant des bewaffneten Teils, für die Sergeanten und die Korporäle besteht ebenfalls kein Unterschied.

12. Menage. Die Soldatenmenage wird durch einen Korporal, die Unteroffiziermenage durch einen Sergeanten geführt.

Die Menagekommissionen setzen sich aus je 3 Mitgliedern der Teilnehmer der resp. Menagen zusammen. Die selben sind dem Kompagnie-Chef für die gute Führung der Menagen verantwortlich. Die Menageeinlagen dürfen ausschliesslich zu Menagezwecken verbraucht werden. Um unvorhergesehenen Umständen zu jeder Zeit begegnen zu können, kann ein Ueberschuss bis zu 1000 Franken in der Mannschafts- und ein solcher in Höhe von 300 Franken in der Unteroffiziermenage bestehen. Damit dieser Hauptbetrieb tadellos funktioniere und Lebensmittel nicht mutwilligerweise verschwendet werden, werden geeignete Freiwillige zu Köchen ausgebildet, welche die Mahlzeiten der Unteroffiziere und Mannschaften zubereiten. Ihr Zeugnis als Koch gibt ihnen Anrecht auf den Korporalsgrad. Damit diese Stellen lebensfähig werden, erhalten die Köche neben ihrem Gehalt und jährlichen 400 Franken Gratifikationsgeld eine den Zeiten entsprechende Entschädigung von den Menagen.

13. Beförderung. Die vakanten Stellen müssen sofort nach Erledigung besetzt werden. Der Freiwillige avanciert automatisch bis zum Korporalsgrad inkl., jedoch muss derjenige, an dessen Reihe es ist, zum Korporal ernannt zu werden, Schüler der 2. Schulklasse sein, bevor er den Grad erhalten kann. Diese Bestimmungen sind nicht anwendbar auf die heutigen Kandidaten, deren Mehrzal in geistiger Hinsicht dermassen vernachlässigt ist, dass sie nicht imstande sind, die gestellten Forderungen zu erfüllen. Bis die Resultate der neuen Dienstordnung sich fühlbar machen, wird wohl 1 Jahr verfliessen, bis dahin geht das Avancement bis zum Korporal inkl. automatisch vor sich. Um den Unteroffiziersgrad zu erlangen, muss er ein Examen im Wissenschaftlichen, Theoretischen und Praktischen ablegen. Sämtliche Staatsverwaltungen müssen bei Besetzung der Subalternbeamtenstellen 50 Prozent ihrer Anstellungen durch die Freiwilligenkandidaten decken, mit Ausnahme der Gendarmerie und der Zollverwaltung, Verwaltungen, deren Nachwuchs ausschliesslich von der Freiwilligenkompagnie rekrutiert wird. Diejenigen Mitglieder, welche das Unteroffizierexamen bestanden und 6 Jahre beim Korps gedient haben, müssen auch zu den mittleren Beamtenstellen, wie Kommiss, zugelassen werden. Es ist selbstverständlich, dass die Militärbewerber sich den vorgeschriebenen Examen unterziehen müssen.

Damit dieselben in der Lage sind, in dieser Hinsicht die Wage gegen die Zivilbewerber zu halten, wird ihnen während ihrer Dienstzeit Gelegenheit gegeben, sich praktisch, theoretisch und wissenschaftlich für ihre Lebensstellung auszubilden. Jeder Freiwillige, welcher das Passageexamen, dem er beim Uebergang zu einer andern Verwaltung sich unterziehen muss, nicht besteht, wird von seinen folgenden Kameraden übergangen. Eine dreimalige solche Niederlage zieht Verabschiedung nach sich. Das nämliche ist der Fall für den Freiwilligen, welcher nach dem ersten Rengagement, also nach 2 ein halb Jahren die 2. Schulklasse nicht erreicht hat. Er wird nicht zum 2. Rengagement zugelassen.

14. Musik. Die zukünftige Militärmusik, welche aus 1 Musik-Chef und 42 Mitgliedern zusammengesetzt ist, steht unter keinem Befehle als demjenigen seines Musik- und Kompagnie-Chefs. Die 42 Mitglieder können sämtlich den Grad Musikant 1. Klasse Feldwebel erwerben. Die Beförderungen werden sich folgendermassen gestalten: 1. Ausser Begabung, welche erste Bedingung ist, um in das Musikkorps aufgenommen zu werden, muss der Bewerber wenigstens einen 2. Solfeggienpreis des hiesigen Musik-konservatoriums besitzen und hat derselbe eine Aufnahmeprüfung in einem Instrument zu bestehen vor einer Dreierkommission, welche aus dem Musik-Chef und zwei andern durch Wahl zu bestimmende Mitglieder der Musik zusammengesetzt ist. Hat der Kandidat dieses Examen bestanden, so tritt er als Hornist in die Musik ein. Nach drei erfolgreichen Studienjahren am Konservatorium erhält er den Korporalsgrad. Im Besitze seines ersten Instrumentenpreises hat er Anrecht auf den Sergeantengrad. Musikant 1. Klasse Feldwebel kann nur derjenige werden, der im Besitze des Fähigkeitspreises „*Prix de capacité*“, seines Instrumentes ist. Diese neuen Bestimmungen müssen von jedem Bewerber um diesen Grad, der bei deren Inkrafttreten noch keine 8 Jahre Dienst zählt, erfüllt werden. Die andern Mitglieder, welche diesen Grad nicht haben, und über 8 Jahre Dienst zählen, müssen zur Erlangung desselben ein Fähigkeitsexamen ablegen vor der bereits erwähnten Dreierkommission. Zu *Privatkonzerten darf niemand gezwungen* werden. Es ist überflüssig, weitere Worte über die Vorteile und Gerechtigkeit dieser Reform zu verlieren. Die Arbeit und das Talent werden belohnt. Jede

Willkür ist ausgeschaltet und dem Unfähigen sind alle Chancen entnommen, die Tüchtigen zu überspringen. Das Selbstüben der jungen Musikanten untersteht bloß einer Kontrolle, stete Ueberwachung wird unter den neuen Verhältnissen überflüssig. Die *Hauptprobe* dauert 2 ein halb Stunden in der Vormittagszeit; sie findet an sämtlichen Tagen der Woche mit Ausnahme der Mittwoche, Sonn- und Feiertage statt. Nach vollendetem Dienst können die Mitglieder der Musik ohne vorherige, diesbezügliche Anfrage sich frei bewegen und ihren Privatgeschäften aufwarten. Ausser Dienst können sie Zivilkleider tragen.

Die Mitglieder der Musik dürfen unter keinen Umständen zu irgend einem bewaffneten Dienst herangezogen werden. Neben der Musik wird eine 12 Mann starke Hornisten- und Trommlerabteilung gegründet, zusammengesetzt von bewaffneten Mannschaften. Diese Abteilung begleitet die Truppe bei sämtlichen Exerzitien; sie verrichtet ebenfalls den Hornistendienst auf Wache.

Nach 10 Jahren erfolgreicher Leitung der Musik, erhält der jeweilige Musik-Chef den Offiziersrang im Grad eines Leutnants.

15. Trennung der Gendarmen- und Freiwilligen-Kompagnie.

Die Gendarmen- und Freiwilligen-Kompagnien müssen getrennt, jede für sich eine eigene Verwaltung und einen eigenen Verwaltungschef haben, die unabhängig von einander jeder auf eigene Verantwortung ihre Kompagnien leiten und in direkter Verbindung mit der Zentrale stehen. Der Major-Posten ist ein überflüssiges und kostspieliges Bindeglied der beiden Kompagnien. Der Major-Posten besteht zu Rechtens nur beim Bataillon. Als nun 1881 das Jäger-Bataillon aufgelöst und an seine Stelle eine Freiwilligen-Kompagnie geschaffen wurde, war erwähnter Posten überflüssig und es durfte gemäss den bestehenden militärischen Gesetzen, die auch heute noch in Kraft sind, in seinem Grade nur ein Hauptmann sein, um diese Freiwilligen-Kompagnie zu befehligen. So hätte demgemäss der Major-Posten aufhören müssen. Aber die Majortressen waren zu verlockend, als dass selbstsüchtige Männer sich diese Gelegenheit nicht zu Nutze gemacht hätten, ihren Einfluss mit all seinem Gewichte geltend zu machen, um sich dieses Titels zu bemächtigen. In diesem

Fall war es der damalige Gendarmerie-Hauptmann, ein einflussreicher und ehrgeiziger Mann, der den Majortitel haben wollte. Alle Mittel schienen ihm gerecht, wofern selbe ihn zu seinem Ziele führten. So schlug er vor, die Gendarmen-Kompagnie mit der neugegründeten Freiwilligen-Kompagnie unter ein Kommando zu stellen, was demselben unter den zu dieser Zeit herrschenden Zuständen allerdings mit Leichtigkeit gelang und als Oberstkommandierender dieser beiden Kompagnien beanspruchte er für sich den Majorsgrad. Auf diese Weise wurde die Selbständigkeit zweier Männer geopfert, um der Selbst- und Herrschsucht eines Dritten zu genügen. Da wo 2 Mann genügt hätten, um den Betrieb zu leiten, wurden 3 Mann angestellt. Dies kostet den Staat nicht nur um soviel mehr, es verwickelt und erschwert auch bis ins Unerträgliche den guten und einfachen Gang der Geschäfte. Welches Mitglied der beiden Kompagnien hätte nicht schon die Gelegenheit gehabt, den schädlichen Einfluss dieser naturwidrigen Zusammenschmelzung bei sich selbst oder im Allgemeinen zu empfinden. Die Gendarmen beklagen sich, dass sie, weil unter demselben Regime, wie die Soldaten, gerade so wie diese, wenn nicht noch härter behandelt werden. In der Vereinigung der beiden Kompagnien finden sie ferner die Ursache der Anwendbarkeit des Militärstrafgesetzbuches auf Gendarmen. Sie erblicken ausserdem in dieser Vereinigung die Ursache des unheilvollen Uebelstandes, welcher darin besteht, dass die Vakanz der erledigten Stellen sich trotz aller Reklamationen ins Unendliche hinzieht. Der Major verfügt frei über die Soldaten, und anstatt sie anzustellen, kommandierte er sie zur *provisorischen Aushilfe des Gendarmerie-Dienstes, und dies ohne jede Entschädigung*. Die Freiwilligen-Kompagnie, von ihrem Standpunkte aus, fühlt sich von einem Mann kommandiert, der in Wirklichkeit nicht einer der ihrigen ist. Nachdem der Postulant in den meisten Fällen den grössten Teil seiner Dienstjahre in der Gendarmerie zugebracht hat, wird er Major genannt, und während dieser Zeit, also wo ihm die Verwaltung der beiden Kompagnien anvertraut wird, ist er wieder von einem der Freiwilligen-Kompagnie fremdem Büropersonal umgeben. Diesem Personal untersteht ebenfalls die Verwaltung der Freiwilligen-Kompagnie. Dass letztere sich als Stiefkind betrachtet, ist begreiflich, denn anstatt der Freiwilligen-

Kompagnie, wie Rechtens, eine bestimmte Summe vom Militärbudget zur Deckung ihrer Bedürfnisse zu überweisen, wird sie wie ein unmündiges Kind behandelt und muss für jede Federspitze, jeden Waschlappen und jeden Glückkörper, die sie in ihrem grossen Betriebe braucht, gehorsamst schriftlich bitten und Rechenschaft über deren Verbrauch ablegen. Bei Durchführung vorstehender Reform wird der Dienst des Kompagnie-Chefs bedeutend erleichtert, indem alle diese unnützen Schreibereien mit dem Major ausfallen. Als Gegenwirkung erhält er eine kleine Mehrarbeit durch den direkten Verkehr mit der Zentralverwaltung. Ein geeigneter Unteroffizier verrichtet die schriftlichen Reinarbeiten des Kompagnie-Chefs. Die Kompagnieverwaltung untersteht einem Unteradjutanten: er teilt die Arbeit mit einem Feldwebel und einem Furier. Die Büros müssen nach Möglichkeit getrennt sein. Das Büropersonal darf zu keinem andern Dienste als zum Bürodienst herangezogen werden. Ausnahme findet statt bei dem jährlichen „Camping“, bei welchem alles zugegen sein muss.

16. Petitionsrecht. Die Soldaten, wie alle anderen Luxemburger Bürger müssen das Petitionsrecht erhalten und Gebrauch davon machen können, ohne den hierarchischen Weg einhalten zu müssen.

17. *Militärstrafgesetzbuch und Dienstreglement.* Das Militärstrafgesetzbuch, das schon gleich bei der Gründung der Freiwilligen-Kompagnie im Jahre 1881 hätte umgearbeitet werden müssen, muss einer den heutigen Umständen entsprechenden, gründlichen *Reform* unterzogen werden. Bei Festlegung dieses Reglementes darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass es sich um eine Freiwilligen-Kompagnie und nicht um eine Mussskompagnie handelt. Im Dienstreglement wird der Dienst der einzelnen genau festgelegt. Der Text muss so klar gehalten sein, dass er nicht zweierlei Auslegungen haben kann. In Streitfällen ist das Dienstreglement ausschliesslich massgebend. Niemand ist berechtigt, andere Dienste von den Untergebenen zu fordern als die durch das Reglement vorgesehenen. Sollte der Vorgesetzte jedoch Missbrauch von seiner Dienstgewalt machen, indem er mehr und anders als vorgeschrieben fordert, so steht dem Untergebenen das Recht zu, den Befehl nicht auszuführen und kann derselbe gleich mündlich oder schriftlich

Beschwerde bei dem Streitausschuss über den Fall vorbringen. In Ausnahmefällen, wie z. B. bei Unruhen, Feuersbrünsten, Ueberschwemmungen etc. kann jedes Mitglied des bewaffneten Teiles sofort zur Hilfeleistung requiriert werden, und wird in dieser Hinsicht jede Weigerung dem Befehl nachzukommen, schwere Folgen, wenn nicht Entlassung aus der Freiwilligen-Kompagnie nach sich ziehen. Ohne in nähere Details dieser Reformarbeit einzugehen, wird jeder Unvoreingenommene aber schon jetzt einsehen können, dass das gesteckte Ziel den erhabenen Zweck verfolgt, aus freiwilligen Leuten freie Bürger heranzuziehen, die anständig bleiben können, ohne dass ihnen stets mit der Knute gedroht wird. Wer die Vorteile einer solchen Erziehung nicht genossen hat, kann im ersten Augenblick sie kaum abschätzen, auch werden diejenigen, welche am alten Prügelstocksystem kleben, sie als verderblich dahinzustellen versuchen. Das ist begreiflich, denn jede Bewegung nach Freiheit ist entgegen ihren Instinkten, sie kennen bloß Unterdrückung und Zwang.

18. Krankenpflege und Aertzewahl: Die Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie wählen ihren Arzt selbst und zwar jedesmal für ein Jahr. Damit die Freiwilligen-Kompagnie Anspruch auf einen tüchtigen Arzt erheben kann, wird derselbe in der Gehaltsstufe des Leutnants angestellt. (Jetziges Anfangsgehalt 3500 Franken). Die Freiwilligen-Kompagnie richtet eine den modernen Einrichtungen entsprechende Krankenstube mit Medikamentenzimmer für Leichtkranke ein; Schwerkranke werden in den nahegelegenen Kliniken untergebracht. Der Staat muss den lungenkranken Soldaten Verpflegung sichern, entweder in einem der zahlreichen Privatsanatorien Luxemburgs, im Feulener Sanatorium oder in einem ausländischen Krankenhaus. Vom Arzt wird monatlich eine eingehende Körperuntersuchung sämtlicher Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie vorgenommen und ordnet derselbe, je nach seinem Befund, Regime an. Die Freiwilligen-Kompagnie stellt ebenfalls einen Zahnarzt ein. Für ihn gelten die oben erwähnten Bedingungen was Wahl, Gehalt und monatliche Revision der Zähne betrifft. Die Leute müssen täglich ihre Zähne pflegen. Der technische Teil der Zahnpflege wird im Privatatelier des betreffenden Zahnarztes zu bestimmten Stunden vorgenommen. Die beiden Aerzte erteilen monatlich je eine Instruktionsstunde über den ihnen zustehenden Teil der Körperpflege.

Das Krankendepartement untersteht ausschliesslich dem Arzte und trifft derselbe seine Anordnung nach eigenem Gutdünken. Für den Gesundheitszustand der Freiwilligen bleibt er dem Kompagnie-Chef verantwortlich. Mit der Leitung der Krankenstuben wird ein eigens zu diesem Zwecke ausgebildeter Krankenaufseher betraut, ihm untersteht ebenfalls ein zu diesem Zwecke ausgebildeter Krankenpfleger. Ersterer ist dem Arzt verantwortlich, was Reinlichkeit der Räume, Pflege der Kranken etc. anbelangt. Diese Leute, sowie sämtliche andern, welche sich zu einem Spezialdienst opfern, werden wie bereits erwähnt, eigens dazu ausgebildet und erhalten neben ihrer Löhnung eine monatliche Entschädigung bis zu 50 Franken.

19. Handwerker und Lieferanten. Die Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie bestimmen alle 6 Monate durch Wahl ihre Handwerker und Lieferanten selbst. Dies ist der sicherste und einfachste Weg um allen Klagen und Mißständen wirksam zu begegnen und zugleich jedem Korruptionsgedanken vorzugreifen. Der Kontrakt kann bei schlechter Lieferung sofort gekündigt werden.

20. Mess mit Kantine. Für die Unteroffiziere und Soldaten wird je ein Mess, d. h. Gesellschaftsraum eingerichtet, worin alle Attraktionen, was Spiele, Lektüre und sonstige Unterhaltungsmittel anbelangt, geboten werden. Kleine Genussartikel, wie Ess- und Trinkwaren, ausgenommen rein Alkoholisches, wird ebenfalls dort zu billigen Preisen angeboten werden. Niemand ist gezwungen, dort seine Abende zu verbringen. Jeder behält volle Freiheit mit seiner freien Zeit zu machen was er will; dieses Mess wird unter Kontrolle einer Kommission der interessierten Mannschaft von den bei der Menage angestellten Köchen geriert. In diesen Räumen können die Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie auch ihre Besuche empfangen, denn es ist eine Schande für das Korps, dass dies heute bei einerlei welcher Witterung draussen im Kasernenhof geschehen muss.

21. Kasernenwache. Der Wachtkommandant führt künftighin bloß ein Register, in welches er die Wachtmannschaft, Postenstunden und die Patrouillen einträgt. Damit sind alle seine schriftlichen Arbeiten beendet, ausgenommen jedoch für den Fall, wo Aussergewöhnliches sich ereignen sollte, was gemäss seinen Konsignen eine schriftliche Meldung bedingen würde. Was

alle die andern Pflichten des Wachtkommandanten betrifft, müssen selbe einer gründlichen Revision unterzogen werden.

22. Pension. Die Pension der Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie wird auf das Gehalt berechnet, welches er unverzüglich vor seiner Pensionierung bezogen hat. Unter Gehalt begreift man sämtliches was einen integrierenden Teil desselben ausmacht, wie z. B. in diesem Falle die Wohnung. Ausserdem soll das Unrecht, das an den ältesten Mitgliedern der Freiwilligen-Kompagnie bei der letzten Gehälterrevision begangen wurde, wieder gutgemacht werden, indem denjenigen, welche selbst bei 45 Jahren Dienst und bei der gesetzlichen Altersgrenze das Maximum ihres Gehaltes nicht erreichen können, wenigstens ihre Pension auf das Gehaltsmaximum berechnet wird.

23. Korporäle. Die Stärke der Korporäle wird von 12 auf 24 gebracht. Diesen Gradierten fällt ein Hauptteil in der Erziehung der Freiwilligen zu, weil sie diejenigen sind, welche in steter Verbindung mit den jungen Leuten sind. Es ist deshalb angezeigt, dass in Abwesenheit des Korporals ein Ersatzmann vom selben Grade dessen Dienst übernimmt und diesen gewissenhaft erfüllt. Ausserdem ist die Zahl der Freiwilligen, welche heute auf einen Korporal fällt, zu gross, damit diesem eine auch nur einigermassen nahe Ueberwachung seiner Sektion möglich wäre.

24. Diensterteilung. Der Freiwillige verrichtet an allen Werktagen 9 ein halb Stunden Dienst, das machen auf eine gewöhnliche Woche $6 \times 9\frac{1}{2} = 57$ Stunden, welche sich verteilen, wie folgt:

3 Exerzierstunden, (im Winter blos 2 Stunden, an Stelle tritt 1 Putzstunde).

3 Marschstunden mit Kartenlesen. Das Kartenlesen findet praktisch statt, d. h. ausserhalb der Stadt angekommen, wird die Kompagnie in kleine 2 bis 3 Mann starke Abteilungen aufgestellt und mit der Karte in der Hand in einer bestimmten Direktion nach einem bestimmten Sammelpunkt entsandt. Zum Beweise, dass die einzelnen Abteilungen den richtigen Weg gefunden, haben sie alle Merkwürdigkeiten, welche sie unterwegs begegnen, auf einem Blatt Papier zu notieren. Diese Marschübungen sind weniger ermüdend aber viel belehrender als die heutigen.

18 Lehr-Unterrichtsstunden, (täglich 3 Stunden, Pause von 5 Minuten einbegriffen).

Musiker 3 mal wöchentlich Musikprobe von 2 ein halb Stunden.

5 Turnstunden.

5 Fechtstunden.

5 Unterrichtsstunden im Putzen und Aufbewahren der Kleider und Reinigen der Kasernenräume.

1 Inspektionsstunde.

3 Bade-Dousch oder Schwimmstunden.

3 Sportsstunden begreifend: Schiessen, Olympische Spiele, Fussballspiel, Box- und Ringkampf.

9 Silentiumstunden zum Vorbereiten der Schulaufgaben.

2 Stunden, welche in 5 oder 10 Minuten aufgeteilt, zwischen die einzelnen Dienste fallen.

Was die Theorien anbelangt, so werden diese an der Hand der praktischen Ausführung der Bewegung erläutert.

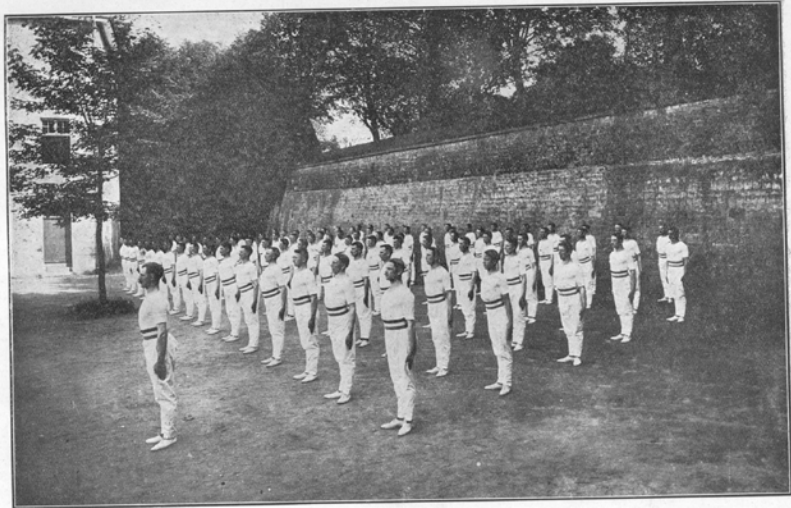
Die Turn-, Schwimm-, Fecht- und Sportsstunden werden von einem technisch ausgebildeten Unteroffizier geleitet, der zu keinem andern Dienste herangezogen werden darf. Diesem untersteht ebenfalls die Ueberwachung und die Unterhaltung des Materials und der Lokale. Es ist den Soldaten erlaubt, mit den Zivilsportvereinigungen zu wetteifern; auch werden sie bei festlichen Gelegenheiten mehrmals im Jahre Proben ihres Könnens vor dem Publikum ablegen. (S. photographische Einlagen). Dadurch wird nicht nur allein in ihm die Liebe zur Arbeit entfaltet, der unschätzbare Wert dieser Demonstration liegt auch darin, dass die Begeisterung zur sportlichen Arbeit mehr und mehr in den breiten Schichten des Volkes Platz greift.

25. *Vereinfachung des Kadres.* Die zukünftige Freiwilligen-Kompagnie wird als Offiziere 1 Hauptmann, Kompagnie-Chef mit 2 Leutnants haben, demgemäss werden nach der heutigen Offizierstärke, welche 1 Hauptmann und 4 Leutnants beträgt, 2 Leutnantsposten überflüssig. Nirgends in den andern Ländern sind bei einer Kompagnie mehr als 2 Leutnants bedienstet. Es ist lächerlich zu sehen, wie diese Leute heute beschäftigt werden, damit sie etwas zu tun haben. Beim Exerzieren, wo ein Mann Aufsicht genügen würde, sind 3 bis 4 Offiziere zugegen. Dasselbe ist der Fall bei Theorien: da wo 1, höchstens 2 Abteilungen nötig wären, werden deren 3 und 4 gemacht, um den Offizieren

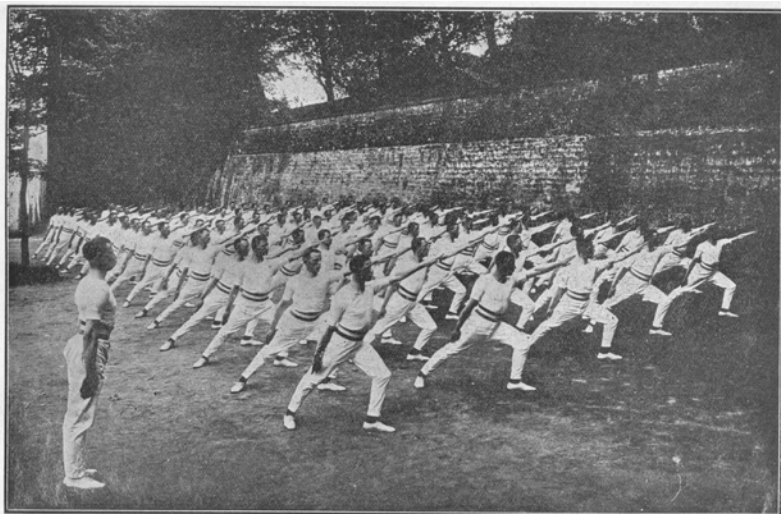
Beschäftigung zu geben. Da, wo ein Korporal oder Sergeant genügen würde, um den Dienst zu verrichten, wird ein Leutnant hinzubeordert. Trotz dieser abusiven Beschäftigungen haben die Herren den grössten Teil des Tages nichts zu tun. Die zukünftige Freiwilligen-Kompagnie darf kein überflüssiges Personal haben, es gibt schlechtes Beispiel und führt zu allerhand Missständen, besonders beim Militär.

26. Ernennung zum Offizier: Das Avancement zum Offiziersgrad muss jedem Mitglied der Freiwilligen-Kompagnie offen stehen. Niemand darf durch veraltete oder despotische Gesetze in seinem Fortkommen gehemmt werden. Freie Bahn dem Tüchtigen, lautet der heutige Wahlspruch, das Erblichkeitssystem ist verjährt. Der zukünftige Offizier muss alle Eigenschaften im Praktischen, Theoretischen und Wissenschaftlichen, die vorstehendes Programm erheischt, in sich verkörpern. Fehlen ihm diese Eigenschaften teilweise oder ganz, so darf eine Anstellung nicht erfolgen. Die angestellten Offiziere, welche sich durch schriftliche Erklärung als Anhänger vorstehender Reform bekennen und von den Mitgliedern der Freiwilligen-Kompagnie als zukünftige Chefs anerkannt werden, müssen, wenn sie oben erwähnte Eigenschaften nicht besitzen, sich durch Besuch eines eigens hierzu eingerichteten Kursus selbe zu erwerben suchen. Die Rolle des zukünftigen Offiziers besteht in ganz anderm als worin die des jetzigen bestand. Durch belehrendes, entgegenkommendes Wesen muss er den Mann zu gewinnen suchen, ihm in jeder Hinsicht als leuchtendes Beispiel vorangehen. Die Ehrfurcht, die ihm dann von seinen Untergebenen erwiesen wird, kommt sicherlich von aufrichtigem Herzen.

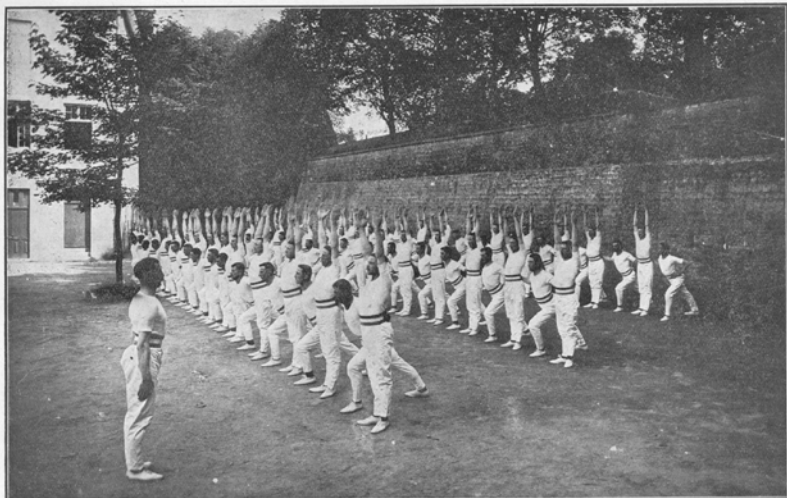
27. Wahl der Vorgesetzten. Damit eine Reform die ihr zugeordneten Vorteile wirklich hervorbringt, müssen die Organe, welchen deren Ausführung anvertraut ist, überzeugte Anhänger derselben sein, sollte nicht das gerade Gegenteil von dem erzeugt werden, was man beabsichtigt. Angesichts der Umstände, unter welchen sich diese Reform Bahn gebrochen, muss es den Mitgliedern der Freiwilligen-Kompagnie anheim gestellt bleiben, zu urteilen, ob sie in ihren jetzigen Vorgesetzten die richtigen Leute für die Zukunft erblicken oder nicht. Was vor allem reiflicher Ueberlegung bedarf, ist die Wahl des zukünftigen Leiters der Freiwilligen-Kompagnie.



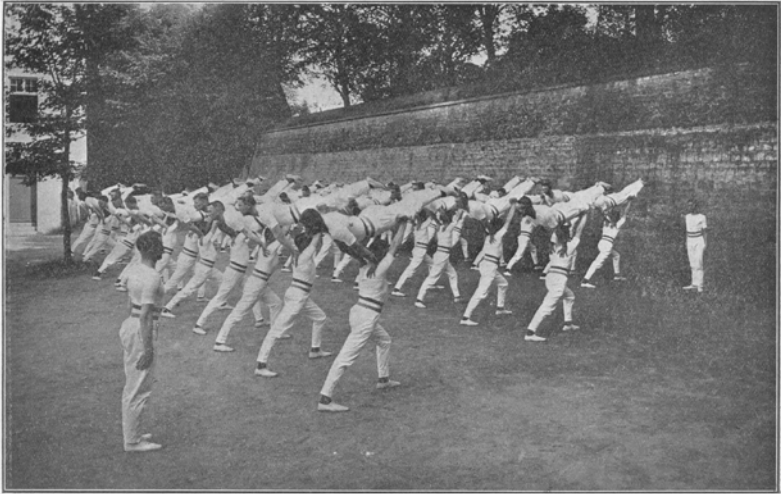
Turnübungen der Freiwilligenkompagnie beim internationalen Tournoi, August 1914.



Turnübungen der Freiwilligenkompagnie beim internationalen Tournoi, August 1914.



Turnübungen der Freiwilligenkompagnie beim internationalen Tournoi. August 1914.



Turnübungen der Freiwilligenkompagnie beim internationalen Tournoi, August 1914.

28. Vereinfachung der Verwaltung. Eine den kommenden Verhältnissen angepasste Vereinfachung der Verwaltung wird bei Festlegung des Reglementes geregelt.

29. Kommission für Festlegung der Reglemente. Die Kommission unter dem Vorsitz des Kompagnie-Chefs setzt sich aus einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Korporal zusammen. Sämtliche Kommissionsmitglieder werden von den Mitgliedern der Freiwilligen-Kompagnie gewählt. Die Kommission kann keine Entscheidung entgegen der Einwilligung eines ihrer Mitglieder treffen.

30. Grosse Herbstferien. Während 2 Monaten findet keine Schule statt. Es ist die Zeit zur Schöpfung neuer Kräfte für die kommende Winterzeit. Der erste Teil dieser Ferienzeit wird, wie bereits erwähnt, dem Erholungsurlaub gewidmet, während ein anderer Teil zu einem 14 tägigen „Camping“ benutzt wird. Die Freiwilligen-Kompagnie verlässt bis auf ein kleines Detachement die Hauptstadt, um das Land aufzusuchen. Die Soldaten sind so equipiert, dass sie sich das Essen selbst bereiten können und verbringen bei guter Witterung die Nacht im Freien unter einem Zelt. Dieses Camping hat ausser seinen abenteuerlichen Erscheinungen andere nicht weniger interessante und belehrende. Der junge Freiwillige wird während dieser Zeit auf seine Leistungsfähigkeit in allem erprobt, was er in praktischer Hinsicht während des Jahres erlernt hat. Er legt nicht nur Probe im Marschieren ab, er muss auch Probe seiner Orientierkunst liefern, denn er ist diesmal in unbekanntem Gelände und sein Ehrgeiz verbietet ihm durch Fragen seinen Weg finden zu müssen. Zwischen 2 Marschtage fällt ein Ruhetag. An diesem Tage findet allgemeine Wiederholung desjenigen statt, was der Freiwillige im Turnen- Säbel- Florett- und Bajonettfechten gelernt hat, er zeigt seine Tüchtigkeit im „Football“ und andern Spielen, er stellt Rekorde auf in Olympischen Spielen und er gibt Beweise seiner Kraft in athletischen Aufführungen. Obschon dieses grosse physische Anstrengungen fordert, wirkt es doch erholend auf den Körper, weil hauptsächlich andere Muskeln als beim Marschieren, die Arbeit liefern. Nachdem so der Ruhetag das Gleichgewicht im Kräfteverbrauch des Freiwilligen hergestellt hat, setzt er nach einer Nacht gesunden Schlafes anderntags wohlgenut und gestärkt seine Erholungsreise fort. Wer

kann sich die Freude dieser Freiwilligen vorstellen? Jeder Tag bringt ihnen Neues. Mit Sehnsucht erwartet die Dorfbevölkerung ihr Herannahen.

Freudig winkt ihnen jedermann zu. Die alte Mutter kommt meilenweit herbei um ihren Sohn inmitten der Kameraden zu bewundern. So vollendet der Freiwillige voller Genugtuung diesen Freudenzug und mit Liebe zu seinem Stand rückt er wieder in sein Quartier ein, um frischgemut an die Arbeit zu gehen, die ihm seine Zukunft sichern soll.

Der dritte Teil oder letzte Monat dieser Ferienzeit wird zur Ausbildung frisch angeworbener Rekruten verwandt. Dies vollendet, beginnt ein neues Dienstprogramm. Nach 2 monatelanger, intellektueller Ausspannung sehnt der Freiwillige sich wieder nach geistiger Nahrung, die er in dem wohlorganisierten Schulunterricht seiner Kompagnie findet.

29. Die Mitglieder der Freiwilligen-Kompagnie, welche bei Durchführung gegenwärtiger Forderungen 8 Jahre Dienst zählen, müssen binnen 6 Monaten in den von ihnen postulierten Verwaltungen Anstellung finden. Mitglieder, welche das 10. Dienstjahr erreicht haben, müssen in kürzester Frist nach Inkrafttretung gegenwärtiger Bestimmungen entweder an den von ihnen kandidierten Posten angestellt oder, wenn dies der Fall nicht sein kann, pensioniert werden.

30. Die zukünftige Freiwilligen-Kompagnie heisst „Ecole Militaire“ und nicht mehr „Force armée“.

31. Wegen der gestellten, vorstehenden Forderungen darf, unter Gefahr einer allgemeinen Arbeitniederlegung, niemand der Unterzeichneten jetzt oder später Gegenstand von Strafen oder von Repressalien sein.

Soldaten! Stellt einen Vergleich auf zwischen dem alten Regim und dem neuen. Es ist wahr, ihr müsst kräftig werken, aber Ihr wisset warum. Der erste Blick genügt, um Euch das Resultat dieser Arbeit vor Augen zu stellen. Wo Ihr heute abrutiert und ermüdet vom Dienste zurückgekehrt, werdet Ihr morgen zufrieden und erholt einrücken. Geistige und körperliche Arbeit halten gleichen Schritt und bilden ein harmonisches Gleichgewicht in der Ausbildung des zukünftigen Freiwilligen.

Soldaten. Stellt Euch einen Mann vor, der 3 Jahre in der zukünftigen Freiwilligen-Kompagnie gedient hat und vergleicht denselben, was Schulkenntnisse, Gewandtheit und

Geschicklichkeit sowie Gesellschaftsfähigkeiten anbelangt, mit Euch, die 3, 4, 6 sogar 10 Jahre in dem heutigen Starrregim zugebracht haben. Welch schöne Zukunft winkt Jenem und welch trauriges Schicksal harret Eurer. Stolze Zufriedenheit und unerschütterliches Selbstvertrauen strahlen aus den Augen des zukünftigen Freiwilligen, während Demütigung und rauhe Enttäuschung sich in den jungen Soldatengesichtern von heute abspiegeln. Zweifelt ihr daran, ob jene Freiwilligen das Briefträgerexamen bestehen werden? Ihr Zollkandidaten, Ihr Gendarmeriekandidaten, und wie Ihr alle heisst, glaubt Ihr, dass diese Freiwilligen, wie heute die meisten von Euch, das Uebergangsexamen zu den Staatsverwaltungen unter demütigenden Bedingungen bestehen werden? Zweifelt Ihr, dass, wenn Ihr 6 Jahre in der Freiwilligen-Kompagnie gedient habt, imstande seid, ein Commis-Examen abzulegen? Zweifelt Ihr, dass Ihr nach einer Reihe von Jahren solchen Militärdienstes angesehenen Vertrauensposten im Zivilleben beanspruchen könnt? Vergleichen was Ihr heute wissen könntet und was Ihr tatsächlich wisst! Soldaten! Stellt einen Vergleich auf zwischen dem alten Regim und dem neuen, was Behandlung, Beurlaubung, Krankenpflege und Strafen anbelangt!

Wer hat dieser demütigenden Beschimpfungen, wie Ihr sie beim Exerzieren oder bei andern Gelegenheiten über Euch ergehen lassen müsst, nicht satt?

Wen ekeln diese an den Haaren herangezogene, niedrigen Chikanen nicht an, welchen hauptsächlich ältere Unteroffiziere ausgesetzt sind, und wodurch diesen das Leben zur Last gemacht wird?

Warum werden diese Leute für jede Kleinigkeit mit Arrest belegt und ihrer Freiheit beraubt wie ein Sklave?

Woher kommt die Empfindung, die jedes Mitglied der Freiwilligen-Kompagnie hat, die Vorgesetzten seien eher Gegner als Förderer ihres Fortkommens und ihrer Interessen?

1. Wer von Euch, hauptsächlich den älteren Mannschaften und den Korporälen ist nicht selbst schon Gegenstand dieser unmöglichen Hänseleien gewesen, die Euch das Militärleben verbittern? Aus welcher Ursache sind allmählich die Freiheiten enger und die Beurlaubungen karger geworden?

2. Wem sind die Fälle nicht bekannt, wo die Rücksichtslosigkeit in dieser Hinsicht soweit ging, dass Kranke

bis zum völligen Siechtum zurückbehalten wurden, ehe ihnen der begehrte Urlaub bewilligt wurde?

3. Wer hat je eine grossmütige Handlung eines Vorgesetzten an sich erfahren?

Soldaten, wer wünscht die Zahl der Opfer einer blinden Strafzut zu vergrössern und Abschied Nr. 2 zu erhalten oder desertieren zu müssen?

Wer von Euch zieht Schulbildung und ehrenhaftes Amt, Unkenntnis und entehrendem Ausstossen aus dem Korps vor?

Wer von euch Soldaten atmet frei auf unter der Last der beständigen Strafgefahr, die drohend wie ein Damoklesschwert über jedem schwebt?

Wer ist nicht empört über die jeder Beschreibung spotende Krankenpflege? Wen revoltiert nicht das rücksichtslose Vorgehen der Vorgesetzten gegenüber unheilbar erkrankten Untergebenen?

Wer will vielleicht morgen das nämliche trostlose Schicksal dieser Unglücklichen erleiden?

Soldaten, Ihr seid am Wendepunkt angelangt! Der Knechtsschatzopfer sind genug gebracht. Da wo Knute und Willkür die Massen beherrschten, regieren heute Freiheit und unabänderliche Gesetze für alle. Autokraten werden rücksichtslos beseitigt und Männer des freien Gedankens und der Brüderlichkeit treten an ihre Stelle.

Soldaten, die Forderungen die Ihr heute stellt, kommen sie unerwartet? Nein, denn lange genug ist prophezeit worden, dass die Freiwilligen-Kompagnie unter den heutigen Zuständen nicht länger bestehen könnte. Hier was am 14. März 1917 ein Zeitungs-Artikel sagt, überschrieben: „Ein Mahnruf an die Militärvorgesetzten als Jugenderzieher“. „Wir geben uns der Hofnung hin, dass die Vorgesetzten auf Grund der vorstehend erwähnten Tatsachen selbst einsehen werden, dass ein Weiterbestehen der Freiwilligen-Kompagnie unter diesen Umständen kaum möglich sein wird, und dass sie ernsthaft daran denken müssen, eine entsprechende Umarbeitung in der rationellen Verteilung des geistigen und physischen Lehrstoffes im Dienstprogramm vorzunehmen.“

Ueber diesen Mahnruf wie über andere Klagen gingen die Vorgesetzten mit verächtlichem Achselzucken hinweg. Die jeweiligen Regierungen schienen die Verzweiflungsrufe um Hilfe nicht zu hören. Auch der Kammer, speziell den

Vertretern von Luxemburg-Stadt kann hier der Vorwurf nicht erspart bleiben, nichts für ihre Wähler resp. Soldaten getan zu haben. Jedes Jahr wiederholen die Landesvertreter in der Kammer die nämlichen Klagen, ohne dass die Vorgesetzten sich stören liessen an Strenge zu wetteifern.

Soldaten, nach jahrelangen, ungehört verhallten Hilferufen nehmt Ihr heute, des Klagens überdrüssig, Eure Geschicke selbst in die Hand. Eure Klagen habt Ihr zu Forderungen geschmiedet, die Ihr geschlossen mit Eurem Namen und Eurer Ehre verteidigt.

Schulter an Schulter wie ein Mann, stellt Ihr vorstehende Forderungen!

Wie aus einem Munde schallt das Jawort aus Dreihundert Kehlen!

Wie mit einem Federzuge müsst Ihr Dreihundert Euren Namen und Unterschrift auf beiliegende Karte niederschreiben!

Wie auf Kommando müsst Ihr Dreihundert ohne Ausnahme Eure Erklärungen sofort an die Sammelstelle einsenden!

Die Zeit der Genugtuung ist gekommen, auch Ihr sollt Menschen werden! Kein Kleinmütiger, kein Hasenherz darf unter Euch Dreihundert sein!

Soldaten, Ihr begeht keine Schandtat, Ihr fordert Euer Recht, Ihr fordert Freiheit, Ihr fordert das Heil Eurer Zukunft.

Nicht Ihr braucht die Augen niederzuschlagen, Ihr die fordert, wohl aber Jene, gegen welche Ihr fordert! Mit Stolz und offenem Blick bekennt Euch Anhänger der Reform.

Ein Verbrechen an sich und an seinen Kameraden begeht derjenige, welcher aus Feigheit oder falscher Scham sich enthält, seine Erklärung abzugeben.

Vom jüngsten bis zum ältesten, vom einfachen Mann bis zum Höchstgradierten, Ihr alle, die unter der Last des Joches seufzet, müsst einmütig und geschlossen für das eintreten, was Jeder von Euch als Ideal schon lange im Herzen trägt und morgen werdet Ihr dann verwirklicht sehen, was noch heute für Euch ein Traum ist.

Motto: Jeder ist selbst seines Glückes Schmied!

Dieser Schritt war ungesetzlich: Aber wie sehr wir zu demselben gezwungen waren, und wie entschieden alle menschlich fühlenden Mitbürger denselben billigten, erhellt wohl am klarsten aus folgendem „Revolution oder Notwehr“ betitelten Artikel des

gewiss nicht bolschewistischen „Luxemburger Wort“ vom 23. Dezember 1918:

„Jeder Luxemburger hat gemäss der Verfassung das Petitionsrecht. Unsere Militärreglemente hingegen scheinen in diesem Schritt der Freiwilligen etwas Verbotenes zu sehen, indem sie bestimmen, dass der Soldat nur an und durch seine unmittelbaren Vorgesetzten, d. h. Offiziere, Beschwerden vorbringen darf.

Wie nun, wenn die Klagen der Soldaten sich ganz oder teilweise grade auf das Verhalten der Offiziere beziehen? Steckt nicht der Untergebene alsdann in einer richtigen Sackgasse? — Wird er es wagen, als Ankläger vor seinen Vorgesetzten zu treten, von dessen Wohlwollen es zum grössten Teil abhängt, ob sein weiterer Aufenthalt in der Kaserne eine Pein und sein Fortkommen gesichert sein wird? Und wenn er es wagt, wird der Vorgesetzte alsdann nicht tausend Mittel in der Hand haben, um sich siegreich gegenüber dem ihm unterstellten Beschwerdeführer zu behaupten? — Der Soldat wartet auf ein Abstellen der Missstände durch die Regierung. Diese aber verlässt sich in solch technischen Fragen auf das kompetente Urteil der militärischen Vorgesetzten. *Wenn nun diese militärischen Vorgesetzten nicht selbst den Hebel zur Besserung ansetzen, ist jede Aussicht auf eine formal gesetzmässige Reorganisation verschlossen.* Das kann Jahre dauern. Die Unzufriedenheit pocht immer heftiger gegen die künstlichen Schranken der formalen Rechtssatzungen, bis sie darüber sich eines Tages hinwegsetzt und so *der Form nach ein Unrecht begeht, um sich Recht zu verschaffen* Gesetz nun den Fall, die Klagen und Forderungen der Freiwilligen werden tatsächlich als berechtigt und vernünftig befunden: wird man alsdann die unter den beschriebenen Umständen erfolgte Reglementsverletzung *als ein strafwürdiges Vergehen ansehen? Wir sind überzeugt, dass keine Kammer und keine Regierung das alsdann tun könnte noch wollte?*“

Als nun nach der Kammersitzung die Offiziere von unserer Eingabe hörten, stellten sie sofort eine Untersuchung zwecks Ermittlung der Urheber an. Nun befanden sich unter uns einige Offizierstreue, welche die Freiheitsbewegung ihrer Kameraden sabotierten, indem sie alles verrieten, was sie im Vertrauen erfahren hatten. (Einer von diesen Getreuen erlitt bereits in dem neuen Amte, zu welchem er befördert wurde, eine längere Arreststrafe nebst Suspensierung seiner eigentlichen Funktionen wegen

Unterschlagung von Soldatengeldern in Höhe von mehreren tausend Franken).

So wurden die Kasernenereignisse nur beschleunigt. Die Empörung der aufgeregten Gemüter durch etwaige zur gewaltsamen Unterdrückung getroffene Massregeln wurde unvermeidlich. Das Militärkommando, anstatt mit Güte und Umsicht vorzugehen, erliess nachstehende drakonische Note:

Unteroffiziere, Soldaten!

Ein verblendeter, gewissenloser Unteroffizier hat seine Autorität dazu missbraucht, Euch durch anscheinend harmlose Vorspiegelungen auch zu verblenden. Euch der Kriegs- und Manneszucht zu entfremden in einem Wahn, von dem nur er allein befallen ist. Mit dem Wort „Forderungen“ sucht er Euch zu locken auf den abschüssigen Weg, der zu Eurem Unglück führen würde.

Forderungen stellt der Arbeiter dem Arbeitgeber, um seinen Kontrakt zu verbessern oder zu lösen.

Ihr aber seid Soldaten, Eure Rechte sind Euch durch Gesetze und Reglemente gesichert; aber auch Eure Pflichten sind Euch genau vorgezeichnet. Euch wurden beim Eintritt in die Freiwilligenkompagnie die Kriegsartikel vorgelesen, nach denen Ihr Euch zu richten habt. Ihr untersteht dem Militär-Strafgesetzbuch und dem Disziplinar-Reglement.

Wenn Ihr Wünsche und Anliegen habt, gebt sie Euren Vorgesetzten kund; sie werden sie wohlwollend prüfen *und wenn möglich, genehmigen, resp. an höherer Stelle vortragen*. Ich warne Euch alle. Bringt Euch nicht in Konflikt mit dem Militärstrafgesetzbuch und dem Disziplinar-Reglement.

Eine strenge Untersuchung wird die Schuldigen ermitteln und einer gerechten Strafe zuführen. Ausgeschieden werden die Elemente, die die ordentlichen Soldaten der Freiwilligen-Kompagnie zu verseuchen suchen.

Gegenwärtige Note ist auf 3 Appells vorzulesen.

gez. Heckmann.

Ich selbst war zu dieser Stunde nicht in der Kaserne.

Als ich aus der Stadt, wo ich verschiedene für unsere Angelegenheit nötige Gänge getan hatte, in die Kaserne zurückkam, hiessen mich Kapitän *Frandk* und Leutnant *Miller*, die von zwei älteren Vorgesetzten der Gendarmeriebrigade begleitet waren, mit ins Kommandobüro der Gendarmerie gehen. Dort las mir alsdann der Hauptmann einen Haftbefehl des Generalstaatsanwaltes *Berg* vor; und sofort führten mich die Offiziere und Gendarmen gewaltsam ins Gendarmerie-Arrestlokal ab.

VIII.

Aber glücklicherweise waren die treu zu mir stehenden Mannschaften auf das Schlimmste vorbereitet und zum Aeussersten entschlossen.

Dass wir auf arge Kämpfe mit unsern Vorgesetzten gefasst waren, wird man aus folgenden, bisher der Oeffentlichkeit noch unbekanntem, in den letzten Tagen vor unserer Eingabe an die Abgeordneten-kammer von uns getroffenen Vorsichtsmassregeln und Vereinbarungen ersehen.

Am 16. Dezember hatten wir an den Kommandanten des Hauptquartiers zu Luxemburg ein im Namen der Soldaten, Korporäle und Unteroffiziere von mir, als Feldwebel, dem Unteroffizier *A. Marson* und dem Korporal *P. Lauth* unterzeichnetes Schreiben gerichtet, worin wir kurz die bei der Freiwilligenkompagnie herrschenden unerträglichen Verhältnisse schilderten und besonders hervorhoben: den preussischen Drill; die Tatsache, dass Militärkommando und -unterricht, im Gegensatz zu dem Brauch aller übrigen öffentlichen Verwaltungen, die sich vornehmlich des Französischen als offizieller Sprache bedienen, ausschliesslich in deutscher Sprache erteilt würden; ferner die demütigenden Beschimpfungen der exerzierenden Soldaten durch die Offiziere; die schweren Strafen für gerechte Beschwerden; die vernachlässigte geistige Bildung und die Unmöglichkeit des Aufstiegs zu ehrenhaften Lebensstellungen für die meisten Soldaten. Diesen Darlegungen liessen wir sodann die Bitte um Mitteilung folgen, *wie* die französischen Besatzungstruppen sich verhalten würden gegen eine rein professionelle Befreiungsbewegung der Freiwilligenkompagnie, der sich übrigens das Gendarmeriekorps anschliessen würde. Noch am selben Tage erhielt ich vom französischen Oberkommando die mit dem Stempel des Hauptquartiers versehene Antwort; das Oberkommando der Besatzungstruppen habe keinen Auftrag, sich um die Organisation der besetzten Gebiete zu kümmern. Nachstehend die Texte der soeben erwähnten Schriftstücke:

Luxembourg, le 16 décembre 1918.

COPIE

A Monsieur le Commandant du Quartier-Général
Luxembourg.

Monsieur,

Les soussignés délégués viennent au nom des soldats, caporaux et sous-officiers de la Compagnie des Volontaires vous soumettre ce qui suit:

Nous tous, nous souffrons depuis longtemps sous un dur régime militaire allemand. Car il est incontestable que nos chefs à quelques exceptions près sont enthousiastes de tout ce qui est allemand concernant le militaire. Défiant toute la population luxembourgeoise et au défi même de la presse qui s'insurgeait contre cette façon de faire, ils ont introduit le Drill prussien, qu'ils ont fait exécuter avec le dernier raffinement d'abrutissement; ils se sont obstinés à donner l'enseignement en commandements allemands alors que la langue française comme langue officielle est employée dans toutes les administrations du pays. Ils ne pouvaient du reste invoquer que l'excuse aussi insensée qu'injuste, que les Volontaires étant d'un degré d'éducation inférieure ne pouvaient comprendre les commandements français.

Les chefs sûrement sont convaincus du contraire, car ils ne peuvent ignorer que toutes les associations sportives du pays, qui pourtant se composent souvent de membres moins instruits que ceux de la Compagnie des Volontaires, se servent du commandement français. D'ailleurs, la langue française est enseignée dans toutes les écoles primaires et elle devrait l'être aussi à l'école militaire.

C'est ainsi que les chefs se sont retranchés derrière leurs subordonnés qu'ils savaient impuissants à se défendre contre cette assertion humiliante pour cacher leur attachement au système prussien, qu'ils croient indispensable pour le maintien de la discipline militaire qui leur assure l'autorité absolue et couvre leur arbitraire.

Dans la plus petite plainte, dans la moindre réclamation l'ombre même d'une observation paisible suffit pour que les chefs y voient immédiatement un relâchement de discipline et qu'alors, sans discernement, les épithètes blessantes et humiliantes accompagnées des punitions sévères sévissent.

Les chefs ayant trop de confiance en cette discipline étrangère ne se sont pas aperçus de l'effet néfaste qu'elle produisait. Les Volontaires se turent parce qu'ils le devaient, mais leurs plaintes ainsi supprimées n'en existaient pas moins et aujourd'hui toutes ces humiliations accumulées ont atteint leur paroxysme. Nos Volontaires ne peuvent supporter plus longtemps cet état de choses et veulent se délivrer des griffes de ces hommes qui les ont non seulement traités comme des esclaves, mais qui ont commis envers eux la faute indéniablement plus grave, le crime irréparable, de négliger avec une conscience révoltante tout ce qui était de leur devoir de faire pour l'avenir du jeune volontaire confié à eux. Contrairement à ce qu'ils sont en droit d'attendre de leur stage militaire, ces jeunes gens devront peut-être retourner demain au pic et la pelle pour gagner misérablement leur vie.

Monsieur, si nous nous permettons de venir vous initier dans des affaires purement intérieures, c'est qu'un événement est inévitable par lequel les Volontaires déclareront la déchéance de leurs chefs et que nous avons besoin de connaître, pour la sûreté de la réussite de cette cause équitable, votre conduite éventuelle.

Nous tenons à vous faire remarquer qu'il ne s'agit point ici d'un mouvement bolcheviste, mais l'incapacité de nos chefs, indéniable à tout point de vue, nous a résolu à cette détermination, dont nous apprécions toute la gravité. D'ailleurs le corps de la Gendarmerie qui comme nous a souffert longuement des mêmes abus s'est résolu au même mouvement. L'unanimité des réclamations prouve en outre la sincérité et l'opportunité de notre cause.

Le souvenir que nos frères luxembourgeois ont combattu avec les soldats des ALLIÉS pour la défense des idées de liberté et d'humanité nous fait espérer que ces mêmes idées défendues par nous ne trouveront pas d'obstacles auprès de nos libérateurs.

Veillez agréer, Monsieur, je vous prie, l'expression de notre profond respect.

signé: Em. Eiffes, sergent-major
A. Marson, sergent
P. Lauth, caporal.

Commandement en chef
des Armées Alliées

Quartier général
No 15

Luxembourg, le 16 décembre 1918.

Le Chef d'Escadron BONTEMPS,
Commandant le Quartier Général
à Mr. EIFFES, sergent-major.

Je n'ai pu entretenir le Maréchal FOCH de la question que vous m'avez soumise.

Dans le régime actuel d'armistice, le Maréchal traite avec l'ennemi. L'Allemagne, les questions d'occupation de la région du RHIN et non de l'organisation des pays occupés.

Je vous renvoie, ci-joint, votre lettre du 16 courant.

signé: Bontemps
avec l'apposition du cachet du Quartier Général.

Nach dieser Seite hin — und darauf kam es vor allem an — hatten wir also den Rücken frei. Unverzüglich berief ich eine geheime Versammlung von Vertretern jedes militärischen Grades, vom Soldaten bis zum Feldwebel incl. ein, die nachts bei verschlossenen, von Soldaten mit aufgefanztem Bajonett und scharfgeladenem Gewehr bewachten Türen stattfand. Der würdige Ton der unvergesslichen Beratungen, die fahlen, aber entschlossenen Mienen der 42 Teilnehmer — worunter Männer von 30 Dienst-

jahren — bewiesen, dass sich alle des Ernstes der Stunde voll bewusst waren. und es sich hier nicht um einen Aufstand ehrgeiziger oder gar disziplinförderlicher Elemente handelte, sondern um ein moralisch gebotenes und unaufschiebbares Unternehmen entrechteter, geknechteter Menschen. Alle wussten, was sie wagten; alle wussten namentlich, mit welcher schweren Strafen militärische Verschwörungen nach dem Militärgesetzbuche geahndet werden.

Ich las der Versammlung den Entwurf eines an alle Soldaten des Landes zu versendenden Aufrufs vor, in welchen ich dann die Vorschläge der an der Diskussion teilnehmenden Mitglieder aufnahm. Zum Schluss nahm ich allen den Schwur ab, nichts von diesen Besprechungen verlauten zu lassen, bevor ich sie selbst veröffentlichen würde; ich liess den Wortlaut dieses Schwures von jedem einzelnen Mann unterschreiben: nur der Unteroffizier *Joh. Pauly* verweigerte seine Unterschrift, da er nicht mit sämtlichen Forderungen einverstanden sei; er schwur jedoch mündlich, seine Kameraden nicht zu verraten.

Um 5 Uhr morgens setzte ich im kleinen Kompagniebüro Herrn Leutnant *Miller*, soweit es mir angezeigt erschien, von der Stimmung und den Absichten der Kompagnie in Kenntnis und fragte ihn, ob er geneigt sei, bei einer vielleicht baldigen Umgestaltung des Freiwilligenkorps und seiner Ausbildung das Kommando zu übernehmen. Er lehnte ab, sicherte mir jedoch Stillschweigen zu.

Schon am selben Morgen war dem Oberkommando nichts mehr von unsern nächtlichen Unterredungen und Beschlüssen unbekannt. Hauptmann *Franck* verhörte zuerst mich, dann die Mannschaften. Ich leugnete, von einer Versammlung etwas zu wissen; auch die Soldaten blieben trotz aller Drohungen fest. Ihre Haltung war würdig. Sie wankten nicht, trotzdem sie sich verraten fühlten. Denn Hauptmann *Franck* zeigte sich genau über die nächtlichen Debatten unterrichtet. Sie gaben zu, im Vereinszimmer gewesen zu sein, bestritten jedoch die Verschwörung und meine Anführerschaft.

Weit entfernt, nur einen Augenblick zu schwanken, trieb ich nun die Soldaten zu höherem Eifer für unsere gerechte Sache an, indem ich die geängstigten zur Einsicht führte, dass niemand umkehren könne, ohne sich und die Kameraden ins Verderben zu stürzen, und dass grade jetzt sofort mit den Herrschaften Schluss gemacht werden müsse, da sonst, selbst im Falle der

Begnädigung der Verschwörer, das Regime sich ohne Zweifel infolge des bereits Geschehenen noch verschärfen würde.

Am 18. Dezember — die Untersuchung wegen der nächtlichen Zusammenkunft war noch im Gange — konnte ich den beschlossenen Aufruf an sämtliche Soldaten des Landes verteilen und versenden lassen. Allen nach auswärts versandten Exemplaren war eine Adhäsionskarte beigelegt, die am andern Morgen um 10 Uhr an einen bestimmten Ort in der Hauptstadt zurückgesandt sein musste.

Alle Mitglieder der Kompagnie, bis auf einige Ausnahmen, hatten am andern Morgen ihren Anschluss an die Bewegung erklärt.

Am Nachmittag des 19. Dezember wurde unsere Eingabe in der Abgeordnetenkammer verlesen, was, wie schon erzählt, meine gewaltsame Verhaftung am Abend zur Folge hatte.

IX.

Unmöglich, zu beschreiben, wie mir hinter den starken Eisengittern und der eigens mit Vorhängeschlössern versehenen Tür des Arrestlokals zu Mute war. Es musste sich im Augenblick entscheiden, ob unser Werk zustande käme oder zu Schanden würde, und ob ich als gemeiner Aufwiegler in lange, schwere Kerkerhaft geraten und für immer Ehre und Glück verlieren, oder als Befreier meiner Berufsgenossen eine frohe Zukunft genießen sollte. Da konnte kein langes Besinnen helfen. Ich begann, mit meinem Schlüsselbund das Fenster einzuschlagen und rüttelte verzweifelt — natürlich vergebens — an den Gitterstangen. Draussen hielten Offiziere und Wachtmeister Wache. Ich rief, oder brüllte vielmehr, unausgesetzt um Hilfe, die Fenster bearbeitend. Als ich die letzte Scheibe zertrümmerte, versagte mir die übermenschlich angestrengte Stimme. Einem wachhabenden Soldaten jedoch gelang es, sich unbemerkt von seinem Posten in den Speisesaal zu schleichen und die dort sich aufhaltenden Kameraden von der Festnahme und den Hilferufen ihres Feldwebels in Kenntnis zu setzen. Soeben hatte ein Leutnant mit den Verrätern den Saal betreten und den Mannschaften mitgeteilt, dass der Hauptträdelsführer verhaftet worden sei und gegen die Mitverschworenen die

schärfsten im Reglemente vorgesehenen Massnahmen ergriffen würden. Nur schleunigster Flucht hatten die drei es zu verdanken, dass sie, vor der plötzlich erwachten und durch den Bericht ihres Kameraden gesteigerten wilden Wut der Mannschaften, mit dem Leben davonkamen. Gleichzeitig machten sich draussen die höheren Offiziere, die Vergeblichkeit ihrer Einschüchterungsversuche und die Wirkungslosigkeit ihrer lauten Befehle bald einsehend, vor dem schnell sich verdichtenden Schwarm aufs höchste gegen sie aufgebrachter Soldaten aus dem Staube. Diese aber eilten nach Waffen in ihre Zimmer; und plötzlich sehe ich, der schon alle Hoffnung aufgegeben hatte, die Treuen mit aufgepflanztem Seitengewehr über die Kasernenbrücke heranstürmen. Sie werfen sich, ohne Erfolg, auf die Tür des Arrestlokals; sie brechen ihre Gewehre an den Eisengittern; dann begeben sie sich ins Kommandobüro der Gendarmerie um Oberwachtmeister *Jeitz* die Schlüssel des Arrestlokales abzufordern. Als *Jeitz* sich weigert, dieselben herauszugeben, bemächtigen sie sich der schweren Bänke in dem sog. Vereinigungszimmer der Gendarmerie, einem Vorraum des Arrestlokals, und stürzen sich damit auf die Tür, bis sie aus den Angeln fährt.

Auf ihren Schultern trugen sie mich in die Kaserne, wo sie mich begeistert zu ihrem Chef proklamierten. Ich übernahm das einstweilige Oberkommando und legte den Soldaten ans Herz, sich im Interesse der gerechten Sache in jeder Hinsicht musterhaft zu benehmen. Hierauf zogen wir vor das Regierungsgebäude und gaben den anwesenden Regierungsmitgliedern die Absetzung der Offiziere sowie meine Ernennung zum einstweiligen Chef der Freiwilligen bekannt.

Als diese Meldung erstattet war, begab ich mich unter Deckung eines Teils der Kompagnie zu den Abgeordneten *Blum* und *Jos. Thorn*, um den Tatbestand zu Protokoll nehmen und vor die Kammer bringen zu lassen. Die übrigen Mannschaften zogen unter Führung eines Sergeanten in die Kaserne zurück.

Herr *Jos. Thorn* riet mir, mich auch zu Abgeordneten anderer Parteien zu begeben, damit der Angelegenheit kein politischer Charakter unterschoben würde. Ich bat Herrn *Thorn*, das Nötige in diesem Sinne zu veranlassen.

In die Kaserne zurückkehrend, höre ich, die Regierung habe im Kompagniebüro mit dem Offizierkorps und dem Majorkommandanten verhandelt und schliesslich seien die Soldaten dreimal aufgefordert worden, in die gesetzlichen Wege zurückzukehren:

aber dreimal habe die einstimmige Antwort der Soldaten gelautes: „Unterhandelt mit unserm alleinigen Wortführer und Vorgesetzten, Feldwebel Eiffes!“

Daraufhin hätten die hohen Herren das Kompagniebüro verlassen, um im Kommandobüro der Gendarmerie weiter zu beraten; in diesem Lokale befänden sie sich noch, und zwar mit Vertretern aller politischen Parteien.

Nun liess ich die Eingänge von Posten mit aufgepflanzten Bajonetten bewachen und erteilte Befehl, niemand mehr einzulassen. Wir hielten eine Versammlung ab, in welcher wir beschlossen, im Dienst keine weiteren Störungen eintreten zu lassen. Die Wachen zogen also regelrecht auf; und die militärische Verwaltung war einstweilen nicht weniger gesichert, als unsere Organisation. Dem Publikum konnte nichts Anormales auffallen als ein am Eingang der Mannschaftskaserne aufgestellter Doppelposten. Alle Mannschaften im Lande, im Zoll- und Grenzdienst, wurden sofort über den Kommandowechsel benachrichtigt; und überall setzte der Dienst seinen gewohnten Gang fort.

Im Kommandobüro der Gendarmerie jedoch berieten sich Offiziere, Minister und Volksvertreter bis tief in die Nacht hinein.

Am andern Morgen, um 6 Uhr, boten wir Herrn Leutnant *Jacoby*, dem zu Clerf weilenden, allgemein beliebten jüngsten Offizier, telegraphisch das Kommando an und räumten ihm eine dreitägige Bedenkfrist ein.

Schon früh am Tag bemühten sich Vertreter aller Kammerfraktionen, u. a. die Herren *Probst*, *Jos. Thorn*, *Pescatore*, *Rob. Brasseur* im Kompagniebüro, mich zur Rückkehr auf den gesetzlichen Weg zu bereden. Man schlug mir einen zivilen Kommissar zur einstweiligen Vertretung der Offiziere vor. Dagegen wehrte ich mich: ich sei, erwiderte ich, zu dem mir übertragenen einstweiligen Kommando sowie zur Verteidigung unserer Sache genügend befähigt. Denn ich sah in dem Angebot einen Schachzug zur Sabotierung unseres Befreiungswerkes.

Von vorherein abgelehnt wurde auch ein anderer Vorschlag: dass die bisherigen Vorgesetzten im Amte bleiben sollten unter der Bedingung, dass die Beschwerden der Kompagnie unverzüglich geprüft und die Verschwörer strafflos bleiben würden.

Ein dritter und letzter Vorschlag: Beurlaubung der Offiziere bis zum Abschluss der Untersuchung und Befehl des Leutnants *Jacoby* unter der Oberleitung des Majorkommandanten, wurde

nach kurzer Beratung gleichfalls verworfen, worauf die Vermittler unverrichteter Sache wieder abzogen.

Gegen 10 Uhr erschien in der Kaserne Herr Regierungsrat *Nickels*, um uns ein Ultimatum des den abwesenden Staatsminister vertretenden Herrn Gen.-Dir. *Collart* zu verkündigen, laut welchem wir uns innerhalb einer Viertelstunde unbewaffnet im Kasernenhofe versammeln und bedingungslos unterwerfen sollten. An eine Prüfung unserer Beschwerden sei vor restloser Herstellung der Ordnung nicht zu denken; gegen die Rädelsführer würden die strengsten Massnahmen getroffen, und Vorkehrungen, die Ordnung wo nötig mit Gewalt wieder herzustellen, seien bereits angeordnet.

Grossherzoglich-Luxemburgisches
Staatsministerium.

Luxemburg, den 20 Dezember 1918.

Die Regierung fordert hiermit die Mitglieder des Freiwilligen-Korps auf, innerhalb einer Viertelstunde nach Ueberreichung dieses Schriftstückes sich bedingungslos zu unterwerfen und ohne Waffen in den Kasernenhof zu treten.

An eine Prüfung der vorgebrachten Beschwerden wird unter keinen Umständen herantreten werden, bis die Ordnung restlos hergestellt worden ist

Gegen die Rädelsführer werden die strengsten Massnahmen getroffen.

Ist innerhalb der vorbezeichneten Frist keine vollständige Unterwerfung erfolgt, so wird die Regierung unverzüglich durch geeignete und wirksame Mittel die Ordnung herstellen lassen. Diesbezügliche Vorkehrungen sind getroffen.

Der Staatsminister, Präsident
der Regierung,
i. V.

Der General-Direktor des Ackerbaus,
der Industrie und des Handels,
Collart.

An die Mitglieder des Freiwilligen
Korps in L u x e m b u r g.

Wir dachten keinen Augenblick daran, diesem Ultimatum Folge zu geben, übersandten vielmehr der Regierung eine schriftliche Weigerung. Hr. *Collart*, der es in der Hand hatte, durch vermittelndes Eingreifen der Bewegung den revolutionären Charakter zu nehmen, welchen sie übrigens nur durch das brutale Vorgehen des Kommandos gegen den Urheber der Kammerpetition gewonnen hatte, nannte diesen nun selbst verächtlich einen „Rädelsführer“ und drohte ihm und seinen Freunden mit den strengsten Strafen. Dass wir sofort beschlossen, uns zum äussersten Widerstand zu rüsten, liegt auf der Hand. Als dann gar ein zweites Ultimatum des streitbaren Vertreters unseres Kriegs-

ministers eintraf, in welchem man uns mit dem Eingreifen der Franzosen drohte, sodass jedermann einsah, dass es um unser Leben ging: da liess ich die Kompagnie antreten und der Regierung, im Namen der ganzen Kompagnie — *mündlich* durch den Ueberbringer des Ultimatus, und ausserdem *schriftlich* — antworten: die Militärschule ergebe sich nicht, sondern warte den Angriff der Franzosen ab; sodann liess ich das Pulvermagazin erbrechen, dasselbe durch zwei Mann bewachen und die Mannschaften mit Munition versehen. Alsdann nahm ich den Soldaten den Schwur ab, sich bis zum letzten Mann jeder Festnahme zu widersetzen. Die Stimmung der ganzen Kompagnie war, inolge der in den letzten Tagen gewonnenen Ueberzeugung von der Einmütigkeit aller Mitglieder, noch mehr aber dank dem herzlosen Vorgehen der Regierung, eine wahrhaft kriegerische, todesmutige. Herr *Batty Weber* bekundete sich fürwahr als schlechter Kenner unseres Militärs sowie unseres Volkes überhaupt, als er nach dem traurigen Ausgang der revolutionären Bewegung (Luxbg. Zeitung, „Abreisskalender“ vom 12. Januar 1919) spottete:

„Wenn eine Funktion aufhört, stirbt das Organ ab. Ich meine, dass bei uns ein Jahrhundert der unbewaffneten Neutralität zum Absterben eines Organs geführt hat. Es ist das Organ, dessen man sich bedient, um die letzten Konsequenzen zu ziehen. Die Konsequenzen, die das Ende überhaupt, den Verzicht auf das Leben bedeuten. Oder den Tod, wenn Sie das lieber haben.

Es wird doch nicht! ist letzten Endes unsere Nationaldevise geworden. Wir sind daraus entwöhnt, dass etwas bis zum Aeussersten kommen könnte. . . . *Wir waren niemals auf den Ernstfall trainiert. Die Eventualität, dass einer von uns mit seinem Leben für etwas eintreten müsste, lag uns so fern, dass wir sie belachten.* Wir sind uns nie bewusst geworden, dass Blut ein ganz besonderer Saft ist.

Das hat sich in diesen Tagen wieder gezeigt, als wir eine Revolution machen wollten, um die Republik einzuführen.

Anderswo wären Barrikaden errichtet und Schüsse gewechselt worden. Es hätte auf jeden Fall ein paar Begräbnisse gegeben. Und die Gegner der Republick wären verhaftet und eingesperrt worden, bis eine Gegenrevolution sie befreit hätte. *Bei uns hat sich alles mit dem Mund und der Feder vollzogen.* Ich sprach mit ein paar Soldaten: „Wenn jetzt die Stützen von Thron und Altar da draussen die *Volksvereinsjünglinge mobili-*

sieren und mit ihnen vor die Kammer marschieren wollten, würdet ihr da auf sie schiessen?“ fragte ich.

„Beileibe nicht!“ sagten sie. Und sie meinten, sie würden es schon anders schaffen.

Wir wissen ganz entschieden keine Revolution zu machen. Die französischen Offiziere, die mit dem sogenannten Putsch zu tun hatten, machten ernste Gesichter und waren aufs Aeusserste gefasst. Als sie sahen, wie unblutig und ruhig alles verlief, wunderten sie sich. Sie hatten uns mit ihrer Pariser Elle gemessen. Als nichts von dem geschah, was sie gefürchtet hatten, sagte einer im Scherz:

„Ich glaube, ich werde Euch Luxemburgern ein Kolleg über Revolution lesen müssen.“

Eine anwesende Dame nahm den Vorschlag ernst und bat, sie direkt als Hörerin vorzumerken.“

Wenn auch bei Herrn Weber selbst, wie es scheint, sich alles „mit dem Mund und der Feder“ zu vollziehen pflegt, so musste er damals wissen, dass die Freiwilligen, die seit der Verschwörung gegen ihre Vorgesetzten und besonders seit der regierungsseitlichen Drohung mit dem Einschreiten der Franzosen, ohne Wanken auf ihren Forderungen beharrten, tatsächlich ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten und dass die Revolution, die sogar ohne Barrikaden hätte siegen können, da die ganze bewaffnete Macht hinter uns stand und wir der Sympathie der Volksmehrheit sicher waren, keineswegs infolge mangelnder Solidarität oder Tapferkeit des aufständischen Militärs, sondern grade dank der Charakterlosigkeit gewisser Mund- und Federpolitiker und dank dem Eingreifen der Franzosen, zu denen er uns in die Schule schicken wollte, gescheitert war!

Unser einflussreichster und sprachlich gewandtester Linksjournalist hätte sich unbedingt einen klaren Einblick in die damaligen Verhältnisse verschaffen und einen weniger leichtfertigen Ton anschlagen können und müssen. Dass er es vorzog, zu Anfang der Bewegung die unparteiischen Berichte eines Korrespondenten, der sich, wie seine Kollegen der andern Tagesblätter, täglich in der Kaserne auf dem Laufenden hielt, schliesslich zurückzuweisen, und, als die freiheitliche Bewegung entartet und verunglückt war, oberflächlich Glossen zu machen, verrät keine richtige Auffassung der Sachlage.

Im übrigen kann unser Militär, unser Volk überhaupt, sich zufrieden geben mit dem Zeugnis, das ein weit Grösserer, näm-

lich Marschall *Foch*, der Kampftüchtigkeit der Luxemburger, von denen 3000 unaufgefordert der grossen Nachbarnation Kriegshilfe leisteten, mit den Worten ausstellt:

„Les légionnaires luxembourgeois, héroïque phalange, ont combattu pendant plus de quatre ans, sans une défaillance, donnant partout l'exemple de leur courage, de leur ténacité, de leur dévouement.“

X.

Die Boten, durch welche ich Herrn *Collart* unsere schriftliche Antwort auf sein zweites Ultimatum zustellte, sahen im Regierungsgebäude die Vertreter der Kammerfraktion, die kurz nach Bekanntgabe dieses Ultimatum die Kaserne verlassen hatten, bereits in Deliberation mit den dort neu versammelten Ministern und Offizieren. Auch der Staatsanwalt war dabei.

Noch in derselben Stunde begab ich mich mit einem Trupp Soldaten zum Platzkommandanten General *de la Tour*, um uns zu vergewissern, dass, wie wir nach der bereits erwähnten schriftlichen Erklärung des Hauptquartiers annehmen mussten, die Drohung der Regierung mit einem französischen Angriff eine unwürdige Erfindung sei, die uns wankelmütig machen oder doch wenigstens einen Teil der Mannschaften zum Abfall bringen sollte. Wie wir erwartet, antwortete uns der Platzkommandant; solange nichts vorgefallene, was die öffentliche Sicherheit und die Organisation der französischen Truppen gefährde, denke die französische Behörde nicht daran, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen; sie habe ihre Soldaten konsigniert, aber vor allem, um ein Uebergreifen unserer Bewegung auf das französische Militär zu verhindern.

Diese Antwort teilte ich in der Kaserne der versammelten Kompagnie mit. Dann forderte ich die stürmisch jubelnden Mannschaften aufs neue zum Durchhalten auf und zum kategorischen Bestehen auf sämtlichen Forderungen, die in der eigenen Berufung unserer Vorgesetzten gipfelten und denen wir eine weitere: die Entlassung der Verräter, beigefügt hatten.

Im Grunde waren meine Ermutigungen recht überflüssig; denn die Kompagnie nahm die Regierung, die mit ihrer leeren

Drohung nur bewiesen hatte, dass sie sich auch auf die Gendarmerie nicht mehr verlassen konnte, nicht mehr ernst.

In meinem Büro fanden sich immer wieder Mitglieder des Parlaments mit allen möglichen Vermittlungsvorschlägen ein. Schliesslich, da ich allein mit den Soldaten beraten wollte, verriegelte ich meine Tür, vor welcher dann noch verschiedene Linksdeputierte mich beschworen, es doch nicht aufs Aeusserste kommen zu lassen und mich doch nicht über die gesetzmässige Volksvertretung hinwegzusetzen, die unsere Beschwerden wohlwollend prüfen und noch heute zu diesem Zweck eine Untersuchungskommission ernennen wolle!

Für uns aber galt es, angesichts der uns angedrohten Strafen nur noch uns selbst zu vertrauen. Wie hätten wir übrigens nach dem Vorgefallenen den Vorschlag einer weiteren, wenn auch nur einstweiligen Anerkennung des bisherigen Oberkommandos annehmen können? Und was die parlamentarische Untersuchungskommission betraf: wie lange pflegt sich eine solche, bekanntlich nur Verschleppungszwecken dienende Untersuchung hinzuziehen! Und welches würde, nach dem Erfolg unserer bisherigen Reklamationen, vor allem aber nach dem jetzigen Verhalten unserer Regierung, das Ergebnis einer solchen Untersuchung sein!

Dies gaben wir auch der gegen 6 Uhr abends in der Kaserne vorsprechenden, vom Parlament durch das Los bestimmten Untersuchungskommission, bestehend aus den Herren *Lacroix*, *Blum*, *Pescatore*, *Bech*, *de Villers*, *Herschbach* und *Probst* zu verstehen, obwohl uns auf Antrag des Herrn *Probst* völlige Straflosigkeit zugesichert war.

Am Abend zogen *französische Patrouillen* mit aufgepflanztem Bajonett durch die Stadt, hauptsächlich das Kasernenviertel, um Massenansammlungen zu verhindern. Stehenbleiben der Passanten bei der Kaserne wurde nicht geduldet. Gegen 7 Uhr kamen 40 Gendarmen an, welche die Regierung von auswärts als Verstärkung herangezogen hatte.

Am 21. Dezember, Samstags, verhandelte die parlamentarische Kommission, die Herrn *Lacroix* als Präsidenten, Herrn *Blum* als Sekretär bezeichnet hatte, im Kammergebäude mit den beiden Generaldirektoren und dem Majorkommandanten. Man beriet hauptsächlich darüber, ob man zu mir allein oder zu den Mannschaften ohne mein Beisein sprechen sollte, und entschied sich für letzteres.

Am Nachmittag empfingen wir die Kommission abermals in der Kaserne. Sie kam mit zwei Vorschlägen, die zwar nicht dazu angetan waren, die Zustimmung der Kompagnie zu finden, wohl aber, unter den Soldaten allgemeine Heiterkeit zu erwecken. Der erste von Herrn *Lacroix* begründete Vorschlag ging dahin, das frühere Kommando wieder anzuerkennen mit der Einschränkung, dass die Mannschaften mit demselben bis nach vollendeter Untersuchung sowenig wie möglich in Berührung kämen. Dieser Vorschlag wurde sofort einstimmig abgelehnt. Der zweite fasste eine gruppenweise Vernehmung und Beurlaubung der Mannschaften ins Auge. Zu diesem Vorschlag äusserte sich ein älterer Musikfeldwebel unter stürmischen Beifallsgelächter der Kompagnie: der Einfachheit halber solle man lieber nur vier oder fünf Mann, und zwar die gestürzten Vorgesetzten, beurlauben, die dann nach Herzenslust auf die Jagd gehen könnten.

Hierauf zog die so ernst und klug auf eine Vermittlung bedachte parlamentarische Kommission wieder ab, um dem eben von Paris heimgekehrten demissionären Staats- und Kriegsminister Reuter das negative Resultat ihrer Mission mitzuteilen.

Am selben Nachmittag entschloss sich auch das Gendarmeriekorps, öffentlich seine Solidarität mit der Freiwilligenkompagnie zu bekunden. Dass sie im Fall der Not wie ein Mann hinter uns stände, davon war ich längst überzeugt. Ich hatte mit dem früheren Gendarmerieverwalter und Unteradjutanten *M. Schaack* in beständiger Fühlung gestanden und wusste, dass die Gendarmerie bei der ersten Gelegenheit Forderungen stellen würde, die zwar in mancher Hinsicht reservierter waren, als die unsern, in den meisten und wichtigsten Punkten jedoch mit unserm Programm übereinstimmten. Ich dachte radikaler, hauptsächlich in Bezug auf den Aufstieg der Tüchtigsten.

Unter den zahlreichen Glückwunschtelegrammen, die mir seit meiner Uebernahme des Kommandos aus allen Volkskreisen und allen Gegenden des Landes — namentlich von Exmilitärverbänden, Zollstationen, Polizeibüros, Hüttenarbeiterverbänden, Zivilbeamtenbüros — zuzingen und die ich immerdar als teuerste Andenken aufbewahren werde, befindet sich auch eins von Herrn *Schaack*.

Am Nachmittag des 21. Dezember fand nun eine von 1—4½ Uhr dauernde Versammlung der Gendarmen statt, in welcher Hr. *Schaack* per Akklamation zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. Nach der Versammlung legte eine Delegation des Gendarmeriekorps, auf Anraten der Abgeordneten *Krier* und

Probst, die den Beratungen beigewohnt hatten, der parlamentarischen Untersuchungskommission ihre Forderungen vor, welche lauteten :

Einstellen der Gendarmen in die mittlere Beamtenklasse der Gehaltsstufen; Entschädigung für ausserordentliche Dienste; Bestreitung sämtlicher Bürokosten, wie auch der Uniform, durch den Staat; getrennte Wohnungen; Errichtung neuer Kasernen; bewohnbare Zimmer für die Junggesellen; Verdoppelung der Pension für die 4 Kriegsjahre; Achtstundentag und wöchentlicher Ruhetag von 30 Stunden; vierzehntägiger Urlaub jährlich; Versammlungsrecht und Redefreiheit; Abschaffung der Arreststrafe, jedenfalls aber des feuchten, kalten, lichtlosen Arrestlokals in Luxemburg, in welchem nie geheizt werde.

Von den 170 Gendarmen des Landes hatten über 150 die Beschwerdeschrift unterzeichnet.

Am selben Tage wurden von 40 konsignierten Gendarmen 24 auf ihre Stationen zurückbeordert.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, dass auch die Gendarmen seit Jahren ihre Beschwerden in den Zeitungen vorgebracht hatten, nachdem sie sich wiederholt vergeblich um Abstellung der dienstlichen Mißstände, unter welchen sie litten, an ihre Vorgesetzten gewandt; und dass der Redakteur des „Tageblatt“, der am 1. September 1917 in einem „Unsere Gendarmen“ überschriebenen Artikel das traurige Los unserer Gendarmen während des Krieges geschildert und einige besonders empörende Beispiele (von unmenschlichem Dienstzwang sowie von Günstlingswesen) in durchaus anständiger Form zur Sprache gebracht hatte, von Major *Hekmann* gerichtlich belangt und, zur Beweisführung nicht zugelassen, zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden war.

Die zur Prüfung unserer Beschwerden eingesetzte parlamentarische Kommission ersuchte nun auch die Delegierten der Gendarmerie, ihr über sämtliche Mißstände, insonderheit über erlittene Strafen, Ungerechtigkeiten und Wohnungsmißstände zu berichten.

Die Freiwilligenkompagnie richtete ihrerseits an die Kammer eine Eingabe, worin sie ihren einstimmigen Wunsch wiederholte, sämtliche im Aufrufe an die Soldaten aufgestellten Forderungen, besonders die der Abberufung sämtlicher Vorgesetzten, mit Ausnahme des Herrn *Jacoby*, und die der Entlassung der Verräter, bald erfüllt zu sehen. „Die Kompagnie“, so schloss die Eingabe, „hat keinen andern Wunsch, als sobald wie möglich den normalen

Weg des Dienstes betreten zu können, den ihr neues Programm vorzeichnet.*

XI.

Am 23. Dezember erinnerte ich Herrn Leutnant *Jacoby* brieflich an unser Angebot vom 20. Dezember und teilte ihm mit, dass die Kompagnie ihm einstimmig die bereits verstrichene Bedenkfrist bis 6 Uhr abends verlängere. Als auch zu dieser festgesetzten Frist seine Antwort ausblieb, wurde seine Absetzung beschlossen, wovon die Regierung und er selbst schriftlich Mitteilung erhielten.

Am selben Tage fand zu *Esch a. d. Alz.* eine stark besuchte Versammlung ehemaliger Freiwilliger statt, welche beschlossen, ihre Klagen über die frühere Behandlung sowie über die ehemaligen Zustände in der Kaserne zu sammeln und den Ex-militärverband zur Teilnahme an der Reformbewegung zu veranlassen.

Am Nachmittag des 24. Dezember tagte die parlamentarische Untersuchungskommission im Kammergebäude, wohin ich mich unter der nötigen Deckung begeben hatte. Zuerst wurde Hauptmann *Franck*, ungefähr eine Stunde lang, verhört. An zweiter Stelle wurde ich vorgeladen. Nachdem ich mein umfangreiches Dossier analysiert hatte, versprach ich der Kommission, zwecks Erleichterung und Beschleunigung ihrer Arbeit, die Beschwerden der einzelnen Soldaten in 5 Kategorien klassieren zu lassen, und zwar in Beschwerden 1) hinsichtlich der Dienstordnung im allgemeinen, 2) hinsichtlich des Schulunterrichts, 3) über die Behandlung der Kranken, 4) über zu strenge Strafen und rohe Behandlung der diensttuenden Freiwilligen, 5) über Missbrauch der Autorität.

Schon am Abend desselben Tages waren eine Anzahl Soldaten in freudiger Hingabe mit der Klassierung des Dossiers beschäftigt, die auch während der Weihnachtsfeiertage eifrig fortgesetzt wurde, um der Kommission die nötigen Unterlagen möglichst bald überreichen zu können. *Innerhalb einer Woche sollten die Zeugen vereidigt*, dann sollte das ganze Aktenmaterial zur öffentlichen Besprechung an die Kammer überwiesen werden.

Der Wachtdienst ging regelmässig weiter; in der Kaserne herrschte, wie die uns besuchenden Journalisten jeder Richtung ausnahmslos in ihren Blättern anerkannten, fortwährend die peinlichste Sauberkeit und vollkommenste Ordnung. Die Mannschaften arbeiteten sichtlich begeistert und zuversichtlich auf eine Umgestaltung der Kaserne in eine musterhafte Militärschule hin und warteten sehnsüchtig auf den Augenblick, wo sie den neugeordneten Dienst unter ihrem selbstgewählten Chef antreten könnten. Durch Note gab ich der Mannschaft bekannt, dass kein Urlaub während der Weihnachts- und Neujahrstage bewilligt werde. Ohne die geringste Unzufriedenheit nahm jeder den harten Bescheid entgegen, für mich ein weiterer Beweis, dass alle sich des Einstes ihrer Lage bewusst waren.

Am 2. Weihnachtstag erschien ein von einer Gruppe früherer Freiwilliger verfasster öffentlicher Aufruf, der sämtliche Exmilitärs für Sonntags, den 29. Dezember, 3 Uhr nachmittags, zu einer Sympathiekundgebung für unsere Bewegung, zur Sammlung der Beschwerden der Verabschiedeten, sowie zur Diskussion unserer Forderungen und unserer gegenwärtigen Lage in den Kasernenhof berief.

Ein Angriff von Seiten der französischen Besatzungstruppen erfolgte noch immer nicht. Unbehelligt verwirklichten wir bereits selber nach Möglichkeit die erwünschten Reformen. Niederschrift und Ordnung der dem Parlament zu unterbreitenden persönlichen Klagen waren bald vollendet. Ich fasste die wesentlichen Punkte im Hinblick auf die Untersuchung zusammen und übermittelte der Kommission das verlangte Beschwerdenheft.

Aber die Einsetzung dieser Kommission entpuppte sich bereits als ein blosses Verschleppungsmanöver nach bekanntem Muster: die Untersuchung wurde auf den 6. Januar vertagt und der ursprüngliche Plan, die von den Soldaten formulierten Beschwerden zu prüfen, wurde fallen gelassen, um alle Klage führenden Militärs und Exmilitärs einzeln zu verhören, was wochen-, vielleicht monatelang dauern könnte! Und als die Zweifel an dem guten Willen der Kommissionsmitglieder in der Öffentlichkeit immer lauter wurden, fand Präsident *Lacroix* sich schliesslich bewogen, aus gekränktem Ehrgefühl zu demissionieren. Hätte er nicht die höhere Ehre darin suchen müssen, unsere Angelegenheit, der er sich nun einmal angenommen hatte, die des allgemeinen Wohlwollens sicher und durchaus spruchreif war, möglichst rasch und eindeutig zu betreiben?

Man wird begreifen, dass wir Vertrauen, Hoffnung und Geduld verloren.

Zur selben Zeit wurden die Einzelheiten der unrühmlichen Audienz unserer Minister bei Herrn Pichon bekannt. Die Führer der republikanischen Bewegung benutzten die dadurch bewirkte Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit, um ihren Eifer zu verdoppeln. Gewisse fortschrittliche, meist sozialistische Politiker, suchten mich für ihre Sache zu gewinnen: ich lehnte alle dahin zielenden Anträge ab, unter dem Hinweis auf den rein professionellen Charakter des Militäraufstands.

Am 29. Dezember fand die Versammlung der früheren Freiwilligen statt, und zwar, des schlechten Wetters wegen, nicht wie angekündigt im Kasernenhofe, sondern im sog. Theater- oder Fechtsaale des früheren Kornmagazins. Der grosse Raum war zur festgesetzten Stunde dicht gefüllt. Ich bewillkommnete die Versammlung, klärte sie über unsere Forderungen sowie den Stand unserer Verhandlungen mit Regierung und Kammer auf und bat die Exmilitärs, zusammen mit der Kompanie, der sie eine so innige und rege Teilnahme bewiesen, dahin zu wirken, dass das endlich begonnene Befreiungswerk nicht dank der sog. Untersuchungskommission im Sande verlaufe. Unter allgemeinem Beifall schloss ich mit der Erklärung: unsere bisherigen Vorgesetzten seien nicht mehr zu halten und würden längst die ihnen feindliche Atmosphäre von selbst verlassen haben, wenn sie die Lage erfasst hätten. Dann redeten verschiedene frühere Mitglieder des Korps über die früher in der Kaserne herrschenden Zustände, namentlich über Strafen, Krankenverpflegung und Unterricht.

Zum Schluss der zweistündigen Versammlung wurde einstimmig eine Resolution gefasst, welche dringend eine baldige Untersuchung verlangte, gegen die Vertagung des eidlichen Verhörs der Klageführer Einspruch erhob und an Regierung und Kammer weitergegeben wurde. —

Am darauffolgenden Tage eröffnete die Militärschule eine Subskription, deren Ertrag zu Pressezwicken und sonstigen Verteidigungsmitteln verwandt wurde. Die Beiträge, die anonym oder namentlich gezeichnet werden durften, flossen uns aus allen Schichten der Bevölkerung vom ersten Tage an über Erwarten reichlich zu, was wir um so dankbarer empfanden, als der Staat die Auszahlung unseres Soldes einstellte.

Gleichzeitig appellierten wir in den Zeitungen an die im Ruhestand lebenden Lehrpersonen, um für die Militärschule ge-

eignete pädagogische Kräfte zu finden. Ein Rechtsanwalt, der den Freiwilligen regelmässig über die Rechte des Staatsbürgers Vortrag hielt, fand sich sofort; bald erklärten sich auch tüchtige Volksschullehrer und Professoren bereit, der guten Sache zu dienen.

Am 30. Dezember erhielt die parlamentarische Untersuchungskommission ein Schreiben des Präsidenten *Lacroix*, worin dieser alle Verantwortung für die Vertagung des Verhörs der Freiwilligen auf den 6. Januar ablehnte: er habe nur, in den beiden letzten Sitzungen, verschiedene Erwägungen vorgebracht, die er zur Wahrung des Ansehens der Kammer für unerlässlich erachtet habe. Im übrigen sei er der Letzte, der die Berechtigung *eines grossen Teils* unserer Forderungen bestreiten und masslose Handlungen unserer Offiziere entschuldigen würde.

Ueberhaupt hatten sich inzwischen die inner- und aussenpolitischen Verhältnisse unseres Landes immer entschiedener in der von den Gegnern der Dynastie und den republikanischen, namentlich den frankophilen Revolutionären gewünschten Richtung entwickelt. Am 30. Dezember kündigte das Grossherzogtum die Verträge mit Deutschland über die Zollgemeinschaft und die Eisenbahnen und brachte dies der Entente und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Kenntnis. Am 2. Januar 1919 gab eine bereits von der Regierung *Kauffman* eingesetzte, aus 12 Mitgliedern der interessierten Berufe bestehende Kommission zum Studium der wirtschaftlichen Neuorientierung, einstimmig ihr Gutachten zu Gunsten eines wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich ab.

XII.

Delegierte der zu begründenden Republik wurden abermals bei mir vorstellig. „Man lässt euch im Stich! Die sog. Volksvertretung steht euch allein im Wege! Also müsst ihr sie beseitigen: lasst uns gemeinsam die Republik ausrufen!“ So redeten sie auf uns ein, unsere durch das Benehmen der parlamentarischen Kommission gesteigerte Nervosität ausnutzend. Einstweilen konnte ich mich aber nur bereden lassen, einer geheimen antidynastischen Versammlung im Café Wampach beizuwohnen, die übrigens ohne

Beschluss auseinanderging. Ich erklärte den Teilnehmern, ich könne die Hoffnung noch nicht gänzlich aufgeben, unsere professionelle Angelegenheit auf dem eingeleiteten Wege, d. h. *möglichst* in den Schranken der Gesetzlichkeit und ohne Verquickung mit der Politik, zu Ende zu führen.

Dennoch war ich in diesem Vorsatz bereits stark wankend geworden. Galt es doch, obwohl uns die Straflosigkeit für unsere bisherigen gesetzwidrigen Handlungen gewährleistet war, unsere Zukunft zu sichern und so schnell wie möglich unser Ziel zu erreichen.

Ich beschloss, in den grösseren Ortschaften Volksversammlungen einzuberufen, um das Publikum näher über den bisherigen Verlauf und die Zwecke unserer Bewegung aufzuklären, damit die Kammer, unter dem Druck des öffentlichen Willens oder Unwillens, sich zu schnellen und gerechten Entscheidungen entschliesse. In diesem Vorhaben konnte mich das Vorgehen der von uns nicht mehr anerkannten Offiziere nur bestärken.

So hatte ich, u. a., am 30. Dezember den Besuch eines früheren Offiziersburschen erhalten, der mir erzählte: sein früherer Herr habe sich an eine ihm, dem Soldaten, nahestehende Person gewandt, damit diese ihn zur Zurücknahme seiner Unterschrift von der an die Kammer gerichteten Petition bewege, und habe ihm dafür ausser einem Monat Urlaub eine schöne Anstellung versprochen.

Am 3. Januar traten Offiziere an zwei Stallburschen heran mit der Zumutung, sich gegen einen Tagelohn von 7,50 Fr. und baldige Anstellung im Gendarmeriekorps von der Militärbewegung loszusagen. Die Burschen gaben dem Zureden ihrer früheren Vorgesetzten nach, um jedoch schon Tags darauf, als eine Deputation der Militärschule ihnen die Schändlichkeit ihres Benehmens vorhielt, in die Kaserne zurückzukehren und die Kompanie um Verzeihung zu bitten.

In einem Flugzettel vom 5. Januar, der die Bevölkerung über die langsamen Fortschritte der parlamentarischen Untersuchung und das Vorgehen unserer ehemaligen Offiziere unterrichten sollte, gab ich der Oeffentlichkeit die soeben erzählten Fälle bekannt.

Durch die *Demission* des Präsidenten der Untersuchungskommission hatte unsere Sache den stärksten Stoss nach rückwärts erhalten. Der auf den 6. Januar festgesetzte Beginn des Verhörs wurde abermals aufgeschoben.

Die ferneren politischen Ereignisse überstürzten sich und

machten mir die Ausführung meiner bereits gut durchdachten Aufklärungspläne unmöglich. Ein neuer republikanischer, aber nicht grundsätzlich frankophil-annexionistischer Verband, die „Action républicaine“, schickte sich zu einem baldigen Staatsstreich an. Das Komitee bestand aus den Herren *Bouvard-Luxemburg*, *N. Gallé-Bonneweg*, *Al. Kayser-Diekirch*, *E. Mark-Differdingen*, *Frau Mongenast-Servais-Luxemburg*, *J. P. Rasquin-Eich*, *E. Servais-Luxemburg*, *X. Thomas-Limpertsberg*, *Jos. Thorn-Luxemburg*, *G. Uveling-Luxemburg*. Man unterbreitete mir jetzt den Plan zu einem bestimmten „Wohlfahrtsausschuss“, dem u. a. auch die HH. *Dr. M. Welter*, *Gast. Diderich*, *René Blum* und *P. Krier*, sowie Hr. *G. Schommer* als Sekretär angehören sollten; zugleich legte man mir eine vollständig ausgearbeitete Proklamation der Republik vor. Für den 9. Januar nachmittags, vor Eröffnung der Kammer, sollte das Volk auf den Wilhelmsplatz geladen werden, um die Proklamation und die Namen der Ausschussmitglieder zu vernehmen; darauf sollte das Komitee die Aenderung der Staatsform den Abgeordneten mitteilen, die alsdann, unter dem Druck des versammelten Volkes, die neue Regierung anerkennen würden; punkt 4 Uhr sollten die Freiwilligen und alle abkömmlichen Gendarmen sich im Kasernenhof versammeln und durch Ansprachen für die Republik begeistert werden; in diesem rechten Augenblick sollte ebendort das Komitee eintreffen, um Soldaten und Gendarmen auf die neue Regierung zu vereidigen; dann sollte die Kompagnie alle öffentlichen Gebäude besetzen.

Ich fand den Plan nicht schlecht und billigte ihn schliesslich um so eher, als ich ja vom französischen Kommando die Zusicherung hatte, dass das Besatzungsregiment sich nicht in unsere innerpolitischen Angelegenheiten mischen werde, solange unsrerseits alles ohne Blutvergiessen vonstatten gehe und eine etwaige bolschewistische Bewegung die französischen Truppen nicht mitergreife. Zudem sah ich selbst die erklärtesten Anhänger des Throns hinsichtlich Frankreichs Stellung zu einer evtl. Abdankung der Grossherzogin zu Gunsten ihrer Schwester immer hoffnungsloser werden; denn aus angeblich immer bestimmterer Quelle wurde in den letzten Tagen gemeldet: Frankreich wolle mit unserm Herrscherhause überhaupt nichts mehr zu schaffen haben.

Am Abend des 8. Januar fuhren die Mitglieder der Regierung nach Schloss Berg, um *Maria-Adelheid* klarzumachen, dass ihre Abdankung der einzige Ausweg zur Rettung der Dynastie

sei. Herr *Nik. Welter* versichert uns in seinem Erinnerungsbuche, sämtliche Minister haben vor der Grossherzogin dieselbe Sprache geführt.

Am Vormittag des 9. Januar wurden seitens der „Action républicaine“ Flugblätter verteilt, durch welche das Volk für zwei ein halb Uhr zu einer republikanischen Kundgebung auf den Wilhelmsplatz bestellt wurde. Tausende leisteten dem Aufruf Folge.

Als erster Redner trat Hr. *Al. Kayser* auf, der in begeisterten und allgemeine Zustimmung findenden Worten zum Handeln aufforderte. Dann kennzeichnete Hr. *Mark* die missliche Lage, die für unser Land durch die fortgesetzte Herrschaft der von der französischen Regierung nicht anerkannten Grossherzogin geschaffen werde: das Heil des Landes liege in einem wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich. In demselben Sinne redete der Abg. *Schaack*.

Hierauf wurde eine Resolution verlesen, welche die Absetzung der Dynastie, die Demission der Regierung, die Einsetzung eines Direktoriums und die Wahl einer neuen Kammer auf Grund des allgemeinen Stimmrechts verlangte. Dann zog die stark anwachsende Menge mit der republikanischen Deputation zur Kammer. Die ersten Hunderte konnten sofort die öffentlichen Tribünen füllen. Nun musste die Zugangstüre gesperrt werden. Den Haupteingang zum Kammergebäude bewachte die Stadtpolizei; nur den Abgeordneten und Journalisten wurde Zutritt gewährt. Die Regierung kam nicht.

Verschiedene Abgeordnete wurden bei ihrem Erscheinen auf der Kammertreppe und im Sitzungssaale von der Menge mit Zischen begrüsst; im allgemeinen aber verhielt das Volk sich ordentlich und still; draussen wurde es von einer Abteilung französischer Soldaten im Stahlhelm in Schranken gehalten. Ein grösseres Detachement unter dem Kommando des Kapitäns *Panachet* stand, mit etlichen Reitern, im Hofe des Athenäums bereit.

Nach Verlesung eines langen Einlaufs teilt Herr *Bech* der Kammer mit, dass eine von der Rechtspartei eröffnete Subskriptionsliste zu Gunsten eines politischen und wirtschaftlichen Referendums bereits 16 000 Unterschriften aufweise. Als die Kammer dann zur Diskussion der *Verfassungsrevision* schreiten sollte, die auf der Tagesordnung voran stand, verlangte Hr. *Rob. Brasseur* das Wort zu einem Vorantrag, in welchem er an den Verlauf der Audienz der HH. *Reuter*, *Welter* und *Liesch* beim französischen

Aussenminister erinnerte. Nachdem England, so führte er aus, schon während des Krieges es abgelehnt habe, diplomatische Beziehungen mit uns anzuknüpfen, Belgien dagegen nur einen Geschäftsträger ernannt habe, der italienische Gesandte ebenfalls nicht zurückgekehrt sei und nun auch Frankreich uns das Ausbleiben des Herrn *Mollard* so unzweideutig motiviert habe, sei es erwiesen, dass die luxemburgische Dynastie ein Hindernis für unsern Anschluss an die Entente bilde. Er beantrage daher, die Kammer möge die Abdankung der Dynastie verlangen und die Entente-Regierungen bitten, die diplomatischen Beziehungen zu unserm Lande wieder aufzunehmen. Diese Tagesordnung war gezeichnet von den Hh. *Brasseur, Pescatore, Diderich, Palgen* und *Gallé*.

Dann verkündete Hr. *Mark*: soeben habe die Volksversammlung auf dem Wilhelmsplatze die Absetzung der Dynastie gefordert und eine Delegation ernannt, die in der Kammer empfangen werden möchte, um die Resolution zu verlesen. Der klerikale Abg. *Schiltz* bat, nicht über den Antrag *Brasseur* zu debattieren, da innerhalb einer halben Stunde von Seiten der Regierung Mitteilungen einlaufen würden, durch die derselbe vielleicht überflüssig würde; bis dahin könnte die Kammer nützlichere Arbeit leisten, indem sie die parlamentarische Kommission, die über die Verhältnisse in der Kaserne zu befinden habe, aber noch keine Resultate aufweisen könne, einfach abschaffe und das Beschwerde-Dossier der Freiwilligen dem Staatsanwalt überweise.

Diese Rede hatte Zwischenrufe auf den Tribünen zur Folge. Der Kammerpräsident, Hr. *Altwies*, drohte mit Räumung der Tribünen, die sich, nach dem Reglemente, jeder Kundgebung zu enthalten hätten. Daraufhin Protestrufe auf der Linken und auf den Tribünen. Nun forderte Herr *Altwies* die Gendarmen auf, die Tribünen zu räumen; da die Gendarmen sich keine besondere Mühe gaben, seiner Aufforderung nachzukommen, und das Publikum sich immer entrüsteter gebärdete, suspendierte er die Sitzung und verliess mit der Rechtspartei den Saal.

XIII.

Die übrigen Abgeordneten setzen nun ihre Besprechungen zwanglos fort.

Da betritt Hr. *Mark*, der das Haus vor kurzem verlassen

hatte, aufs neue den Saal und bittet die erregten Gruppen um Aufmerksamkeit. Unsere Freiwilligen, so meldet er, und die mit ihnen solidarischen Gendarmen haben soeben in einer Versammlung in der Kaserne die Republik ausgerufen; sie lassen die Kammer bitten, sofort eine provisorische Regierung von 5 Mitgliedern zu bilden, um den Treueid der bewaffneten Mannschaften im Kasernenhof entgegenzunehmen. Er selber beantrage folgende Tagesordnung: „In Erwägung, dass die Regierung seit mehreren Wochen ihre Entlassung gegeben hat und nichts geschieht, um sie zu ersetzen; und dass die Entente erklärt hat, die Beziehungen zur luxemburgischen Dynastie abbrechen zu wollen: beschliesst die Kammer, im Namen des Luxemburger Volkes, eine provisorische Regierung von 5 Mitgliedern einzusetzen“. Dann bat Hr. Mark die Linke, sich sofort in den Sektionen zu versammeln; man dürfe den Kammerpräsidenten nicht mehr dazu kommen lassen, die Sitzungen zu sabotieren; dies entspräche nur den Wünschen der klerikalen Partei, die jahrelang das Land dem Spott preisgegeben, die Wucherer beschützt und die Ausungerer des Volkes verteidigt habe.

Hierauf traten die Linksparteien zu Spezialberatungen zusammen.

Die draussen harrende Menge wird immer zahlreicher und ungeduldiger. Hr. *Al. Kayser* lädt sie von der Freitreppe herab zur Ruhehaltung ein und teilt ihr mit, Gendarmen und Soldaten seien sich einig geworden; um *6 Uhr* könne die Republik erklärt werden. Auch andre republikanische Führer erschienen auf der Kammertreppe und hielten Ansprachen an die Menge, während drinnen Liberale und Sozialisten sich auf die Zusammensetzung nicht einigen konnten; die Sozialisten selbst waren geteilter Meinung. Herr *Probst* wollte von einer Revolution nichts wissen: eine solche wolle richtig angefasst und systematisch vorbereitet sein; es wäre Torheit, sie in einer halben Stunde improvisieren zu wollen. Die Liberalen *H.H. Pescatore* und *Brasseur* schlossen sich seinen Erklärungen an. Die drei soeben genannten Abgeordneten waren dagegen bereit, einem nicht revolutionären Wohlfahrtsausschuss beizutreten, der nur den Zweck habe, die Ordnung aufrecht zu erhalten; die Republik wollten sie nur „*im Prinzip*“ ausrufen lassen, unter der Bedingung, dass das Volk oder seine Vertretung sie ratifiziere. Herr *Brasseur* war Anhänger eines Referendums. (S. Kammerrede des Hrn. *Rob. Brasseur* 13. Dezember 1921.)

In der Kaserne hatten unterdessen zwei Versammlungen stattgefunden: die der Freiwilligen und die des Gendarmeriekorps. Im Einverständnis mit dem aus 1 Wachtmeister, 1 Brigadier und 2 Gendarmen bestehenden Gendarmeriekomitee hatte ich nämlich sämtliche Gendarmen telegrafisch in die Kaserne bestellt, welchem Appell alle abkömmlichen Mitglieder des Korps, ja auch viele andre folgten. Sie alle wollten um 4 Uhr gemeinsam mit uns vorgehen, wenn die Parlamentarier, die zu dieser Stunde mit der Proklamation der Republik eintreffen und uns den Treueid auf die neue Staatsform abnehmen sollten, ihr Wort hielten. Aber vergebens harrten die Mannschaften der vereinbarten Ankunft der neuen Regierung.

Ich hielt mich natürlich in beständiger Fühlung mit der Kammer, während die Militärkapelle zur Aufmunterung der Mannschaften und der grossen Zuschauermasse Militärmärsche spielte. Ich sandte Deputation auf Deputation ab; jede erhielt die gleiche Antwort: „Wir sind noch nicht eins.“

Sie konnten aber aus dem einfachen Grunde nicht eins werden, weil die Sozialisten jetzt auch die Führer der liberalen Fraktion mit zu Rate zogen, die allerdings von vornherein hätten dabei sein müssen, wenn die ganze republikanische Aktion sich, auch der Entente gegenüber, als wahre Volksbewegung präsentieren sollte. Das hatte ich natürlich schon in der geheimen Versammlung betont: aber man hatte mir geantwortet: „Das sind belgophile Annexionisten.“ Im Grunde mochten die extrem revolutionären Mitglieder des Komitees nur befürchten, ihnen könne das höhere öffentliche Ansehen der liberalen Führer zu guter Letzt zum Nachteil gereichen.

Jedenfalls lag es nicht in erster Linie an den — übrigens die Minderheit bildenden — Liberalen, wenn die Beratungen nicht vom Fleck wollten; denn eine Resolution des schliesslich aus Liberalen und Sozialisten gebildeten Wohlfahrtsausschusses kam noch relativ schnell zustande: hatten doch die sozialistischen Komitees während ganzer Wochen über die republikanische Neuordnung und die Fassung der Proklamation beraten.

Die meisten der von auswärts gekommenen Gendarmen mussten vor Nacht auf ihre Stationen zurückkehren. Die letzten Züge fuhren bald ab. Schliesslich begab ich mich mit einer aus Soldaten und Gendarmen, nämlich den Herren *Walzer*, Wachtmeister, *Meyers*, Brigadier, *Feidt* und *Lucas*, Gendarmen, in die Kammer.

Die Ungeduld der vor dem Hause versammelten Volksmenge hatte ihren Höhepunkt erreicht. Immer stürmischer verlangte man die Proklamation der Republik.

Hr. *Mark* trat an mich heran und sagte Hr. *de la Tour* habe der Kammer melden lassen, er werde den Platz säubern; er bat mich inständigst, einen Umzug mit der Militärmusik zu veranstalten, um die Menge zu zerstreuen, da es sonst zu Gewalttätigkeiten kommen möchte. Als er mir schliesslich versicherte, eine Entscheidung der beratenden Fraktionen stehe unmittelbar bevor, gab ich seinen dringlichen Bitten, wenn auch widerwillig nach: diesen Umzug, zu welchem unsere Linksdeputierten mich nur im Bewusstsein der eigenen Saumseligkeit und Uneinigkeit sowie aus lächerlicher, nur in ihrer Feigheit begründeten Angst vor einem französischen Eingriff in unsere innere Politik bewegt haben konnten, empfand ich als unwürdige Komödie: aber solange mir noch nicht alle Hoffnung geschwunden war, wollte ich alles tun, um unsere Sache möglichst friedlich und in Uebereinstimmung mit den Volksvertretern zum Ziele zu führen. Von der Freitreppe herab verkündete ich dem „Volke“, die Ausrufung der Republik werde, nach den Versicherungen der Abgeordneten, baldigst, stattfinden: ich werde mich jetzt in die Kaserne begeben, aber sofort mit der ganzen Kompagnie und der Militärkapelle zurückkehren, um einen Umzug durch die Stadt zu halten, dem sich alle anschliessen möchten.

Die Gendarmen und Freiwilligen, denen ich noch keine endgültige Antwort der Volksvertreter überbringen konnte, waren bitter darob enttäuscht; sie mussten sich bereits sagen, dass der günstige Augenblick verpasst sei und die Bewegung schon den Todesstoss empfangen habe.

Nachdem ich beruhigend und ermutigend auf die verzweifelten und ergrimmtten Mannschaften eingeredet hatte, hiess ich sie, das Musikkorps an der Spitze, Aufstellung nehmen, um den mir aufgezwungenen Umzug anzutreten.

Wir zogen mit klingendem Spiel vor die Kammer, wo Hr. *Mark* der Menge eben die Ernennung eines Komitees mitgeteilt hatte, das sich verpflichtet habe, die ganze Nacht hindurch zu beraten! Dasselbe bestehe aus den Herren *Maurice Pescatore*, *Rob. Brasseur*, *Gaston Diderich*, *J. P. Probst*, *Jos. Thorn*, *Al. Kayser*, *Em. Mark* und *Em. Servais*. Die Menge protestierte gegen diese Zusammensetzung und verlangte die sofortige Ausrufung der Republik.

In seiner Eigenschaft als hauptstädtischer Bürgermeister versucht der Sozialistenführer *Luc Housse*, der sich zur Befremdung aller freiheitlich Gesinnten, während der ganzen Bewegung im Hintergrunde hielt und höchstens entmutigend und hemmend auf die Organisatoren derselben einwirkte, die Masse zu beschwichtigen; er bittet sie, sich zurückzuziehen: sie antwortet ihm mit Pfeifen und Brüllen. „Wenn wir gehen“ ruft einer, „so geht die Kammer auch, und dann ist wieder einmal nichts getan!“ — „Keine Kapitalisten!“ — „Keine Liberale!“ — „Pas de Belges!“ rufen andere.

Auch Dr. Mich. Welter lässt man nicht zu Worte kommen.

Nun beschwor ich die Leute, unserem Umzug zu folgen, um den französischen Truppen keinen Anlass zum Eingreifen zu geben. Ein grosser Teil der bereits zu Tausenden angewachsenen Volksmenge schloss sich dem Zuge an; der Rest wurde mit sanfter Gewalt von französischen Infanteristen und Kavalleristen vertrieben. Infanterie hielt die Strassenzugänge besetzt. —

Als ich nach einem weitem Umzug durch die Stadt wieder am Paradeplatz anlangte, fand ich den Wohlfahrtsausschuss vollzählig auf dem Kiosk versammelt. Die Herren *Rob. Brasseur*, *Al. Kayser* und *Em. Mark* verkündeten die vom provisorischen Komitee gefassten Beschlüsse. Hr. *Rob. Brasseur* berichtete, der Ausschuss habe sich provisorisch für die Absetzung der Dynastie und das *Prinzip* der Republik ausgesprochen und beschlossen, dass eine auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählte Konstituante endgültig die neue Regierungsform festlegen müsse. Der anfangs stellenweise losbrechende Jubelsturm geht in tosendes Protestrufen über. Man verlangt allgemein eine sofortige, endgültige Proklamation. Ich trete vor und gebe der Meinung Ausdruck, der Beschluss des sog. republikanischen Komitees biete nicht genügend Bürgschaft; die zu wählende Konstituante, sagte ich, könne doch nur den Kampf von neuem beginnen und schliesslich sogar das „Prinzip der Republik“ wieder verwerfen; man hätte *heute ganze Arbeit leisten sollen und können*.

Als Herr Brasseur das andauernd lärmende Volk zur Besonnenheit mahnte, damit wie er sagte, das begonnene Grosse Werk nicht kompromittiert werde, liess man ihn kaum reden.

Schliesslich zog ich mich, den Dolch im Herzen, von den unwürdigen Diskussionen zurück. Ich gestehe: sie waren des Militärkorps unwürdig, da der Fortgang der Bewegung in einem

andern Sinne zwischen den Linksdeputierten und uns festgelegt worden war. —

Das Komitee zog, unter den Hohnrufen der Menge, wieder ab.

Nun traten die Herren *Pescatore*, *Brasseur* und *Probst* aus dem ersten Komitee aus. Herr *Mark* gab uns auf erneute Anfrage hin den Bescheid, das vorher zu ergänzende Komitee werde den Wünschen der Militärschule „in den Grenzen der Möglichkeit“ entsprechen. Nur schwer gelang es mir, die durch diese Antwort aufs höchste empörten Soldaten zu verhindern, sich an den offensichtlich immer uneinigern und unentschlosseneren Vertretern des Volkes und der Freiheit zu vergreifen.

Ich liess die Soldaten unter dem Kommando eines Sergeanten in die Kaserne zurückkehren und blieb persönlich mit einem Ausschuss älterer Soldaten in der Kammer, um an der Neubildung des Wohlfahrtsausschusses mitzuwirken. Wir tagten bis zwei Uhr morgens.

An Stelle der drei ausgetretenen Mitglieder des Komitees traten die Herren *René Blum*, *Jacques Gallé*, *Ad. Krieps*, *Ed. Léon*, *Jos. Palgen*, *Jacques Schaack*, *Jules Ulveling* und *Mich. Welter*, sodass das neue Komitee fünf Mitglieder mehr zählte als das erste.

XIV.

Am andern Morgen war die hauptstädtische Bevölkerung nicht wenig verblüfft, Regierungsgebäude und Grossherzogliches Schloss, Post und Staatskasse, sogar die Kasernenzugänge von französischem Militär bewacht und teilweise besetzt zu sehen. In der Wachtstube des Staatsgefängnisses versahen neben luxemburgischen Gendarmen und Soldaten mehrere Poilus den Ordnungsdienst, Diese unserer nationalen Gesinnung wenig entsprechenden Sicherheitsmassregeln waren natürlich von unserer Regierung angeordnet worden.

Bürgermeister *Housse* erliess seinerseits folgende Bekanntmachung:

„Avis.

Les règlements militaires français interdisant tous stationnements et rassemblements sur la voie publique, s'appliquent à l'heure actuelle à la ville de Luxembourg.

En conséquence, pour parer à toute difficulté, nous prions nos concitoyens, de se conformer à ces prescriptions.

Luxembourg, le 10 janvier 1919.

Pour le Collège des Bourgmestre et Echevins,

Le Bourgmestre:

Luc Housse."

Indem Hr. Housse die Massnahmen der französischen Besatzung bekannt gab, tat er nur was er als hauptstädtischer Bürgermeister nicht unterlassen durfte. Seine Pflicht wäre es freilich auch gewesen, gegen die Einmischung der Franzosen in seine Gemeindeangelegenheiten zu protestieren, da keine Gewaltakte vonseiten unserer Bevölkerung zu befürchten waren.

Gegen 10 Uhr sprachen Abgesandte des Staatsministers: Hr. Prof. *Lucien Kœnig*, Gründer der „Nationalunio'n“, und der ebenfalls nationalistische, mir befreundete *Dom. Schlechter*, der so früh dahingeschiedene Dialektdichter, bei mir vor und taten mir im Namen des Herrn *Reuter* zu wissen: die Regierung sei bereit, die unverzügliche Abdankung der Grossherzogin *Maria Adelheid* noch heute zu veranlassen und unsere beruflichen Forderungen unverzüglich zu erfüllen, unter der Bedingung, dass das Freiwilligenkorps die Prinzessin *Charlotte* als Thronfolgerin anerkennen werde. Ich zog jedoch vor, den einmal eingeschlagenen Weg, den ich für den allein richtigen hielt, bis ans Ende, wie es auch komme, weiterzuschreiten und machte den beiden Abgesandten meinen republikanischen Standpunkt klar. Um 12 Uhr erschienen sie abermals in der Kaserne, diesmal um mir mitzuteilen: Herr *Reuter* lasse mich für 2 Uhr in seine Wohnung bitten. Kurz nach 2 Uhr frug dann Hr. *Reuter* telefonisch an, ob ich nicht kommen könne. „Nein“, antwortete ich kurz, „Ich kann nicht mit Ihnen verhandeln.“ Die Bedeutung, die der Staatsminister mir oder der von mir geleiteten militärischen Bewegung offenbar zuschrieb, konnte mich übrigens nur bestärken in dem Entschluss, für die mir noch immer möglich scheinende baldige Verwirklichung meiner beruflichen und sozialen Reformpläne, mein Letztes zu wagen. Ich erinnere hier daran, dass der höhere Zweck der Militärbewegung in einer radikalen Umgestaltung nicht nur der Kaserne, sondern des staatlichen Verwaltungswesens überhaupt bestand, genauer: in einer einfacheren, zweckmässigeren und gerechteren Gestaltung der öffentlichen Verwaltungen mittels Regelung des Aufstiegs der Tüchtigen und Erfahrenen von der Schulbank bis zu den höchsten Aemtern und mittels der

durch diese geregeltere und produktivere Staatsmachinerie ermöglichten Verringerung der Beamtenzahl.

Ich liess sofort (10. Januar) folgendes Flugblatt verbreiten.

„Mitbürger!

Man will den schönen republikanischen Feldzug sabotieren. Man will Luxemburg verkaufen. Schwöret Treue einer Luxemburger und *unabhängigen Republik*.

Alle wirklichen Anhänger des Landes versammeln sich heute 3 Uhr zu einer *Riesendemonstration im Kasernenhof in Luxemburg*.

Vive la République!

Eiffes.“

Ich wollte dem Volke sagen, dass unsere Bewegung nichts zu tun habe mit den Bestrebungen gewisser ehr- und machtsüchtiger, vorwiegend annexionistischer Volksvertreter, die mich nur ins Fanggarn gelockt hatten, um mich fallen zu lassen, sobald sie erkannten, dass ich doch nicht gerade geneigt sei, mich als ihr willenloses Werkzeug handhaben zu lassen, und sobald sie befürchten mussten, dieses Werkzeug könne im Handumdrehen zur eisernen Faust werden, die sich gegen sie selber richten und ihr ganzes von Grund auf morsches Demagogentheater mit einem Schläge zusammenstossen würde.

Ich hielt zu jener Stunde die Einführung der Republik für den einzigen Weg zur erfolgreichen Vollendung der ersten Berufsaufgabe, für deren Erledigung ich an erster Stelle mich selbst verantwortlich fühlte; ich sah aber auch schon ganz deutlich, dass gewisse Politiker *meinen* Feldzug geflissentlich mit dem *ihren* verbunden hatten, um *beide* zu vereiteln und am Ende alle Verantwortlichkeit auf mich allein abzuwälzen.

Kaum war das Flugblatt erschienen, als vor der Kaserne eine starke Abteilung französische Infanterie heranrückte. Sie sperrte die anstossenden Strassen ab und zog Kordons durch die Heiliggeiststrasse, den Grundberg, den Chemin de la Corniche, den Garten der Gendarmerie, am Eingang des Viadukts und von dem Syndikatsgebäude (der späteren Terres-Rouges-Direktion und der jetzigen Regierungsabteilung für öffentliche Bauten) zu dem gegenüberliegenden Hause (dem jetzigen Zollamt). Hinter den Absperrungsmannschaften am Eingang des Viadukts staute sich, namentlich seit Ankunft der Personenzüge der Erzgegend, eine immer grössere Menschenmenge.

Während die Wartenden die Ereignisse besprechen, fährt ein geschlossener Kraftwagen in die Kaserne ein; am Führersitz

flattert eine rote Fahne. Es sind Freiwillige, die von einer Fahrt in die Erzgegend zurückkehren, wo sie Flugzettel verteilten. Doch schon wird die allgemeine Aufmerksamkeit von ihnen ab- und den soeben vom Bahnhof kommenden Leuten zugelenkt, die zu berichten wissen: am Bahnhof haben sich vier Freiwillige verschiedener für die Nordlinie bestimmter Pakete des „Luxemburger Wort“ bemächtigt, um sie ins Gendarmeriebüro des Hauptbahnhofs zu schleppen; die in der Bahnhofsbibliothek zum Verkauf aufliegenden Exemplare des „Wort“ seien von den Freiwilligen auf die Strasse gebracht und verbrannt worden; ein Redakteur dieses Blattes, der auf dem Transportauto der St. Paulusdruckerei herangefahren sei und die Soldaten mit einem schweren Knüppel bedroht habe, sei von den Passanten zur Herausgabe der „Wort“-Pakete, die er mit sich führte und dann zu schleuniger Flucht gezwungen worden.

Tatsächlich hatten einige Freiwillige sich in der geschilderten Weise an dem Regierungsblatte gerächt, da die betreffende Nummer einen Schmähartikel enthielt, der mich beschuldigte: das Vertrauen des Publikums und der Presse missbraucht zu haben, indem ich die für unsere Standesinteressen eingesandten Subskriptionsgelder „im Dienste einer politischen Koterie“ verwandt hätte. Die wackeren Soldaten aber wussten nur zu genau, dass wir mit den fraglichen, grösstenteils von Anhängern der Republik gespendeten Geldern nicht einmal unsern Unterhalt bestreiten konnten.

Nachdem nun die Franzosen die für drei Uhr einberufene Versammlung im Kasernenhof verhindert hatten, gaben sie die Zirkulation wieder frei. Die Menge strömte jetzt nach dem Wilhelmsplatz, wo, wie es plötzlich hiess, die Republik ausgerufen werde.

Nicht lange währte es, so erschien auch dort eine Truppe Poilus von zwei Reitern gefolgt. Was in den Strassen um den Platz herum stand, musste zirkulieren. Auf ein Zeichen ihres Führers gingen die Franzosen mit vorgehaltenem Gewehre vor. Die Menge verzog sich allmählich vom Wilhelmsplatz nach dem Kammergebäude, in welchem der neu konstituierte Wohlfahrtsausschuss noch immer mit der Ausarbeitung einer Proklamation beschäftigt war.

Gegen 1 Uhr 25 Minuten zeigten sich auf der Freitreppe die Abgeordneten *Mark* und *Schaack* und redeten wieder von den unhaltbaren Zuständen, die durch das hartnäckige Bleiben *Maria-Adelheids* geschaffen worden seien: die Republik allein

könne das Land aus den inner- und aussenpolitischen Wirnissen retten. Diese Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die allgemeine Begeisterung stieg aufs höchste, als *Dr. Mich. Welter* aus dem Hause trat und Republik proklamierte. Herr *Jos. Thorn* verlas alsdann die ganze Proklamation, die auch den Forderungen der Militärschule entgegenkam und ausdrücklich erklärte: „Die gerechten Forderungen des Freiwilligenkorps und der Gendarmerie müssen *sofort* bewilligt werden.“

Daraufhin riet ich der Menge, sich ruhig zurückzuziehen, um den französischen Soldaten ihre Arbeit zu erleichtern. Eine Weile später war der Platz bereits leer und durch französische Infanterie abgesperrt.

Um 6 Uhr begab sich das republikanische Komitee ins Regierungsgebäude, um die von ihm abgesetzten und übrigens längst demissionären Minister zum Verlassen ihrer Plätze aufzufordern, doch wurde ihm durch französisches Militär der Eintritt verwehrt. Unter dem Schutz der Franzosen konnte die alte Regierung sich also weiter auf ihrem Posten behaupten.

Der neue Wohlfahrtsausschuss versuchte nun, die Stellungnahme der französischen Regierung zur Republik Luxemburg zu erfahren; die grossherzogliche Regierung aber hielt alle von ihm aufgegebenen Telegramme zurück. An die Bevölkerung erliess sie einen Aufruf, worin es hiess: durch die in der Hauptstadt ausgebrochenen Unruhen werde die Unabhängigkeit des Grossherzogtums schwer gefährdet. Die Aufrechterhaltung der Gesetzlichkeit sei um so notwendiger, als das Land vor den folgenreichsten Entscheidungen stehe. Die Person der Grossherzogin könne unter Umständen die bevorstehenden Unterhandlungen mit Frankreich und Belgien ungünstig beeinflussen, weshalb dieselbe sich zur *Abdankung* bereit erklärt habe. Die Regierung ihrerseits betrachte die Erhaltung der Dynastie für eine wesentliche Gewähr unserer nationalen Selbständigkeit, sei auch überzeugt, dass die wirtschaftliche Neuorientierung in keiner Weise dadurch beeinträchtigt werde. Der endgültige Bescheid über die dynastische Frage bleibe dem auf gesetzlichem Wege abzugebenden Urteil des ganzen Volkes vorbehalten.

Die grosse Mehrheit des Volkes oder doch seiner Vertreter war dagegen der Meinung: Frankreich wolle lieber mit einer Luxemburger Republik als mit dem das Vertrauen der Parteien nicht mehr besitzenden Koalitionsministerium einer von Frankreich nicht mehr anerkannten Grossherzogin verhandeln, selbst wenn diese ihrer Schwester weichen werde. Auch lag es für jeden

Nachdenkenden auf der Hand, dass ein etwaiger Ausfall der Volksabstimmung zu Gunsten eines Anschlusses an Belgien die Verstimmung der französischen Regierung höchstens steigern und solcherweise mit unserer wirtschaftlichen Zukunft zugleich unsere aussenpolitische Lage nur noch mehr gefährden könne, namentlich nachdem unsere wirtschaftliche Kommission sich bereits einstimmig für einen Vertrag mit Frankreich ausgesprochen hatte.

Der grossherzoglichen Regierung freilich war es hauptsächlich darum zu tun, mit der Dynastie sich selbst zu retten.

Kaum war die Abdankung Maria-Adelheids verkündet, als die beiden am treuesten zu dieser Fürstin stehenden Abgeordneten, Prüm und Boever, die Söhne des Oeslings gegen die Revolution, insonderheit gegen das aufständige Militär, zu mobilisieren suchten. Folgender Aufruf wurde in allen Ortschaften des Clerfer Kantons öffentlich angeschlagen:

„Unsere Freiwilligen haben sich empört und sich in den Dienst der Revolution gestellt.

Mit roten Abzeichen versehen durchziehen sie die Stadt, wiegeln die Bevölkerung auf, und versuchen die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Gestern Nachmittag haben sie sich mit Gewalt der Ausgabe des „Lux. Wort“ am Bahnhof bemächtigt und dieselbe auf öffentlichem Platze verbrannt. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, dass der „Clerfer Zeitung“ dasselbe Schicksal zgedacht ist.

Unsere Armee besteht nicht wie in anderen Ländern aus dem gesamten bewaffneten Volke, sondern aus 150 zwanzigjährigen Burschen, welche sämtlich freiwillig eingetreten sind, in der Hoffnung auf spätere gute Staatsstellen!

Oeslinger! Wollt ihr euch von diesen 150 grünen Jungen unterdrücken und eurer Bürgerrechte berauben lassen? Unter keiner Bedingung! Der Gewalt wird mit Gewalt entgegengetreten!

Jagt die Empörer in Uniform aus euren Grenzdörfern heraus! Nehmt ihnen Uniform und Gewehre ab, denn sie missbrauchen dieselben um friedliche Bürger ihrer Rechte zu berauben und den Staat ins Unglück zu stürzen!

Bauern, Arbeiter und Bürger des Oeslings, haltet euch bereit, um beim ersten Appel zur Hauptstadt zu strömen und der gesetzlichen Ordnung zum Sieg zu verhelfen! Unterdessen organisiert euch in euren Dörfern und duldet keinen Aufwiegler auf euren Bännen.

Nieder mit der roten Revolution, an deren Spitze Michel Welter, der Feind des Oeslings steht! Es lebe das freie und unabhängige Luxemburg!

Clerf, den 11. Januar 1919.

Th. Boever, P. Prüm,
Unabhängige Oeslinger Abgeordnete.*

Am selben Tage gab die Regierung die Auflösung unserer Kompagnie bekannt.

Am Morgen des 11. Januar sah man im Hofe der Paulusdruckerei (Siegfriedstr.) ein Aufgebot französischer Soldaten zum Schutze des Regierungsorgans. Im Innern der Druckerei wachten ungefähr dreissig Franzosen. Sogar an den Zugängen zur Siegfriedstrasse standen seit 11 Uhr französische Posten mit aufgepflanztem Bajonett.

Unsere Freiwilligen ihrerseits versahen trotz der offiziellen Auflösung der Kompagnie ihren Wachtdienst bei den öffentlichen Gebäuden regelmässig weiter.

XV.

Lange bemühte sich die Grossherzogl. Regierung vergeblich, auch die Tagungen des republikanischen Komitees zu verhindern. Der von ihr zur Räumung des Kammergebäudes bestellte Gendarmeriehauptmann, jetziger Major *Beck*, erklärte ihr, er könne nur zwei zuverlässige Leute zur Verfügung stellen: was der Kammerpräsident, Hr. *Altwies*, nach Hrn. *Nik. Welter's* Mitteilungen, sehr treffend „allerdings wenig“ nannte. (S. „Im Dienste“, XII.) Im Namen des Kammerpräsidenten forderten nun diese beiden „zuverlässigen Leute“ die revolutionäre Regierung auf, die Kammer zu verlassen. Auf die Antwort, Hr. *Altwies* habe in diesem Hause nichts mehr zu befehlen, zogen sie sich unverzüglich zurück, sichtlich zufrieden ob der so raschen und leichten Erledigung des ehrenvollen Auftrags.

Nun stellte das revolutionäre Komitee Eintrittskarten aus, ohne welche niemand mehr das Kammergebäude betreten durfte.

Abends um 6 Uhr begab sich der Wohlfahrtsausschuss, bis auf einige wegen Sterbefalls entschuldigte Mitglieder, abermals in die Regierung. Diesmal übermittelte das Ministerium, seinen längst bekundeten Begriffen von staatsmännischer Ehre und nationaler Würde getreu, der republikanischen Deputation durch einen *französischen Leutnant* eine schriftliche Weigerung, die Häupter der Revolution zu empfangen. Inzwischen wurden die Treppen, Korridore und Vorzimmer von französischen Soldaten besetzt.

Als dann einige Mitglieder des Komitees ihre Eigenschaft

als Abgeordnete geltend zu machen suchten, brachte ihnen Hr. Regierungsrat *Nickels* die Antwort: *auf diese Eigenschaft könnten sie sich nicht mehr berufen, seit sie sich ausserhalb der Gesetze gestellt hätten.* Daraufhin zog sich der Wohlfahrtsausschuss in die Kammer zurück.

Justizminister *Liesch* prüfte nun die „Gendarmen, die sich erreichen liessen“ — ich citiere nach den an dieser Stelle besonders komisch wirkenden Mitteilungen des Herrn *Nik. Welter* — „auf ihre Gesinnung“. Sie stellten sich alle „in strammer Geschlossenheit zur Verfügung.“ Sie erhielten den Befehl, der Weisung des Kammerpräsidenten entsprechend zu handeln.“ Aber Hr. *Altwies* war mit Recht die „stramme Geschlossenheit“ der Gendarmerie, die nach der Versicherung ihres Hauptmanns doch nur zwei zuverlässige Leute zählte, sehr verdächtig. „Im Hinweis auf den vom Gendarmeriehauptmann vergeblich unternommenen Versuch *forderte er den französischen Leutnant, der die Zugänge zur Kammer bewachte, auf, die Revoluzzer in Uniform aus dem Hause zu entfernen.* Die trutzigen Militärschüler räumten das Feld. *Dann* erhielten unsere *Gendarmen* den Befehl, alle übrigen im Kammergebäude anwesenden Personen, ob Abgeordnete oder nicht, an die Luft zu setzen. Die Leute traten an. Ehe sie noch die Treppe erstiegen hatten, war der letzte Wohlfahrtsausschüssler verduftet“. („Im Dienste“. XII).

Herr *N. Welter* selbst stellt also fest, dass Herr *Altwies* fremdes Militär gegen unsere Freiwilligen schickte, anstatt durch unsere Gendarmen, die sich ihm „in strammer Geschlossenheit zur Verfügung“ gestellt hatten, die Ordnung in seinem Hause herstellen zu lassen. Zur Entschuldigung dieses eines Luxemburger Kammerpräsidenten, unseres „ersten Bürgers“, wenig würdigen Vorgehens konnte Herr *Altwies* freilich auf das Beispiel seiner Regierung hinweisen, die ja ebenfalls der Freiwilligenkompagnie mit einem französischen Angriff gedroht hatte: aber diese Entschuldigung wäre moralisch kaum stichhaltig gewesen, zumal, wenn es mit der „strammen Geschlossenheit“, von welcher Hr. *Nik. Welter* erzählt, seine Richtigkeit hat.

Im übrigen räumten „die trutzigen Militärschüler“ das Feld nicht so ohne weiteres, wie es nach der *Welter'schen* Darstellung scheinen könnte, sondern *erst auf längeres Drängen des revolutionären Komitees hin und nachdem der französische Leutnant ihnen folgende Erklärung eingehändigt hatte:*

„Par ordre de Mr. le Président de la Chambre des Députés du Luxembourg, dont j'exécute les ordres, j'ai invité le chef du détachement des volontaires luxembourgeois qui occupait l'Hôtel de la chambre des députés, de vouloir bien quitter ce bâtiment. *S'inclinant devant la force* le chef de ce détachement a exécuté l'ordre.

Le chef de Poste,
sous-lieutenant

Gacles.“

Dieser Leutnant wiederum könnte sich zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise auf die damalige Haltung des Hrn. *de la Tour* berufen, der den Platz vor dem Kammergebäude hatte säubern und die Versammlung in der Kaserne hatte verhindern lassen, was er jedoch kaum in Gemässheit des französischen Besatzungsreglementes tun konnte: denn Blutvergiessen oder Fortpflanzung des Aufstands auf das französische Regiment war nicht zu befürchten, hätte wenigstens durch blosser *Beaufsichtigung* der Menge sowie der Revolutionsmänner verhütet werden können. Der französische Platzkommandant handelte jedenfalls im Gegensatz zu den uns vom Hauptquartier mündlich und schriftlich gegebenen Versicherungen; und wenn die französische Regierung über die Vorgänge eine Untersuchung anstellte, auf Grund welcher General *de la Tour* abberufen wurde, so wollte sie dadurch hoffentlich nicht nur, wie Hr. *Welter* („Im Dienste“ XVI) anzunehmen scheint, dem durch den Ausgang unserer Revolution enttäuschten Belgien, sondern vor allen Dingen — wenn auch leider unaufgefordert — unserm verletzten Selbstbestimmungsrechte Genugtuung leisten. Oder sollte die Massregelung de la Tour's wirklich nur ein diplomatischer Akt gewesen, sollte die Intervention der französischen Truppen nur in Erfüllung eines schon im Jahre 1918 vom französischen Generalstab dem *Comte de Fels* gegebenen Versprechens angeordnet worden sein? Sollte Marschall *Foch* wirklich, wie der *Comte de Fels* in seinem 1924 erschienenen Buche „Pour l'Indépendance du Grand-Duché de Luxembourg“ schreibt, sein Hauptquartier nur zu dem Zweck nach Luxemburg verlegt haben, den Sturz unserer Dynastie zu verhindern?

Sollte unsere Monarchie tatsächlich ihr Fortbestehen eben so sehr der Politik der französischen Republik, des Landes der Grossen Revolution, zu verdanken haben, als der Hanswurstigkeit unserer damaligen Linkspolitiker und Wohlfahrtsausschüsse?

Doch zurück von diesen traurigen Zweifeln zu den freilich nicht weniger erfreulichen, leider aber nicht zu verschweigenden Tatsachen!

Für den Fall, dass unsere Soldaten sich dem Befehl des französischen Leutnants widersetzen sollten, war vor dem Kammergebäude eine starke Abteilung französischen Militärs mit Maschinengewehren erschienen.

Am Abend verbot die französische Militärbehörde *jede öffentliche Ansprache an das Volk*; auch eine vom „Luxemburger Wort“ angekündigte Massenversammlung der rechtsstehenden Organisationen, die am andern Morgen, Sonntags, in den Höfen des Bischöfl. Konvikts stattfinden sollte, wurde untersagt, obwohl das „Wort“ in seiner Ankündigung betont hatte, es handle sich um eine geschlossene Versammlung auf privatem Boden“, die nur der gesetzlichen Ordnung dienen wolle.

Auf Sonntag Morgen war auch die Vereidigung der Freiwilligen auf die Republik angesetzt. Nachmittags sollte im Kasernenhof eine Generalversammlung der Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten stattfinden, die ich Samstags durch Flugblätter einberufen hatte. Ich stand nämlich seit einiger Zeit in Fühlung mit fortschrittlichen Beamten der verschiedenen öffentlichen und privaten Verwaltungen, hatte bereits Deputationen derselben empfangen, die den Sinn meiner Vorschläge betr. Beamtenabbau, Aufstieg der Tüchtigen, Gesetzgebung durch eine beruflich organisierte Körperschaft erfasst hatten, und hatte sie gebeten, mir Reformprojekte einzureichen.

Als nun jedermann einsehen musste, dass die Franzosen gänzlich der alten Regierung zu Willen waren und von Volksversammlungen und Einzug des Wohlfahrtsausschusses in Regierung und Kammer keine Rede mehr sein konnte: da mussten die republikanischen Führer, einschliesslich der militärischen, sich auf geheimes Zusammenwirken beschränken, um eine grössere Einmütigkeit der Komiteemitglieder zu erzielen, die allzu gemässigten, nur eine „gesetzlich verlaufende Revolution“ billigenden Parteiführer zur Vernunft zu bringen und ein soziales Programm festzulegen, mit welchem man früher oder später die Kammermehrheit gewinnen könnte. Leider begann der im Café Wampach weitertagende Wohlfahrtsausschuss seine dortigen Sitzungen mit persönlichen Erörterungen und zwar mit der Frage, ob der Begründer der sozialistischen Partei Luxemburgs, der um das soziale Wohl des Landes so sehr verdiente, bei Freund und Feind ge-

ehrte *Dr. Mich. Welter*, der in seiner Ministerzeit ein nach den Rechtsblättern dem Lande nachteiliges Abkommen mit der deutschen Regierung, bezgl. des Lebensmittelankaufs im neutralen Ausland, getroffen hatte, sich als Chef der neuen Regierung eigne!

Was die ferneren Beziehungen dieser gewaltigen Tatmänner zur Freiwilligenkompagnie betrifft, so wirkten sie, anstatt meine bisherigen Dienste zu würdigen, mich zu weiterem Durchhalten anzuspornen und mir einen weiteren, wenn auch passiven Widerstand gegen die militärischen und staatlichen Machthaber zu ermöglichen, nach Kräften deprimierend auf mich ein, wie schon vorher. Um 4 Uhr morgens brachte mir Hr. *Mark* in einer, wenn auch überaus menschlichen, so doch den tragischen Umständen Hohn sprechenden Verfassung die Nachricht, die Franzosen beabsichtigten, wie er soeben aus bester Quelle erfahre, die Kaserne zu räumen. Ich bat den Abgeordneten, der meiner Meinung nach aus einer Komiteesitzung und nicht von einem Gelage kam, mich an Ort und Stelle zu geleiten, wo er das Unglaubliche erfahren habe. Er führte mich ins Bürgerkasino, wo ein Ball stattfand, an welchem auch französische Offiziere und Damen teilnahmen. Die ganze Gesellschaft befand sich im Stadium zwanglosesten Vergnügens. Die Mitteilung des Hrn. *Mark* konnte mir nicht bestätigt werden. Die mich begleitenden Freiwilligen gerieten in begreifliche Wut und wollten den so eifrig um unsere Sicherheit und den Fortgang unserer Sache besorgten Wohlfahrtsausschüssler gehörig züchtigen, was nur dank meiner auch unter diesen Umständen noch nicht erschütterten, immer noch auf einen würdigen Abschluss unserer Bewegung bedachten Willenskraft unterblieb.

In dieser Stunde wurde ich überzeugt, dass die längst sich verratende, ja von Anfang an herrschende Demoralisation unserer republikanischen Führer ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Am Morgen (Sonntags, 12 Januar) liess die Regierung *Reuter* im Kasernenhof die Mitteilung anschlagen, dass die Freiwilligen, welche sich an der Eidesleistung auf die Republik beteiligen würden, bei Neubildung des Korps unter keinen Umständen auf Einstellung in die neu zu bildende Kompagnie zu rechnen hätten; die übrigen könnten an die Regierung ein Gesuch um Wiederaufnahme richten, dem nach Massgabe der vorliegenden Tatsachen Folge gegeben werde.

Gegen Mittag sandte die Kompagnie eine aus 2 Feldwebeln, 2 Sergeanten und 2 gemeinen Soldaten bestehende Abordnung in die Regierung, um die Erklärung abzugeben, dass sie ihre

durch gewisse Politiker herbeigeführte Beteiligung an der republikanischen Bewegung bereue und bereit sei, in die Gesetzlichkeit zurückzukehren, und um zugleich den Protest der Kompagnie gegen die Verschleppung der Untersuchung ihrer Beschwerden zu erneuern. Die Regierung nahm Akt von der Erklärung und forderte die Freiwilligen auf, Waffen und Uniform abzuliefern; sie versprach ihnen, ihre Vergehen wie auch ihre Beschwerden, von Fall zu Fall zu prüfen und die Untersuchung zu beschleunigen; dann riet sie ihnen, baldigst heimzureisen und das Weitere geduldig abzuwarten.

Am Nachmittag begann der Auszug der Freiwilligen aus der Kaserne.

Ich hatte bereits, in meinem eigenen und meiner Kameraden Interesse, das Land verlassen.

Nach Herrn *Welters* Bericht („Im Dienste“ XII) überreichte kurz nach meiner Flucht über die Grenze eine Anzahl reuiger Soldaten dem Staatsminister eine Erklärung, nach der die Kompagnie auf „hinterlistige und versteckte Weise irregeleitet“ worden sei, der Hauptschuldige ihr „über seine Beziehungen zu Aussenstehenden bis zur letzten Stunde keine Mitteilung“ gemacht habe, und die Soldaten keine Kenntnis davon gehabt hätten, „dass die Absetzung der Dynastie, sowie die Proklamation der Republik in der von ihnen einberufenen Versammlung in der Kaserne auf der Tagesordnung standen“; in derselben Versammlung seien ihnen „falsche Berichte über die Vorgänge in der Abgeordnetenkommission überbracht worden, welche dahin lauteten, Grossherzogin und Regierung hätten abgedankt, die Kammer hätte die Republik erklärt, und die neue Regierung sei gebildet.“

Nach allem in diesem Büchlein Berichteten brauche ich wohl keinem meiner Leser mehr klar zu machen, was von dieser „reuigen Erklärung“ zu halten ist.

Im übrigen hatte ich es stets so wenig nötig erachtet, der Kompagnie, bei ihrer täglich zunehmenden Verbitterung gegen Regierung und Kammer, meine Beziehungen zu den Revolutionspolitikern zu verheimlichen, dass ich, wie wiederholt berichtet, mich nur in Begleitung verschiedener Freiwilligen in die republikanischen Versammlungen, namentlich auch zu den Verhandlungen des Wohlfahrtsausschusses begeben hatte. Das können Teilnehmer all dieser Versammlungen ja noch bezeugen. Uebrigens war schon seit Erbrechung des Pulvermagazins, auf die regierungsseitliche Drohung mit einem französischen Angriff hin, der gemeinsame Kampf der Kompagnie gegen die Grossherzogliche

Regierung eröffnet, und jeder einzelne Mann war sich der Bedeutung dieses Kampfes bewusst.

Hiermit habe ich meine Geschichte der revolutionären Bewegung beendet, deren wichtigste Einzelheiten ich an Hand meines damals geführten Tagebuches sowie der Zeitungsberichte aller Parteien und der den Gegenstand behandelnden Bücher mit gewissenhafter Sachlichkeit im Interesse der geschichtlichen Wahrheit und der politischen Gesundung schildern wollte. Es bleibt nur noch zu bemerken, dass mein Kampf um menschlichere Behandlung und zweckmässigere Ausbildung der Freiwilligen mir persönlich 2 Jahre Gefängnis eintrug — von denen ich allerdings, dank einsichtiger Mitglieder der damaligen Regierung, neben meiner 18-tägigen Untersuchungshaft nur 1 Monat absitzen musste —, während gegen die republikanischen Verschwörer, die mich in ihre Dienste gezogen hatten, nicht einmal Anklage erhoben wurde, und dass ich keine andere Genugtuung erhielt, als das erhebende Gefühl, für meine sozialen Ideale und ein gerechteres Los meiner damaligen Berufsgenossen, deren Forderungen heute in der Hauptsache erfüllt sind, unentwegt und ehrlich gekämpft zu haben.
